Nr. 242. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Unternehmerschwindel.

In einer Artikelserie der Fachzeitschrift „Glückauf" beweist ein Herr Dr. Jüngst, daß die Ruhrgrubenleute ein beneidenswertes Dasein führen, die Kohlenmagnaten aber sich entsetzlich quälen müssen. Vor einiger Zeit hat im Auftrage des französischen Handelsministeriums der Advokat Dr. Maurice Le Hoe in Frankreich eine Schrift über die Bergarbeiterverhältnisse in Deutschland erscheinen lassen, die in der Hauptsache der vor 2½ Jahren von Dr. Lorenz Pieper verfaßten Abhandlung über „Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier" nachgeschrieben ist. Ueber den Umweg der Vernichtung des Plagiators kommt Dr. Jüngst nun dazu, nach eigener Methode die Darlegungen Dr. Piepers zu widerlegen. Und seine Beweisführung findet, da die Unternehmer zurzeit um Beweise dafür verlegen sind, daß sie höhere Löhne nicht zahlen können, natürlich bei diesen vollen Beifall. Der Bergbauverein läßt diese Artikelserie als Sonderbroschüre erscheinen, und die „Köln. Ztg." bringt daraus ein Ragout, in dem mehr noch wie in der Jüngstschen Arbeit starkes Gewürz über die mangelhafte Qualität des Gebotenen hinwegtäuschen muß.

Mit einem ungeheuren Aufwand von Zahlen, Tabellen und graphischen Darstellungen unternimmt Dr. Jüngst den Versuch, nachzuweisen, daß die Löhne der Bergarbeiter stärker gestiegen sind, als die Preise der Produkte und die Gewinne der Unternehmer, stärker auch als die Lebensmittelpreise. Speziell die Lage der Ruhrbergarbeiterschaft weiß er in hellsten Farben zu schildern. Kein billig denkender Mensch kann danach noch behaupten, die Forderungen der Bergarbeiter seien berechtigt. Nach den Zahlen des Dr. Jüngst erscheint es vielmehr angebracht, die Werksbesitzer endlich in den Genuß einer etwas weniger bescheidenen Rente treten zu lassen.

Die Zahlen, die der Retter der Kohlenmagnaten aufmarschieren läßt, haben aber einen Fehler — sie beweisen nichts. Die ganze Arbeit ist eine Tendenzmache gewöhnlichster Art, bei der der große Zahlen- und Tabellenapparat nur dazu dient, die plumpen Tricks, die zur Täuschung der Leser angewandt werden, zu verdecken.

Dr. Jüngst operiert nach folgender Methode: Er stellt für die letzten zwanzig Jahre die Ziffern des Produktionswertes, der gezahlten Löhne usw. zusammen, und gewinnt dann das Resultat, das er gewinnen — will. Mit unfehlbarer Sicherheit erscheinen immer wieder die Zahlen des Jahres 1886 als die Grundlage, von der er ausgeht, so lange es sich um den Nachweis handelt, daß die Löhne außerordentlich stark gestiegen sind. Wie glänzend sich die Löhne entwickelt haben, beweist er z. B. durch folgende Angaben. Im Jahre 1904 stand der Lohn gegenüber dem Jahre 1886 höher: im Ruhrrevier um 66,86 Proz., im Saargebiet um 47,13 Proz. und in Oberschlesien um 74 Proz. In zwanzig Jahren eine Lohnsteigerung von zirka 50—74 Proz. Müssen da nicht alle Klagen verstummen? Jedoch nicht zufällig, mit Vorbedacht hat Herr Jüngst das Jahr 1886 zum Ausgangspunkt seiner Berechnungen gewählt. Um, wie er sagt, ganz genaue Nachweise zu führen, benutzt er die finanziellen Ergebnisse der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft. Folgen wir seinen Spuren. Bei dieser Gesellschaft stellte sich der Tagesdurchschnittsverdienst im Jahre 1886 auf 2,97 M., im Jahre 1904 auf 4,20 M., die Steigerung beträgt mithin in 18 Jahren 41,4 Proz. Die glänzende Lage der Bergarbeiter ist also erwiesen! Nehmen wir jedoch das Jahr 1873 oder 1874 als Vergleichsjahr, dann kämen wir zu dem Resultat, daß seit 30 Jahren der Lohn nur um 0,72 Proz. gestiegen resp. um 4,5 Proz. gefallen ist! Im Jahre 1873 stand nämlich der Tageslohn auf 4,41 M. und in 1874 auf 4,17 M. gegen 4,20 Mark im Jahre 1904. Herr Dr. Jüngst hat darum das Jahr 1886 zur Grundlage seiner Berechnungen genommen, weil es das Jahr des allertiefsten Lohnstandes gewesen ist. Den niedrigsten Lohn greift er heraus und zeigt daran die glänzende Entwickelung der Arbeitereinkommen.

Noch ein Beispiel des Wertes der Jüngstschen Darstellungskunst. Er stellt für längere Perioden Durchschnittslöhne zusammen. Da er recht geschickt ist, erzielt er auch damit ganz hübsche Resultate. Es werden z. B. für den Oberbergamtsbezirk Dortmund nachgewiesen Durchschnittslöhne: für die Periode von 1886 bis 1892 929 M. und für 1893 bis 1905 1135 M., mithin in der letzten Periode 206 M. mehr. Die Steigerung beträgt über 22 Prozent. Doch die Sache hat einen Haken. Setzt man z. B. die Jahre 1890 und 91 in Vergleich zu den beiden letzten Jahren, dann erhält man folgendes Resultat: Durchschnitt 1890—1891 1076 M., Durchschnitt 1904/1905 1197 M. Das Mehr beläuft sich auf nur 121 M., gleich 11,2 Proz. Oder nehmen wir das letzte Jahrzehnt und suchen die fünfjährigen Durchschnitte, dann ergibt sich folgendes Bild:

Es beträgt der Durchschnittslohn
von 1896 bis 1900 . . . . . 1185 M.
„ 1904 „ 1905 . . . . . 1191 „

Der Durchschnitt im letzten Jahrfünft überragt den der voraufgehenden Vergleichsperiode also nur um 6 Mark. Das ist eine Steigerung um 0,5 Proz. Aber wir können auch eine weiter zurückliegende Periode zum Vergleich anziehen. Nach den Angaben von Gelsenkirchen stellt sich der Durchschnittstagelohn für die Zeit von 1873 bis 1876 auf 4,08 M. und für die letzten 3 Jahre auf 4,19 M. Der Tagelohn wäre demnach in 30 Jahren nur um 11 Pf. gleich 2,7 Proz. gestiegen.

Ebenso verhält es sich mit der Darstellung der Lebensmittelpreise. Dr. Jüngst hat einfach die Arbeiterhaushaltrechnungen, welche vom statistischen Amt Berlin im Jahre 1903 aufgenommen worden sind, auf das Ruhrrevier übertragen. Das ist schon darum nicht zulässig, weil im Ruhrrevier, sowohl im Bergbau als auch in der Hüttenindustrie, hervorragend hohe Leistungen an die Arbeitskraft gestellt werden, was einen reichlichen Fleischkonsum bedingt, soll der Körper nicht in wenigen Jahren zugrunde gerichtet werden. Zudem haben sich aber bei den wichtigsten Lebensmitteln, was nicht berücksichtigt wird, im Ruhrrevier die Preise sehr zuungunsten der Konsumenten entwickelt. Nach den Ermittelungen des Tarifamtes der Buchdrucker, dessen Angaben auf Auskünften der Kommunalbehörden beruhen, stieg z. B. der Preis für ein Pfund Schweinefleisch von 1901 auf 1905 in Berlin um 7 Pf., in Dortmund und Bochum um 12 Pf. Der Preis des Kalbfleisches stieg in Berlin um 10 Pf., in Dortmund um 12 Pf., in Bochum um 13 Pf. Butter zog in Berlin um 6 Pf. im Preise an, in Bochum um 30 Pf. In Bochum ging der Preis von Schweinefett um 8 Pf. in die Höhe, in Berlin um 7 Pf. In Dortmund ist Kaffee 35 Pf. teurer als in Berlin. Der Preis des Zuckers steht in Dortmund um 3 Pf. höher als in Berlin, und 15 Stück Eier kosten in Dortmund ebenfalls 13 Pf. mehr als in Berlin. Tatsächlich haben die aufgeführten Preise ja nur noch Vergleichswert, denn sie sind seit 1905 wiederum ganz bedeutend in die Höhe gegangen, sowohl in Berlin als auch überall im Reiche.

Mit welchen Jongleurstückchen gearbeitet wird, dafür noch einen Beleg. Die „Köln. Ztg." macht dem Dr. Jüngst folgende Argumentation nach: Im ersten Halbjahr 1906 sind die Schichtlöhne im Vergleich zum ersten Halbjahr 1905 um 4,96 Proz. gestiegen, die Lebensmittel stiegen also nur um 4,52 Proz., mithin bleibt die Zunahme des Lebensmittelaufwandes um fast ½ Proz. hinter der Lohnsteigerung zurück. Das scheint verblüffend klar. Aber selbst wenn man die Berechnung der Lebensmittelpreise als einwandfrei gelten läßt, hat diese Logik ein Loch, und zwar ein sehr großes. Die Lebensmittelpreise bewegen sich bereits seit mehreren Jahren in aufsteigender Richtung, während die Löhne bis 1904 sinkende Tendenz verfolgten.

Doch solche Kleinigkeiten stören große Geister nicht. Die großartigen Einrichtungen, den Arbeitern als Wohlfahrtsplage wohl bekannt, die Werkswohnungen, die billigen Mietspreise in den Zechenkolonien: alles muß herhalten, um zu zeigen, wie herrlich der Bergmann im Reiche der Ruhrkohlenkönige lebt. Dagegen wird als vollständig ausgeschlossen erklärt, daß, von Einzelfällen abgesehen, die Mieten in den letzten zwanzig Jahren um 60 und mehr Prozent gestiegen sind. Dr. Jüngst macht für einige Wohnungen Angaben, nach denen die Steigerung des Mietspreises sich im Durchschnitt auf 21,09 Proz. stellt. Nach der schon erwähnten Arbeit des Buchdrucker-Tarifamtes ist aber, nicht für einzelne Wohnungen, sondern nach örtlichen Durchschnittsberechnungen, der Mietspreis allein in den letzten fünf Jahren gestiegen in Duisburg um 12½ Proz., in Lütgendortmund um 20, in Oberhausen um 22, in Sterkrade um 23, in Hörde um 25 und in Stollberg um 33 Proz.

Herr Dr. Jüngst macht gründliche Arbeit. Er beweist auch, daß die Rentabilität der Ruhrgruben sich in bescheidenen Grenzen hält. Zu diesem Zweck läßt er wiederum eine Fülle von Tabellen aufmarschieren. Die wachsenden Ausgaben für soziale Versicherung, für Steuern, für Arbeiterlöhne und Beamtengehälter, die Tonnen-Durchschnittswerte, Verkaufserlöse usw.: alles hat er fein säuberlich registriert. Auch gibt er die gezahlten Dividenden pro Tonne Förderung an. Und aus Gerechtigkeit berechnet er die Dividende nach dem effektivem Kapital, das heißt, unter Berücksichtigung des bei Neuausgabe von Aktien gezahlten Aufgeldes. Der von den alten Besitzern durch das Bezugsrecht erlangte Gewinn bleibt natürlich unberücksichtigt, die paar Millionchen spielen doch keine Rolle! Dr. Jüngst benutzt wieder die Gelsenkirchener Gesellschaft als Demonstrationsobjekt. Er macht u. a. folgende Angaben. Es beträgt die:

Jahr	Aktienkapital in Mill. M.	Dividende in Prozent des Nominell-,	des Effektivkapitals
1895	36	7	6,14
1896	40	7½	7,14
1897	40	9	7,58
1898	44	10	8,29
1899	50	10	7,69
1900	54	13	9,83
1901	54	12	9,08
1902	60	10	7,70
1903	60	11	8,24
1904	69	10	6,97

Daraus folgert er, daß die Unternehmer sehr bescheiden sind. Hätte die Rentabilitätsberechnung nur nicht auch wieder ein gewaltiges Loch! Wie sich das Unternehmen rentiert hat, läßt am besten die seit Bestehen der Gesellschaft gezahlte Dividendensumme erkennen. Seit 1873 sind rund 90½ Millionen Mark Reingewinn erzielt worden, gleich einer Durchschnittsdividende von 8,99 Prozent des jeweiligen Aktienkapitals. Die armen Aktionäre! Dr. Jüngst weiß, was er tut, wenn er die Dividendenzahlung in den Vordergrund schiebt, aber die innere Wertsteigerung des Unternehmens vollständig vergißt. Die Gelsenkirchener Gesellschaft hat zum Beispiel allein in den letzten zehn Jahren rund 68½ Millionen Mark für Neuanlagen verbraucht. Jahr für Jahr sind erhebliche Beträge aus den Betriebseinnahmen zu Erweiterungen der Anlagen benutzt worden. Schon dadurch allein stieg der Wert der Aktien. Das kommt auch in den Kursen zum Ausdruck. Nach dem Ultimokurs 1903 hatte Gelsenkirchen bei 69 Millionen Mark Aktienkapital und rund 12½ Millionen Obligationsschulden einen Kurswert von 154 Millionen Mark. Die Aktionäre, die die Papiere zum Nominalwerte erworben, erfreuen sich nicht nur des Dividendengenusses, ihr Papier war auch um das Doppelte und mehr im Werte gestiegen. Und ebenso verhält es sich mit den meisten großen Gesellschaften.

Was Herr Jüngst im Interesse seiner Gönner beweisen will, beweist er durchaus nicht. Er zeigt nur, daß sich bei einigem Geschick vortrefflich mit statistischen Ziffern jonglieren läßt.

Die russische Revolution.

Russische Kommentare zum Briefe Kokoffzews über die Finanznot.

Nichts kam der russischen Regierung unerwarteter als die Veröffentlichung des Briefes Kokoffzews in der ausländischen Presse. Und das gerade jetzt, in einem Momente, wo Stolypin sich mit dem Gedanken trägt, die Einberufung der Duma zu verschieben, jetzt, wo die radikalen Blätter die ganze Not der hungernden Bauern und der arbeitslosen Fabrikarbeiter aufgedeckt und auf den Geldmangel der Semstwos hingewiesen hatten.

Das plötzliche Sinken der russischen Werte an den ausländischen Börsen sowie die spaltenlangen Rettungsversuche, die jetzt in der offiziösen „Rossija" erscheinen, lassen darauf schließen, daß es in der russischen Schatzkammer sehr wüst aussehen muß.

Während der letzten Tage hat sich nun auch die russische liberale Presse zum Briefe Kokoffzews geäußert. Große Kommentare lassen sich bei den jetzigen Preßverhältnissen daran nicht knüpfen. Aber auch die wenigen Zeilen, die der „Towarischtsch" und die „Strana" hinzufügen, sollten genügen, um die Gläubiger Rußlands stutzig zu machen. Der „Towarischtsch" sagt u. a.: „Bisher war die Presse genötigt, das Vorhandensein eines versteckten Defizits indirekt zu beweisen und dabei zu riskieren, daß sie wegen Verbreitung falscher Gerüchte, die den Kredit der Regierung schädigen, angeklagt wird. Jetzt aber erweist es sich, daß zu derselben Zeit, da die Herren Minister in Unterhaltungen mit ausländischen Korrespondenten alle Gerüchte über die kritische Lage unserer Finanzen für offenbare Lügen erklärten, auf ihren Tischen schon das Schreiben Kokoffzews lag, das eine Charakteristik unserer Finanzlage enthält, **die alles übertrifft, was sogar die „Pessimisten" in der progressiven Presse jemals gesagt haben.**"

Und die „Strana": „Das in der Presse veröffentlichte Schreiben Kokoffzews an Stolypin beseitigt alle Zweifel an dem **Herannahen eines finanziellen Ungewitters. Eine solche Krisis hat Rußland noch nie erlebt, und auch in der Zukunft ist kein Hoffnungsstrahl zu sehen.** . . . Wenn die Bureaukratie einen Blick auf die wirtschaftliche Lage Rußlands wirft, so kann sie dreist sagen, daß sie alles getan hat, um das Vaterland in einen Zustand der Verwüstung zu versetzen."

In ähnlicher Weise wird der Finanzminister **von der** „Retsch" zum Lügner gestempelt: „Die Mitteilungen des Finanzministers Kokoffzew an den Ministerpräsidenten stehen in offenem Widerspruch zu seinen Erklärungen, die er ausländischen Korrespondenten gegenüber abgegeben hat. Oder wird Herr Kokoffzew die Authentizität des Schreibens im allgemeinen anerkennen und sagen, daß die betreffenden Zeilen von jemand anders hinzugefügt sind? Das ist ganz unwahrscheinlich, wie aus dem ganzen Sinn und Text des Briefes hervorgeht. Welche gute Miene das Finanzministerium jetzt auch aufsetzen mag, sein Spiel ist aufgedeckt und verdorben."

Sogar der alte Fuchs Ssoworin, bei dem ja der Bruder Stolypins als gutbezahlter Berichterstatter arbeitet, muß zugeben, daß eine „Aufklärung" des Finanzministeriums „nicht schaden könnte, aber leider käme sie zu spät.

Warten wir ab, ob die ausländischen Bankiers den Commis Voyageur des Zaren, Herrn Kokoffzew, in Berlin und Paris so freundlich empfangen werden, wie „einst im Mai" seine Vorgänger empfangen wurden. —

Der Petersburger „Rat der Arbeiterdeputierten" vor Gericht.

Petersburg, 14. Oktober.

„Exzellenz! Der Erfolg hat alle Erwartungen übertroffen: Das vollziehende Komitee und 250 Mitglieder des Rats der Arbeiterdeputierten sind ergriffen." (Telephonische Meldung an den Stadtverwalter von Petersburg, Dedjulin, gleich nach Verhaftung des Rats der Arbeiterdeputierten.)

Die kaiserliche Regierung hält Gericht über den Petersburger Rat der Arbeiterdeputierten. Ueber diese hervorragende Institution, der in der russischen revolutionären Bewegung eine so bedeutende Rolle zugefallen ist, haben wir bereits im „Vorwärts" berichtet.*)

*) S. „Vorwärts" Nr. 230.

Fast zwei Monate lang hat der Rat den Befreiungskampf des Petersburger Proletariats geleitet. Sein Ansehen war außerordentlich groß und erstreckte sich weit über die Grenzen der Arbeiterklasse auf alle möglichen Volksschichten. Von seiner großen Bedeutung zeugt neben unzähligen anderen z. B. folgende Begebenheit: Eine Dame, Fürstin N., mußte anläßlich der Erkrankung ihres Mannes telegraphieren; da jedoch zurzeit die Telegraphenämter streikten, wandte sie sich an einige Minister mit der Bitte, ihr die Absendung der Depesche zu ermöglichen. Jene waren aber genötigt, zu erklären, das stände außer ihrer Macht, da die Telegraphenbeamten ihren Befehlen nicht gehorchten. — Sie richtete darauf die gleiche Bitte an den Rat der Arbeiterdeputierten, auf dessen Vorschrift das Telegramm sofort abgefertigt wurde.

Es kann nicht Wunder nehmen, daß unter solchen Umständen die bezahlte Presse, wie „Nowoje Wremja" und „Moskowskija Bedomosti", über „Aneignung der Gewalt seitens der neuen Regierung, welche sich Rat der Arbeiterdeputierten nennt," zeterte. Auch die scheinheiligen Volksfreunde aus dem liberal-bürgerlichen Lager wie Struwe und Kompanie verfolgten mit Furcht und schlecht verhehlter Entrüstung die ruhmgekrönte Tätigkeit des Rats. Mit vollem Rechte betrachtete die Regierung dieses revolutionäre Parlament als ihren ärgsten Feind und beschwor sie alle ihr zu Gebote stehenden dunklen Mächte herauf, um es zu vernichten. „Schriftsteller" aus dem Polizeidepartement verfaßten Flugblätter, in denen die Mitglieder des Rats der Veruntreuung der ihnen anvertrauten Summen beschuldigt wurden, und der „Verband des russischen Volkes", eine Schar Anhänger des alten Raubsystems, rief die Petersburger Arbeiter auf, „das Joch des Arbeiterrats abzuschütteln".

Das erste, was die Regierung unternahm, nachdem sie sich von der Oktoberniederlage erholt hatte, war die Gefangennahme des Rats. Neun Monate ließ sie die Deputierten in den Kasematten der Petersburger Gefängnisse schmachten; selbst als die Voruntersuchung längst beendet war, konnte sie nicht den Mut fassen, sie zu richten, solange die Reichsduma tagte und das Volk in revolutionärer Gärung war. Erst jetzt hat die Bureaukratie, im Glauben, das Volk durch Galgen, Gewehrsalven und Strafexpeditionen genügend eingeschüchtert zu haben, ihren Feind vors „Gericht" gestellt.

Der von der Gendarmerie und der Prokuratur verfaßte oder besser gesagt erdichtete Anklageakt schildert den Rat als eine Schar geheimer Verschwörer, die mit Drohungen und Gewaltmaßregeln die Arbeiterklasse beherrschten. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die ganze Anklage durchweg erlogen ist. Der Rat der Arbeiterdeputierten war — wie bekannt — offenkundig von 200 000 Petersburger Arbeitern, also vom ganzen Petersburger Proletariat, erwählt worden. Auch übte er seine Tätigkeit beim vollen Lichte der Oeffentlichkeit aus, ohne jegliche Geheimtuerei. Jede wichtige Frage wurde vor ihrer Entscheidung im Deputiertenrat von den Arbeitern in Fabriken, Werkstätten und Klubs sowie in allen professionellen Vereinen beratschlagt. Die Wähler erhielten über alle Maßnahmen des Rates ausführliche Rechenschaftsberichte; mehrere hunderttausend Arbeiter kontrollierten beständig jeden Schritt ihrer Bevollmächtigten. Nichtsdestoweniger wagt die Regierung zu behaupten, der Rat hätte das „Kommando" über die Arbeiter an sich gerissen. Für ein derartiges „Kommando" kann das Proletariat nur erkenntlich sein.

In der Person der Vorfechter im Befreiungskampfe, die sie jetzt auf die Anklagebank gebracht hat, richtet die Bureaukratie das ganze Volk, das offenkundig oder insgeheim an der Bewegung teilgenommen hat. „Wenn es aber dazu kommt", sagte der Sozialdemokrat Goldmann in seiner Rede vor der Gerichtskammer in Odessa, „daß eine Regierung über das Volk Gericht hält, so ist das ein deutliches Zeichen dafür, daß der Moment naht, wo das Volk seine Regierung richten wird".

Hunderte von Revolutionären, Vertreter des Volkes, die in letzter Zeit als Angeklagte in den Gerichtssälen figurieren, enthüllen schonungslos die Verbrechen der Zarenregierung. Durch die geschlossenen Türen der Petersburger Gerichtskammer dringen trotz der sie umzingelnden Massen Militärs, Gendarmerie und Polizei die Reden der vormaligen Arbeiterdeputierten an die Oeffentlichkeit, doch sind es nicht sowohl Verteidigungs-, als vielmehr Anklagereden gegen die Regierung und Aufrufe zu weiterem Kampfe! „Ich bin der mir zugeschriebenen Vergehen nicht schuldig," antwortet der Genosse Chrustalew auf die Frage des Vorsitzenden, „denn die ganze Tätigkeit des Deputiertenrats war nicht die Kundgebung eines individuellen „bösen" Willens, sondern eine historische und politische Notwendigkeit. Diese Seite der Frage werde ich bei den weiteren Verhandlungen noch eingehender berühren, jetzt erkläre ich: Ja, ich war in den Rat als Deputierter von den Druckarbeitern gewählt, ich war Vorsitzender im Rat, ich war Vorsitzender des vollziehenden Komitees, ich war Vorsitzender in der Kommission der Arbeitslosen. Meine politischen Ueberzeugungen, von denen meine Tätigkeit im Rat bestimmt wurde, sind die der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei."

Auf die gleiche Frage antwortet Swertschkoff: „Ich war Mitglied im Rat der Arbeiterdeputierten seit dem Tage seines Zusammentritts. Ich gehöre zur russischen sozialdemokratischen Partei, deren Direktiven mir in meiner Tätigkeit im Rat als Richtschnur dienten. Ich halte die Tätigkeit des Rats für keine verbrecherische."

Der Genosse Bobroff erklärte: „Ich war von den Angestellten der internationalen Schlafwagengesellschaft als Deputierter in den Rat delegiert. Die gegen mich erhobene Anklage halte ich für unbegründet. Ich gehöre zur russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die als Vorkämpfer des Proletariats sein Klassenbewußtsein entwickelt und energisch gegen die Regierung ankämpft."

„Ich war von der Partei der Sozialistisch-Revolutionären delegiert", so lautet die Antwort Alsentjews. „Die Direktiven dieser Partei lenkten meine Tätigkeit. Auf die Frage, ob ich meine Schuld eingestehe, kann ich nur eins sagen: Meine Beteiligung am Kampfe für die Freiheit Rußlands (mit erhobener Stimme) habe ich stets für meine Bürgerpflicht gehalten!"

„Ich war Mitglied des Rates und des vollziehenden Komitees", so lautete die Antwort des Angeklagten Kunniaiz, „ich war von der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei delegiert. Auf die Frage, ob ich schuldig sei, kann ich keine Antwort geben, da meine Vorstellung von Schuld und Nichtschuld der des Kriminalkodex eines Polizeistaates direkt widerspricht. Die in den Artikeln 101 und 102 des Kriminalkodex vorgesehenen Handlungen kann ich nicht für Verbrechen anerkennen, halte im Gegenteil die Tätigkeit des Rats für eine verdienstvolle und anerkennenswerte. In meiner persönlichen Beteiligung an seiner Arbeit hielt ich mich an die Direktiven der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, zu deren Mitgliedern ich gehöre."

Der Angeklagte Wainstein gab die originelle Antwort: „Meine einzige Schuld, die ich eingestehe, bestand darin, daß ich nicht so energischen Anteil an der Tätigkeit des Rats genommen habe, wie ich es hätte tun können."

Die Antworten der übrigen Angeklagten, selbst die des bejahrten Schaniawski, des Vertreters des Post- und Telegraphenverbandes, waren ganz analoger Art.

Auf den weiteren Verlauf des Prozesses der Vertreter des Petersburger Proletariats werden wir noch zurückkommen.

Aus Lodz.

Die bürgerlichen Blätter bejubelten bereits die Beendigung des großen Lodzer Streiks. Nun scheinen aber die braven Fabrikanten dort ihr den Arbeitern gegebenes Wort nicht halten zu wollen. Und der Streik beginnt von neuem, wie folgendes Telegramm beweist:

Lodz, 16. Oktober. (W. T. B.) Infolge der Weigerung der Fabrikanten, für die Zeit des Ausstandes Lohn zu zahlen, sind 17 000 Arbeiter von 77 Fabriken in den Ausstand getreten. Die Gesamtzahl der Lodzer Fabriken beträgt über 400 mit 70 000 Arbeitern.

„Außerordentlicher Schutz".

Petersburg, 16. Oktober. (W. T. B.) Wegen bedeutender Unruhen in Turkestan in der Gegend an der zentralasiatischen Bahn ist in den Städten Krasnovodsk, Kizil-Arvat, Aschabad, Merw, Tschardschui, Neubuchara, Samarkand, Taschkent und in anderen Orten der Zustand des außerordentlichen Schutzes verhängt worden.

Die Judenhetzer.

Petersburg, 16. Oktober. (W. H.) Der Prokurator des Wilnaer Gerichtshofes erklärte, die Judenhetzen in Polen seien von einer sehr reaktionären Partei inszeniert, damit das Militär ein Blutbad anrichte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Oktober.

Die Reichsgründung in Hohenlohes Denkwürdigkeiten.

Auch auf die Art, wie das glorreiche Deutsche Reich durch den Schacher der deutschen Fürsten zustande kam, werfen die Memoiren Hohenlohes ein bezeichnendes Licht. Zwar sind auch alle die Dinge, die Hohenlohe zu berichten weiß, längst bekannt; allein die Bestätigung dieser Tatsachen durch das Tagebuch des dritten Reichskanzlers verdient trotzdem verzeichnet zu werden.

In der patriotischen Legende wird es so dargestellt, als ob damals Ludwig II. von Bayern ein begeisterter Schwärmer für die Einheit des Reiches gewesen sei. Von ihm soll die Anregung zur Gründung des Reiches mit dem König von Preußen als deutschem Kaiser an der Spitze ausgegangen sein. In Wirklichkeit stand Ludwig II. der Reichsgründung ebenso unsympathisch gegenüber, wie noch manche andere deutschen Fürsten. Der schon damals nicht mehr normale bayrische König hatte sich so sehr in seine romantische Märchenwelt eingesponnen, daß er bereits im Jahre 1866, als die bayrischen Truppen als Verbündete der österreichischen Armee gegen Preußen ins Feld zogen, sich anstatt um die politischen Verhältnisse nur um seine geliebte Theaterwelt kümmerte und sich gerade während der kritischen Wochen mit Neuausstattungsplänen zu Opern beschäftigte, wie in den Memoiren Hohenlohes nachzulesen ist. Auch im Winter 1870 interessierte Ludwig II. das Wohl und Wehe des Reiches außerordentlich wenig. Es bedurfte der Intrigen Bismarcks, Ludwig II. zur Unterzeichnung eines von ihm, Bismarck, entworfenen Briefes zu veranlassen, durch das dem preußischen König die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde. Zu diesem Zugeständnis war der Bayernkönig aber nur dadurch zu bewegen, daß Bismarck sich bereit erklärte, von den 79 Paragraphen der norddeutschen Verfassung 26 nach den Wünschen des Königs von Bayern zu durchlöchern. Der bayerische Partikularismus dachte gar nicht daran, die jetzt gebotene Gelegenheit zu benutzen, auch nur die Interessen des Bürgertums dem ostelbischen Junkertum gegenüber irgendwie zu fördern. Dafür mühte sich dieser Partikularismus, für die bayerischen Staatsbürger neben manchen anderen auch das Reservatrecht durchzusetzen, daß diejenigen Bayern, die in Preußen oder Sachsen ohne Genehmigung des bayrischen Königs eine Ehe schlossen, ihre ehelichen Kinder innerhalb der blauweißen Grenzpfähle als Bastarde behandelt sehen durften!

Es ist ja bekannt, daß auch der König von Preußen selbst nur mit äußerstem Widerstreben die Kaiserkrone annahm. Nur der preußische Kronprinz war dafür. Freilich auch nicht aus nationalem Idealismus und Schwärmerei für eine wirkliche Reichseinheit, sondern aus seinem Hang zum Pomphaft-Dekorativen heraus, dem durch den Gedanken der Kaiserwürde geschmeichelt wurde. Hören wir, was Hohenlohe in jenen Tagen zu verzeichnen hat:

München, 28. November 1870.

Merkwürdig ist die Abneigung des Königs Wilhelm gegen die Kaiseridee. Er kann sich nur schwer dafür entschließen, mit seiner Vergangenheit und den preußischen Traditionen zu brechen. Nur die Erwägung, dadurch die militärische Einheit zu fördern und das konservative Prinzip zu stärken, konnte ihn damit versöhnen. Er kam in seinen vertrauten Gesprächen immer wieder darauf, daß ihn die Annahme des Kaisertitels „entsetzlich" sei. Der Kronprinz ist dafür. Die bayerischen Minister scheinen die Konzessionen, welche sie erhalten haben, durch das Zugeständnis erkauft zu haben, daß sie den König von Bayern zum Vorschlag der Annahme des Kaisertitels bewegen würden . . .

Sachsen hat noch immer den Hintergedanken, auf den alten Bund zurückzukommen, der Kronprinz von Sachsen ist antipreußischer als je. Seine Ernennung zum Armeekommandanten sah er als ein ihm zukommendes Recht an und dankte kaum. Weimar steht unter diesem Einfluß, verhielt sich anfangs der Kaiseridee gegenüber kühl, sprach von Wahlkapitulation, scheint sich aber später mit dem Gedanken ausgesöhnt zu haben. . . . In den Konzessionen an Bayern scheint man sehr weit gegangen zu sein. Das Zugeständnis der selbständigen Armee war dem König Wilhelm schwer. Auch der Kronprinz wollte nicht soviel zugestehen, als Bismarck, und dieser hatte infolge seines Gesprächs mit dem Kronprinzen sein gewöhnliches Gallenerbrechen.

Prinz Otto ist vom König hierher berufen worden. Der König wollte ihn hören, und Otto hat nun hier gegen die Kaiseridee, gegen Reise und alles gehetzt. Der König soll, als die Königin ihn sprechen wollte, ihr haben sagen lassen: „Ich bin nicht in der Stimmung, eine preußische Prinzeß zu sehen."

So schwankt man hier zwischen Wollen und Nichtwollen, zwischen Nachgiebigkeit und altem Familienstolz, und schließlich unterwirft man sich aus Furcht.

Berlin, 8. Dezember 1870.

Heute abend begegnete ich Roggenbach, der eben von Versailles kommt, um im Reichstage für die Annahme der Verträge zu wirken. Er sagt, er lese gar nicht, was in den Verträgen stehe. Man müsse jetzt den Moment ergreifen, da man nie wieder einen König von Bayern finden werde, der wegen Zahnschmerzen die Kaiserkrone anbiete!"

Man sieht, die deutschen Fürsten, den König von Preußen und König von Bayern eingeschlossen, sind an der Schaffung der Reichseinheit recht unschuldig. Wilhelm der „Große" ließ sich die Kaiserkrone schließlich nur aufschwatzen, weil er sich einbildete, dadurch das preußische Legitimitätsprinzip in ganz Deutschland zu höherer Ehre und Geltung bringen zu können; Ludwig II. ließ sich von Bismarck zur Unterzeichnung seines famosen Briefes überreden, weil er glaubte, gerade dadurch seine Souveränität noch am ehesten vor einem Schicksal bewahren zu können, wie es Anno 1866 Hannover, Kurhessen usw. erlitt hatte! —

Deutsches Reich.

Das Fazit des Nürnberger Krawallprozesses.

Der Nürnberger Krawallprozeß hat mit einer schweren Verurteilung der Angeklagten geendet, obwohl die Geschworenen die Frage auf Landfriedensbruch verneinten und nur Körperverletzung als vorliegend annahmen. Die Höhe der erkannten Strafen steht in einem schreienden Mißverhältnis zu den Verfehlungen, die den Angeklagten nachgewiesen sind. Um die furchtbare Härte des Urteils richtig würdigen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, was durch die Zeugenaussagen zutage gekommen ist.

Die Anklage hatte behauptet, daß die Arbeitswilligen schon vom Beginn des Streiks an schwer belästigt, beschimpft und bedroht worden seien, ohne daß sie durch ihr Auftreten irgendwelchen Grund dazu gegeben hätten. Am 17. August sollen sowohl mittags als abends Arbeitswillige grundlos geschlagen worden sein. Für abends soll sogar ein regelrechter Ueberfall geplant und unter Führung des erschossenen Fleischmann ausgeführt worden sein; die Situation sei eine so bedrohliche gewesen, daß einer der Streikbrecher, der Sattler Thiel, zum Revolver greifen und Fleischmann niederschießen mußte.

Was haben nun die Zeugenaussagen ergeben? Es ist nachgewiesen, daß vor dem 17. August nicht der geringste tätliche Angriff auf Arbeitswillige erfolgt ist. Als Zeugen vernommene Streikbrecher selbst mußten unter Eid bekennen, daß sie von den Streikposten nie belästigt wurden, daß diese vielmehr stets anständig auftraten. Nur von anderen Streikenden will ein Teil der Arbeitswilligen durch Zurufe belästigt worden sein. Aber auch diese nützlichen Elemente sind nicht so lammfromm gewesen, als es immer hingestellt wurde. Sie haben ihr möglichstes getan, um die Streikenden zu reizen, wofür die Verhandlung Belege genug ergab. Ein solcher Unternehmerliebling, für den die organisierten Arbeiter der Fabrik erst vor einigen Monaten, als er erkrankt war, eine Geldsammlung veranstaltet hatten, tat sich jedesmal, wenn er einen Schutzmann in der Nähe wußte, durch herausforderndes Benehmen hervor. Der Mann trug vierzehn Tage lang vor dem Krawall einen Gummischlauch mit sich herum. Die Streikposten müssen aus dem Fabrikhofe heraus höhnische Zurufe anhören, wie: „Jetzt müßt Ihr auch wieder arbeiten, Ihr Faulenzer!" usw. Andere lassen bei jeder Gelegenheit Stichelreden fallen, der Ausdruck „Lumpen" ist bei den Arbeitswilligen ein beliebter Sammelname für die Streikenden. Der Wirt, bei dem die Streikenden verkehren, muß einem Arbeitswilligen sein Lokal verweisen, weil der Mann fortgesetzt höhnische Reden gegen die Streikenden im Munde führt. Er hört, wie ein Arbeitswilliger sagt: „Das ist der Wirt, der die Lumpen aufgenommen hat." Ein anderer äußert: „Der wird sich noch gewaltig umschauen, was er mit den Lumpen noch aufstecken wird." Es fehlt auch an Drohungen nicht: „Geht nur mal her, wir hauen Euch zusammen!" Der Direktor Maurer schürt den Mut seiner Streikbrecher und feuert sie an: „Geht doch hinauf und haut sie zusammen, Ihr seid doch die Mehrheit. Ihr könnt tun, was Ihr wollt, Euch geschieht nichts." Am 17. August vormittags wird in der Fabrik daran gearbeitet, Waffen für die Arbeitswilligen herzurichten, Schraubenmuttern werden an Drähten befestigt, Gummischläuche mit Eisenstücken gefüllt usw.

Die Reibereien beginnen schon am 17. August in der Mittagspause. Ein Arbeitswilliger, der aus dem Verkehrslokale der Streikenden wegen seines provokatorischen Auftretens gegen die letzteren verwiesen wurde, macht vom Fenster der gegenüberliegenden Wirtschaft aus allerlei höhnische Faxen herüber, so daß zuletzt Fleischmann mit einigen Kameraden hinübergeht. Sie verhalten sich ruhig; nur einer kommt mit einem Arbeitswilligen, den er von früher kennt, in Streit und nennt ihn einen Streikbrecher. Der Mann rennt fort, um einen Schutzmann zu holen. Auf dem Rückwege gerät er vor der Türe mit dem Angeklagten Braun zusammen, der ihm eine Ohrfeige verabreicht. Braun kommt dann auf der Straße mit einem zweiten Arbeitswilligen in Streit, der ebenfalls eine Ohrfeige erhält. Die Angeklagten Odörfer und Wohlleben kommen hinzu und versetzen dem Arbeitswilligen einige Schläge mit der Hand. Abends marschieren die Arbeitswilligen geschlossen aus der Fabrik. Einige von ihnen kommen mit Streikenden in Konflikt. Der Angeklagte Braun gerät mit dem Arbeitswilligen Sauer zusammen, bei dem er ein Messer oder eine Feile gesehen, und versetzt ihm einige Hiebe mit dem Totschläger, die jedoch nicht schwerer Natur sind. Ein anderer, der Sauer beispringen will, bekommt ebenfalls einige Hiebe mit dem Stock. Odörfer versetzt Sauer einen Schlag mit der Hand und stellt einen anderen Arbeitswilligen, der ihn mittags verhöhnt und wegen seines blassen Aussehens „Totengesicht" genannt hatte, zur Rede; der andere gibt wiederum eine höhnische Antwort, worauf ihn Odörfer mit der Hand ins Gesicht schlägt. Müller hat zwei, Wohlleben einem Arbeitswilligen Schläge mit der Hand, Veitengruber einem dritten einen Fußtritt versetzt. Während sich dieses abspielte, war Fleischmann, der den Ueberfall kommandiert haben soll, noch in der Wirtschaft, als jemand kam und meldete, da unten werde einer der Streikenden von den Arbeitswilligen geschlagen. Er will nachsehen, was vorkommt, und geht hinab, um von dem Streikbrecher Thiel niedergeschossen zu werden, ein Vorgang, über den die Aussagen so widersprechend lauten, daß man sich kein richtiges Bild machen kann. Alle diese Ereignisse, vom Ausmarsch der Arbeitswilligen aus der Fabrik bis zum Fallen der Schüsse, spielten sich in dem kurzen Zeitraume von 8 bis 10 Minuten ab.

Von den verletzten Arbeitswilligen haben nur drei ärztliche Hülfe in Anspruch genommen. Die ärztlichen Sachverständigen haben bekundet, daß bei keinem die Verletzungen schwerer Natur waren; sie hatten nur Beulen und Hautabschürfungen, der eine war überhaupt nicht, der zweite wenige Tage, der dritte acht Tage arbeitsunfähig.

Damit vergleiche man nun die Strafen: Braun erhält für zwei Ohrfeigen und fünf oder sechs Stockhiebe ein Jahr sechs Monate Gefängnis, Müller für zwei Schläge mit der Hand sieben Monate, Odörfer, der sich an vier Arbeitswilligen verging, aber dabei nur die Hand bemühte, ein Jahr Gefängnis, Wohlleben muß einen Schlag mit der Hand und Veitenträger einen Fußtritt mit je einem Monat Gefängnis büßen. Das heißt wahrlich die Persönlichkeit der Herren Arbeitswilligen hoch genug eingeschätzt. Der Staatsanwalt sagte in seinem Plaidoyer, die Schuld an den Vorgängen treffe weniger die Arbeiter selbst, als ihre Führer, die in jenen einen gewissen Größenwahn erzeugen, so daß sie glauben, das Rad der Weltgeschichte aufhalten zu können. Man kann den Stiel umkehren und sagen: der übertriebene Schutz, der den Arbeitswilligen zuteil wird, muß in diesen einen gefährlichen Größenwahn erzeugen und sie zu dem Glauben bringen, daß sie die wichtigsten Personen im Staate seien. Daß dieser Größenwahn schon ziemlich weit vorgeschritten ist, haben die Herren durch ihr Auftreten im Gerichtssaale gezeigt. Dieses harte Urteil wird sie noch mehr darin bestärken, denn sie werden sich, wie viele andere Leute, sagen, daß die Strafen nur deshalb so hoch ausfielen, weil es sich um ihre werten Personen handelte. Die Arbeitswilligen beginnen ja nun auch bereits, wie wir aus Lechhausen berichten, gegen ihre Unternehmer mit dem Messer vorzugehen.

Die Nürnberger Richter haben sicherlich nach bestem Wissen und Gewissen zu urteilen geglaubt, aber trotzdem und gerade deshalb bleibt ihr Urteil ein Akt der Klassenjustiz. Vielleicht ändert sich die geradezu gemeingefährliche Bedrängung des Koalitionsrechtes, wie sie sich in dem sogenannten Schutz der Arbeitswilligen und der Verhinderung des Streikpostenstehens widerspiegelt, jetzt, wo die Arbeitswilligen beginnen, auch Körper und Leben der Unternehmer, von denen sie gedungen sind, anzugreifen. —

Das „fundamentum regnerum" (Grundlage der Königreiche).

In dem Nürnberger Krawallprozeß mokierte sich der Staatsanwalt über eine Bemerkung, die die Arbeiterpresse seinerzeit an die Freilassung des Revolverhelden Thiel geknüpft hat. „Der Mörder ist entlassen, er ist ja ein Arbeitswilliger." Durch solche Mitteilungen werde im Volke der Glaube an die Gerechtigkeit erschüttert, und wer das tue, der untergrabe das fundamentum regnerum. Thiel hat sich nach seiner Freilassung beeilt, sofort zu verduften; er gab an, daß bei seinem Schwager in Eisleben jederzeit seine Adresse

zu erfragen sei, aber jetzt weiß niemand, wo er sich aufhält, so daß die Untersuchung, die wegen Totschlages gegen ihn schwebt, nicht zu Ende geführt werden kann. Er wurde am Tage nach der Mordtat aus der Haft entlassen, also zu einer Zeit, wo noch nicht festgestellt sein konnte, ob er in Notwehr gehandelt hat oder nicht. Während ihm so Gelegenheit gegeben war, ungehindert sich aus dem Staube zu machen, wurden die fünf Angeklagten, die einige Arbeitswillige ungefährlich verletzt hatten, in Haft behalten, in dem gegen sie gefällten Urteil wurde ihnen nicht einmal die Untersuchungshaft angerechnet, obwohl die Geschworenen die Frage auf Landfriedensbruch, der die Untersuchungshaft allenfalls noch hätte rechtfertigen können, verneinten. Durch derartige Dinge wird sicherlich im Volke der Glaube an die Gerechtigkeit mehr untergraben, als durch Mitteilungen der Presse, die nur der Wahrheit entsprechen.

Reichskanzler und Memoirenschreiber.

Die „Berliner Politischen Nachrichten" des Herrn Schweinburg machen sich das Pläsier, dem Tagebuchschreiber Hohenlohe den Reichskanzler Hohenlohe gegenüberzustellen. Am 17. August 1899, so führen sie aus, habe Fürst Hohenlohe von dem Gesetze betreffend den Schutz der Arbeitswilligen despektierlich als dem „Zuchthausgesetz" gesprochen, sich also das Schlagwort der Sozialdemokratie zu eigen gemacht. Derselbe Fürst Hohenlohe habe aber mit seiner Unterschrift unter dem 26. Mai 1899 dieses Gesetz eingebracht und in der Reichstagssitzung vom 19. Juni 1899 erklärt, daß er nicht begreife, warum die sozialdemokratische Partei den Gesetzentwurf bekämpfe, da das Koalitionsrecht der Arbeiter durch dasselbe nicht im geringsten beschränkt werden solle!

Ferner vermerke Fürst Hohenlohe in seinen Memoiren unter dem 7. März 1900, daß er das Fleischbeschaugesetz wegen seiner das Fleisch verteuernden Wirkung für sehr bedenklich halte. Die Zahl der Sozialdemokraten und aller kleinen Leute, welche durch die Verteuerung des Fleisches geschädigt würden, sei größer als die durch den Bund der Landwirte aufgeregte Landbevölkerung. Dagegen habe derselbe Fürst Hohenlohe am 27. April 1898 im preußischen Abgeordnetenhause die obligatorische Fleischbeschau verteidigt und erklärt, daß es ganz selbstverständlich sei, daß gegenüber der ausländischen Einfuhr von Fleisch- und Fleischwaren mindestens gleichwertige hygienische Vorsichtsmaßregeln zur Anwendung gelangen müßten, wie gegenüber den inländischen Erzeugnissen gleicher Art!

Endlich bezeichnete Fürst Hohenlohe das Handwerkergesetz, das unter dem 15. März 1897 mit seiner Unterschrift dem Reichstage eingebracht worden sei, in seinen Denkwürdigkeiten als ein „ziemlich törichtes Gesetz".

Wir haben keinen Anlaß, den dritten Reichskanzler gegen diese Angriffe des Herrn Viktor Schweinburg in Schutz zu nehmen. Zwar haben wir speziell auch aus seinen Memoiren den Eindruck erhalten, als ob Fürst Hohenlohe noch ein verhältnismäßig vornehmer politischer Charakter gewesen sei. Wenn ihm trotz alledem derartige krasse Widersprüche und Charakterlosigkeiten nachgewiesen werden können, — wie müßte sich da erst das Gros unserer Staatsmänner im Lichte ebenso ungeschminkter Memoiren ausnehmen! —

Auch ein Erfolg des Hakatismus.

Unsere Hakatisten erleben einen Mißerfolg nach dem anderen. Gegenwärtig regt sich die deutschnationale Presse furchtbar auf über einen Hirtenbrief des Erzbischofs v. Stablewski über den Religionsunterricht in der Muttersprache. In diesem Hirtenbrief wird darüber geklagt, daß durch das Verbot des Religionsunterrichts in polnischer Sprache die Kenntnis in der Religion und das „sittliche Gefühl unserer jüngeren Generation im Rückschritt begriffen" seien. Diese Wahrnehmung sei ihm, dem Erzbischof, durch die Berichte seiner beiden Weihbischöfe und die Beschwerden der Eltern und der Geistlichen bestätigt worden. Diese traurige Tatsache müsse erneuten Anlaß zu tatkräftigem Einschreiten geben. Es sei infolge des Verbotes des Religionsunterrichtes in der Schule eine gedeihliche Religionspflege unmöglich gemacht, deshalb müsse fortan dieser Unterricht durch einen solchen im Haus und Kirche zu ergänzen versucht werden. Er bitte deshalb die Geistlichkeit, sich mit noch größerem Eifer der Katechisierung der Jugend zu widmen. An die Eltern ergehe aber die Bitte, ihre Kinder noch eifriger und sorgfältiger zu erziehen und zum Besuch des geistlichen Privatunterrichts anzuhalten.

Die „Tägl. Rundschau" nennt diesen Hirtenbrief „ein Dokument von wahrhaft verschlagener Taktik und von einer Diplomatie, wie sie der jesuitischen Erziehung des katholischen Klerus alle Ehre macht". Herr von Stablewski entwinde der Regierung von vornherein alle Handhaben zum Einschreiten, indem er sich hinter die Sorge um die religiöse Erziehung verschanze und den offenen Widerstand in der Schule aufgebe, weil sich dort die preußische Polizeigewalt offenbar doch als die stärkere erwiesen habe. Dafür werde nun die Wühlarbeit der Geistlichen in das Haus und in die Familie getragen. Es werde eine „heilige Schule" geschaffen, vor deren Schwelle der Staat wohl oder übel Halt machen müsse, während sie dem polnischen Agitator im Priestergewand kein Hindernis sei.

Die „Tägl. Rundschau" gesteht also zu, daß vor dieser Taktik der hakatistische Polizeiböttel kapitulieren müsse. Und der ohnmächtige Ingrimm dieses hakatistischen Wutergusses beweist, daß man sich der Bedeutung einer solchen Gegenagitation nur zu wohl bewußt ist. Zu der Einsicht freilich, daß man diese Agitation selbst durch seine brutalen Germanisationsmaßregeln heraufbeschworen hat, vermögen sich unsere Hakatisten nicht aufzuschwingen! —

Der Reichsverband an der Arbeit.

Einem Leser unseres Blattes ging folgendes Schreiben zu:

Nikolassee-Berlin, 6. 10. 06.
Münchowstr. 1.

Im Auftrage Sr. Exzellenz des Herrn Generalleutnants v. Liebert, ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, erlaubt sich der ergebenst Unterzeichnete Sie freundlichst zu ersuchen, im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen von 1908 den Wahlfonds des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie mit einer Spende zu unterstützen und vielleicht auch dem genannten Vereine als Mitglied gütigst beitreten zu wollen. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages bleibt Ihrem werten Ermessen überlassen.

Wir richten um deswillen diese Bitte an Sie, weil doch unbedingt etwas geschehen muß, um das fortgesetzte Wachstum der Sozialdemokratie zu beschwören und den auch im wirtschaftlichen Leben unheilvollen Einfluß dieser Partei (Streiks!) auf ein gesundes Maß zurückzuführen. Daß Ihre etwaige werte finanzielle Beihülfe ihren Zweck nicht verfehlen würde, lehrt die Anlage.

Im Interesse der Sache ist der Unterzeichnete gern erbötig, Ihnen einen Besuch abzustatten und auf alle einschlägigen Fragen Auskunft zu erteilen.

Rudolf Lebius, Schriftsteller.

Nachschrift: Zahlungen an den Reichsverband nimmt der Schaaffhausensche Bankverein an.

Der Unterzeichner dieses Schreibebriefes gehörte noch vor wenigen Jahren der sozialdemokratischen Partei an. Da er seine Begabung höher einschätzte als die Parteigenossen und infolgedessen keinen seinen eingebildeten Fähigkeiten entsprechenden Wirkungskreis fand, ging er erst zu den Nationalsozialen über, um nun beim Reichsverband sein glorreiches Ende zu finden.

In einem beigefügten Flugblatt empfiehlt sich der Reichsverband durch folgende Reklame:

Durch die Mitwirkung des Reichsverbandes sind bei allen Reichstagsersatzwahlen im Jahre 1905 gewählt worden: zwei freisinnige, ein nationalliberaler, ein deutschsozialer und zwei konservative Kandidaten. Gelegentlich aller dieser Wahlen wurden vom Reichsverbande etwa 1 540 000 Flugschriften verbreitet. Die Gesamtzahl der vom Reichsverbande verbreiteten Flugblätter beläuft sich bereits auf mehrere Millionen. Von den letzten Reden des Reichskanzlers Fürsten von Bülow und des Finanzministers Frhrn. v. Rheinbaben sind allein 400 000 Stück verbreitet worden.

Die laufende praktische Tätigkeit des Verbandes besteht in folgendem:

1. Es wird durch eine dauernd fortgesetzte Aufklärungsarbeit das nationale Bürgertum zu kraftvoller Kampftätigkeit aufgefordert.

2. Es werden Beiträge gesammelt zum Ausbau einer wirksamen Organisation und zur Beschaffung eines entsprechenden Wahlschatzes.

3. Es wird eine „Korrespondenz" herausgegeben, welche zurzeit bereits von etwa 500 Zeitungen benutzt wird und besonders die kleineren Zeitungen mit geeignetem Kampfmaterial versieht.

4. Es werden an möglichst vielen Orten des Reiches Vorträge veranstaltet über die wahren Ziele der Sozialdemokratie. In diesen Vorträgen wird nicht nur die Unmöglichkeit eines sozialdemokratischen Zukunftsstaates nachgewiesen, sondern auch die politische und wirtschaftliche Gefahr einer Weiterentwickelung der Sozialdemokratie für die Verhältnisse der Gegenwart dargelegt.

5. Es werden in der „Rednerschule" des Verbandes geeignete Redner ausgebildet, welche nicht nur Vorträge halten, sondern in die sozialdemokratischen Versammlungen als Gegenredner entsandt werden sollen. Die Wanderredner des Reichsverbandes stehen auch seinen Ortsgruppen und allen ihm körperschaftlich angeschlossenen Vereinen zur örtlichen Agitation und Organisation zur Verfügung.

6. An Orten, wo die Sozialdemokratie durch Arbeitersekretariate besondere Erfolge erzielt, sollen Rechtsauskunftsstellen durch den Verband eingerichtet werden.

7. Weiter steht bevor die Herausgabe eines Handbuches, in dem alle diejenigen Schlagwörter, die man von sozialdemokratischen Rednern in Versammlungen zu hören bekommt, aufgeführt und unter Beifügung des einschlägigen Materials widerlegt werden sollen.

Wir haben schon früher die Wirksamkeit des Reichsverbandes dahin charakterisiert, daß sie zur Konsolidierung der bürgerlichen Parteien und damit schließlich zur Diskreditierung derselben führe. Trotz alledem muß uns diese Wühlarbeit des Reichsverbandes nur ein Ansporn sein, auch unsererseits die unausgesetzteste und intensivste Agitation zu entfalten!

Das strafbare und nicht-strafbare Wahlrechtsflugblatt.

Die deutsche Reichseinheit hat sich wieder einmal herrlich offenbart. Das Reichsgericht, das dieser Tage, wie wir berichtet haben, das Urteil des Landgerichts Elberfeld bestätigt hat, das den Genossen Ullenbaum von der Anklage freisprach, durch den Druck des preußischen Wahlrechtsflugblattes Aufreizung zum Klassenhaß und zu Gewalttätigkeiten verübt zu haben, dasselbe Reichsgericht hat am Dienstag das Urteil des Landgerichts Stargard bestätigt, das zwei Genossen wegen Verbreitung desselben Wahlrechtsflugblattes zu je drei Monaten Gefängnis verurteilte. Und ebenso hat das Reichsgericht ein Glatzer Urteil sanktioniert, das über dieselben Wahlrechtsflugblätter wegen hochverräterischen Inhalts die Beschlagnahme aussprach. Es wird uns aus Leipzig vom 16. Oktober telegraphiert:

Das Reichsgericht verwarf heute die Revision gegen das Urteil im Wahlrechtsflugblattprozeß von Stargard, in dem die Genossen Witte und Siebschlag je drei Monate Gefängnis erhielten, und ebenso die gegen das Urteil der Strafkammer zu Glatz auf Beschlagnahme des Wahlrechtsflugblattes wegen Hochverrats. Näherer Bericht folgt. —

Zentrumsleute unter sich. Der „Volksverein für das katholische Deutschland" hat dieser Tage in Köln Stellung gegen die Heilsarmee genommen, die sich auch im ultramontanen Westen zum Unbehagen der Klerikalen immer mehr breitmacht. Als Hauptredner hatte man sich den Landtagsabgeordneten Professor Dr. Faßbender aus Berlin kommen lassen. Dieser war aber dem Pfarrer Rüben, dem nachfolgenden Redner, zu milde zu Werke gegangen, und so holte Herr Rüben nach, was der Professor nach seiner Auffassung versäumt hatte. Er griff die Salutisten in der kleinlichsten Weise an und suchte die Polizei gegen sie scharf zu machen. Ferner führte er aus, es litten die katholischen Vinzenz- und Elisabethvereine unter der Heilsarmee; wenn die Heilsarmee kollektiere, solle man ihr keinen Heller geben. — Nach Herrn Rüben nahm Kaplan Weertz, der Vorsitzende des alkoholgegnerischen katholischen „Kreuzbündnisses" das Wort. Er bedauerte die Art des Vorgehens seines höheren Amtsbruders, die er als ungerecht hinstellte, und forderte Toleranz für die Heilsarmee, die er mit ihrem apostolischen Opfersinn der katholischen Männerwelt als Beispiel empfahl. Mit ihren Asylen sei die Heilsarmee leider den charitativen Einrichtungen der katholischen Kirche voraus.

Hier machte der Vorsitzende den Kaplan auf die beschränkte Redezeit aufmerksam, und als dieser weitersprechen wollte, rief man dem Geistlichen aus der durchweg aus Katholiken bestehenden Versammlung stürmisch: „Schluß und Raus!" (!!) zu. Als der Redner seinem Bedauern über dieses Benehmen seiner Glaubensbrüder Ausdruck geben wollte, erhob sich ein derartiger Tumult, daß er abtreten mußte.

Diese Vorgänge sind charakteristisch für die fanatische und stumpfsinnige Art des Zentrumsanhangs. Diese Elemente gehen nicht in Versammlungen, um Meinungen zu hören, sondern um Bravo zu gröhlen und wie besessen Beifall zu klatschen.

Zur Fleischnot.

Am Montagabend nahmen die Stadtverordneten in Halle erneut einen Initiativantrag wegen Oeffnung der Grenzen und Einführung von Magervieh an. Die Schlachtungen im letzten Jahre auf dem Halleschen Schlachtviehhofe, so berichtete man, haben um 4600 abgenommen und die Schlachtgebühr ist im vergangenen Jahre um 10 800 M. gesunken. In der Schlachtung von Pferden stehe Halle im Deutschen Reich an zweiter Stelle. Die Behauptung der Agrarier, nur im Auslande gebe es seuchenkrankes Vieh, sei sehr dreist und werde durch die Tatsache widerlegt, daß in den letzten beiden Wochen allein auf dem Halleschen Viehhofe 45 und 60 seuchenkranke Schweine eingeliefert wurden. Der erste Bürgermeister hatte gegen den Antrag auf Oeffnung der Grenzen nichts einzuwenden, meinte aber, nach den gemachten Erfahrungen müsse er bezweifeln, daß der Antrag unter dem jetzigen Regime Erfolg habe.

*

Frankfurt a. M., 16. Oktober. Im Anschluß an die Kundgebung der städtischen Behörden nahm gestern eine stark besuchte Versammlung, die von den Vorständen des demokratischen Vereins, des Vereins der Fortschrittspartei und des nationalsozialen Wahlvereins in den großen Saal des Börsenrestaurants einberufen worden war, Stellung zu der immer unerträglicher werdenden Fleischnot; auch viele Frauen waren erschienen. Nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Oeser gelangte eine Resolution zur Annahme, in der 1. die Oeffnung der Grenzen für Schlacht- und Zuchtvieh, 2. Aufhebung der Einfuhrzölle für Vieh und Fleisch, 3. Beseitigung der Zölle auf Futtermittel zur Erleichterung der einheimischen Produktion verlangt wird.

Die Arbeitswilligen fangen an, auch die Unternehmer mit dem Messer zu bearbeiten.

Das Stechen und Schießen der Streikbrecher, das in letzter Zeit zu einer täglichen Erscheinung wurde, scheint sich nicht nur gegen organisierte Arbeiter zu richten. Die durch Klassenjustiz, Polizei, Unternehmer und durch die bürgerliche Presse zum Größenwahn erzogenen, sittlich und moralisch defekten Individuen lassen sich nun auch nicht mehr von ihren Verherrlichern schief ansehen. Als am Freitag ein Bauunternehmer in Lechhausen, wo die organisierten Maurer schon den ganzen Sommer sich im Kampfe befinden, einen Streikbrecher wegen einer Ungehörigkeit zur Rede stellte, rannte ihm der Herr Arbeitswillige ohne viel Umstände das Messer tief in den Körper. Tödlich verletzt wurde der Bauunternehmer von seinem Bau, auf dem er allein „Herr" sein wollte, in eine Klinik gebracht. — Wenn organisierte Arbeiter solche Lumpen beim rechten Namen nennen oder in der Aufregung sich zu einem Puff hinreißen lassen, dann kommen sie Wochen, Monate und Jahre ins Gefängnis! — Von Rechts wegen.

Die braunschweigische Thronfolgefrage und die Sozialdemokratie. Eine von etwa 3000 Personen besuchte vom sozialdemokratischen Verein Braunschweig einberufene Volksversammlung zu Braunschweig nahm nach einem Referat des Genossen Jasper folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß der gegenwärtige Streit um die Thronfolge in Braunschweig weniger eine Frage des Rechts, als der politischen Macht ist, und klar erkennen läßt, wie kläglich es in Wahrheit um die angebliche Monarchentreue der sogenannten nationalen Parteien bestellt ist, in der weiteren Erwägung, daß das braunschweigische Volk nicht das geringste Interesse daran hat, von einem Fürsten — sei es nun der „angestammte Herzog", ein Hohenzollernprinz, oder sonst ein Prinz — regiert zu werden, sondern fähig ist, seine Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu vertreten, fordert die am 13. Oktober im „Hofjäger" tagende öffentliche Volksversammlung den Regentschaftsrat und die Landesversammlung auf: von weiteren Verhandlungen mit dem Herzog Ernst August oder dem König von Preußen, sowie von der Wahl eines Regenten abzusehen und den unhaltbaren Zustand einer dauernden Regentschaft dadurch zu beseitigen, daß der braunschweigische Staat durch eine Verfassungsänderung zu einem freien deutschen Staat erklärt wird, in welchem die Staatsgewalt durch eine auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gewählte Volksvertretung ausgeübt wird."

Krupp v. Bohlen und Halbach.

Das „Wolffsche Bureau" meldet aus Bonn: Der Kaiser hat heute aus Anlaß der Hochzeit auf der Villa Hügel dem Bräutigam Legationsrat Dr. von Bohlen und Halbach die Berechtigung zur Führung des Namens Krupp von Bohlen und Halbach verliehen.

Der alten Kanonendynastie ist auf diese Weise also doch noch der Adel aufgepfropft worden. Der Gründer der Dynastie Krupp hatte bekanntlich seinerzeit den Adel abgelehnt. Er soll erklärt haben, er wolle lieber der erste Bürgerliche, als der letzte Adelige sein.

Keine Konzessionen. Im Anschluß an die Meldung von der Bestätigung des Genossen Eißnert als Beigeordneter von Offenbach durch den Großherzog von Hessen hatte die „Offenb. Ztg." die Nachricht verbreitet, Genosse Eißnert habe in Darmstadt weitgehende Konzessionen machen müssen, sonst wäre er nicht bestätigt worden. Das ist selbstverständlich böswilliges Gerede. Genosse Eißnert schreibt dazu unserem Offenbacher Bruderblatt: „Hierzu habe ich zu bemerken, daß von mir keinerlei Konzessionen verlangt wurden, ich sonach auch keine gemacht haben kann." —

Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte? In Bundesratskreisen soll nach der „Frankf. Ztg." die Absicht bestehen, bei der in Aussicht genommenen Wechselprotestreform die Zuständigkeit der Amtsgerichte bis zu einem Streitwert von 1200 Mark zu erweitern. Beschränkt sich die geplante Erweiterung indes nur auf Wechselsachen, so dürfte sie keineswegs als ein Fortschritt anzusprechen sein. —

Ausland.

Frankreich.

Antimilitaristische Soldaten.

Paris, 13. Oktober. (Eig. Ber.)

Zwei Marineinfanteristen sind vom Kriegsgericht in Cherbourg wegen antimilitaristischer Demonstrationen abgeurteilt worden. Sie hatten vor einem patriotischen Denkmal gerufen: „Nieder mit der Armee! Nieder mit den Offizieren! Man braucht keine Armee mehr!" Der Ankläger forderte eine strenge Strafe und das Gericht verurteilte den einen Angeklagten zu 15 Tagen, den anderen zu 60 Tagen Gefängnis. Man sieht, der Militarismus möchte auch in Frankreich zur Liebe zwingen. In Deutschland wäre allerdings das Urteil in einem solchen Falle etwas anders ausgefallen.

Norwegen.

Das Staatsbudget.

Der Regierungsvoranschlag zum Staatsbudget für das nächste Finanzjahr — vom 1. April 1907 bis zum 31. März 1908 — endet mit der Bilanzsumme von 103 744 100 Kronen, das außerordentliche Budget von 6 504 100 Kronen mitgerechnet. Die Ausgaben des außerordentlichen Budgets sind lediglich für Eisenbahnbauten bestimmt, der größte Teil, 5 381 000 Kronen, für den Weiterbau der Bahn Kristiania—Bergen. Die im Budget für 1905/06 bewilligte Gesamtsumme betrug 101 046 974 Kronen. Es soll also im nächsten Finanzjahr wiederum ein gut Teil mehr ausgegeben werden. Dem Militarismus soll fast eine halbe Million, dem Marinimus fast eine viertel Million mehr als im laufenden Jahre geopfert werden. Die Ausgaben für das Heer sind auf 12 995 000 Kronen, die für die Marine auf 4 836 000 Kronen berechnet. Man will mit dem Bau eines Unterseebootes und eines Torpedojägers beginnen sowie einen in Arbeit befindlichen Torpedojäger vollenden. Sämtliche Fahrzeuge sollen auf der eigenen Werft der Marine gebaut werden.

Der neue König kostet den Norwegern bekanntlich 750 000 Kronen pro Jahr; dazu kommen im Budgetvoranschlag 44 584 Kr. Ausgaben für das königliche Schloß, 5000 Kr. für das Palais des Königs. Für Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld müssen 15 257 688 Kr. ausgegeben werden. (Am Schlusse des Finanzjahres belief sich die norwegische Staatsschuld auf 342 406 510 Kr.)

Von den im Budgetvoranschlag aufgeführten Einnahmen sollen 55 800 500 Kr. durch direkte und indirekte Steuern aufgebracht werden, der größte Teil davon, nämlich 39 Millionen, durch Zölle!

Für soziale Zwecke schlägt die Regierung zwei besondere Ausgabeposten vor, die allerdings sehr gering sind und auch nur für Komiteeberatungen dienen sollen. Es handelt sich hier um 10 000 Kr., die, einem Beschluß des Storthings vom 26. April 1906 entsprechend, zur Erörterung der Frage dienen sollen, in welcher Weise und inwieweit der Staat unbemittelten Leuten helfen kann, Land zu erwerben, ohne die geltende Auffassung über das private Landeigentumsrecht zu kränken. Zweitens handelt es sich um 20 000 Kronen zu weiterer Bearbeitung der Frage einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersversicherung. Das Ideal ist hier eine, das ganze Volk umfassende Versicherung. Erscheint dies zurzeit nicht durchführbar, so soll sich die Versicherung auf die in privaten und öffentlichen Diensten für Lohn oder Gehalt tätigen Personen beschränken. —

Gewerkschaftliches.

„Hirsche" als Denunzianten.

In Königsberg hat sich die Filiale des Zentralverbandes der Hafenarbeiter sehr gut entwickelt. Es gibt nur noch ein „Bäckerdutzend" Hafenarbeiter, die in einem Hirsch-Dunckerschen Vereine organisiert sind. Diese Leute sind nun sehr empfindlich und verkriechen sich vor einem frisch-fröhlichen Meinungskampfe unter die Fittiche des Staatsanwalts. Am Sonnabend wurden in Königsberg nicht weniger als neun zentralorganisierte Hafenarbeiter von den „Hirschen" auf die Anklagebank geschleppt. Und zwar sollen die Leute ein unerhörtes Verbrechen begangen, nämlich für den Zentralverband der Hafenarbeiter agitiert haben!

Am 26. Mai d. J. sollten zwei Dampfer mit Ladung versehen werden, wobei die neun Arbeiter beschäftigt waren. Sie sollen bei dieser Gelegenheit erklärt haben, nur mit solchen Hafenarbeitern zusammen zu arbeiten, die Mitglieder des Zentralverbandes sind. Daraufhin traten auch verschiedene Arbeiter dem Zentralverbande bei. Der Vorsitzende des Hirsch-Dunckerschen Verbandes, Herr Fenthur, sah mit Schrecken das Häuflein seiner Getreuen immer mehr zusammenschmelzen und wandte sich in der höchsten Not an den Generalsekretär der Hirsche in Burg. Und der Herr Generalsekretär zeigte sich der Aufgabe vor die er gestellt wurde vollkommen gewachsen. Von Burg erfolgte prompt die Order, **daß gegen die Zentralverbändler Strafantrag gestellt werden müsse; was auch geschah.** Und so mußte sich am Sonnabend das Königsberger Schöffengericht mit den neun Sündern beschäftigen. Als Zeugen traten die „Hirsche" auf. Sie vermochten aber nicht auszusagen, daß auch nur einer von ihnen von den Angeklagten irgendwie „bedroht" worden sei. Den Zeugen ist nur gesagt worden, daß man mit ihnen nicht zusammenarbeite, wenn sie sich nicht organisieren würden.

Es kam zum großen Schmerze der „Hirsche" so, daß der Amtsanwalt selber die Freisprechung sämtlicher Angeklagten beantragen mußte. Er meinte, die Angeklagten hätten zwar nur aus „Vereinsübereifer" gehandelt, aber ihre Handlungsweise sei eine verwerfliche gewesen. Sie, die Angeklagten, wollen Arbeitsfreiheit, aber in Wahrheit schaffen sie Arbeitsunfreiheit — Zwang. Da es sich im vorliegenden Falle aber nicht darum handelte, die anders gesinnten Arbeiter für eine Lohnbewegung und einen Streik zu gewinnen, wie der § 153 der Gewerbeordnung bestimme, sondern lediglich darum, die Arbeiter zum Anschluß an die Organisation zu bewegen, so könne er, der Amtsanwalt, die Klage nicht aufrechterhalten.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Amtsanwalts an und erkannte auf Freisprechung, während die Hirsch-Dunckerschen Denunzianten wie die betrübten Lohgerber abzogen.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Gewerbegerichtswahlen!

In dem Flugblatt zu den Gewerbegerichtswahlen heißt es für den 31. Wahlbezirk: Wahllegitimationen sind zu haben bei H. Braun, Schönhauser Allee 167 a. Infolge Umzuges hat sich dies geändert und sind deswegen die Legitimationen für diesen Bezirk zu beziehen durch Karl Baumann, Chorinerstr. 54.

Zum Streik bei Keyling u. Thomas. Der Streikbeschluß vom Montagabend, wonach am Dienstagmorgen sämtliche Arbeiter der Eisengießerei von Keyling u. Thomas zugunsten der bereits seit acht Tagen ausständigen Kernmacher die Arbeit niederlegen sollten, ist trotz des nicht gerade mustergültigen Organisationsverhältnisses in diesem Betriebe ziemlich korrekt ausgeführt worden. Die große Mehrzahl der dort beschäftigten zirka 800 Arbeiter hat die Arbeit am Dienstag nicht wieder aufgenommen, und es steht zu erwarten, daß auch der größte Teil der noch Arbeitenden sich den Streikenden anschließt. Damit dürfte die Firma Keyling u. Thomas jetzt einmal energisch die Folgen eines Streiks zu spüren bekommen, der sich als ein förmlicher Notwehrakt der Arbeiter gegenüber der rücksichtslosesten Unternehmerwillkür charakterisiert. Schon seit längerer Zeit gärte es in dem Betriebe, weil den Arbeitern eine Behandlung zuteil wurde, die sie sich auf die Dauer nun und nimmer gefallen lassen konnten. Bekanntlich ist die Firma Mitglied des Metallindustriellenverbandes, und ihr Chef, der schon bejahrte Herr Keyling, gilt allgemein als der Urtypus eines selbstherrlichen Unternehmers mit ausgeprägtesten Scharfmacherallüren. Es nimmt daher auch nicht Wunder, daß sich dieser Herr stets als ein geschworener Feind all und jeder Organisationsbestrebungen der Arbeiter betätigte. Jeglichen sozialen Verständnisses bar, gab sich Herr Keyling lediglich als der hochgebietende Arbeitgeber, dem die Arbeiter einfach zu Dank verpflichtet seien, weil er diese Hungerleider gnädigst zu beschäftigen beruhte. Irgend ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erkannte er grundsätzlich nicht an. Sein Standpunkt war: der Arbeiter hat mit dem Lohn zufrieden zu sein, den der Arbeitgeber für ausreichend hält. In dem Arbeiter sah er nur eine Kreatur, die ohne jede Willensregung einfach zu gehorchen hatte, wie es der „Herr im Hause" befahl. Witterte er irgendwie Organisationsregungen im Betriebe, so ließ er seine Arbeiter kolonnenweise antreten und hielt ihnen nach Art eines echten Industriepatriarchen die vorsintflutlichsten Gardinenpredigten über sein „gutes Herz" und das „unbegrenzte Wohlwollen", welches er für die Arbeiter empfinde. Schade nur, daß die Arbeiter in Wirklichkeit nie etwas von diesem gerühmten Wohlwollen zu spüren bekamen. Dabei konnte er dann nie eindringlich genug vor den „Hetzern und wüsten Agitatoren" warnen, die von Arbeitergroschen gemästet, nur bestrebt seien, die Arbeiter aufzuwiegeln und von außen her Unzufriedenheit in seinem Betriebe zu stiften. Fand er unter seinen Arbeitern mal einen, der für die Ausbreitung der Organisation auch nur in bescheidenstem Maße wirkte, so hinderte ihn sein gutes Herz durchaus nicht, einen solchen Mann rücksichtslos in die schwarzen Listen der Kühnemänner zu bringen und ihn monatelanger Arbeitslosigkeit und damit dem Hunger zu überantworten. Der bekannte Schadenersatzprozeß des Arbeiters Steinland kontra Keyling u. Thomas, der seinerzeit in dem aufsehenerregenden Urteil des Reichsgerichts eine klassische Würdigung der brutalen Sperrmaßregeln des Kühnemännerverbandes fand, zeigte das gute Herz dieses kleinen „König Stumm" damals vor aller Welt in seiner wahren „humanitären" Größe, so daß er sich damit als Musterrepräsentant des unverfälschten Kühnemännertums in der gesamten organisierten Arbeiterschaft einen dauernden, allerdings sehr unrühmlichen Namen gemacht hat.

Was Wunder, daß es bei einem solchen Fabrikanten schließlich zu einem allgemeinen Streik kommen mußte. Bereits vor drei Wochen waren die Kernmacher schon einmal zur Arbeitsniederlegung gezwungen worden. Kurz zuvor hatten nämlich die Riemenscheibenformer gestreikt, und den Kernmachern war zugemutet worden, Streikarbeit zu leisten. Als dann ein Vertrauensmann die Anfertigung von Streikarbeit verweigerte, wurde er kurzerhand gemaßregelt; die Entlassung eines anderen folgte bald darauf. Hatte Herr Keyling nun schon bei der diesjährigen Maifeier erfahren müssen, daß die Organisation trotz aller seiner Gardinenpredigten und Maßregelungsgelüste in seinem Betriebe festen Fuß gefaßt hatte, so wurde ihm diese Tatsache noch etwas **deutlicher zum Bewußtsein gebracht, als die Kernmacher wegen der** durch nichts berechtigten Entlassung des Vertrauensmannes einmütig die Arbeit niederlegten. In einer Sitzung der Organisationsvertreter mit der Vertrauenskommission der Metallindustriellen wurde diese Differenz jedoch beigelegt. Herr Keyling hatte damals ausdrücklich versprochen, den einen Vertrauensmann binnen 8 bis 10 Tagen wieder einzustellen. **Dieses Versprechen hielt er jedoch nicht, sondern entließ im Gegenteil noch mehrere Vertrauensleute, so daß in kurzer Zeit nicht weniger wie fünf Vertrauenspersonen gemaßregelt auf dem Pflaster lagen.** Der Zweck dieser Entlassungen war durchsichtig genug. Offenbar sollte damit die Organisation zertrümmert werden. Doch nicht genug damit, wurden den Kernmachern obendrein noch völlig unberechtigte Ausschußabzüge gemacht. Das Maß war jetzt zum Ueberlaufen voll, die Kernmacher legten deshalb wieder die Arbeit nieder. Erneut gab es Verhandlungen zwischen den Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes und der Vertrauenskommission der Metallindustriellen. Und hier wurde nachgewiesen und anerkannt, daß die Ausschußabzüge größtenteils unberechtigt waren und den diesbezüglichen korporativen Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie sie seit zwei Jahren in Berlin gelten, direkt widersprachen. Herr Keyling sagte denn auch wohl oder übel eine nochmalige Prüfung der Ausschußangelegenheit zu, verweigerte jedoch die Wiedereinstellung des willkürlich und ohne jede Ursache entlassenen Vertrauensmannes Sch. Auf dieser Wiedereinstellung beharrten die Kernmacher aber unter allen Umständen, und die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes konnte nach Lage der Sache nicht anders, als den Kernmachern die Fortsetzung des Streiks zu empfehlen, ganz gleichgültig, welchen Ausgang er nehmen werde. Da nun aber auch die Arbeiter der anderen Abteilungen nach den eigenen Aussprüchen des Herrn Keyling mit Recht die Besorgnis hegen müßten, daß das, was den Kernmachern jetzt passiert ist, auch ihnen jeden Tag passieren kann, so haben sie die Sache der Kernmacher gegenwärtig zu ihrer eigenen gemacht und sind ebenfalls in den Streik getreten. Es bleibt nun vorerst abzuwarten, welche Wirkung der Ausstand auf die übrigen Aktionäre der Firma ausüben wird.

Mit dem Tarifvertrage der Holzarbeiter haben sich in letzter Zeit eine Reihe von Bezirksversammlungen beschäftigt. Die Versammlungen waren einberufen, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche und Forderungen, welche sie für die bevorstehenden Vertragsverhandlungen haben, vorzubringen. Auch am letzten Montag fanden wieder einige derartige Versammlungen statt. In der Bezirksversammlung für den Osten und Nordosten referierte Glocke. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes: Der Vertrag ist sowohl vom Holzarbeiterverband als auch vom Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein gekündigt, andererseits haben auch die Unternehmer dem Holzarbeiterverband die Kündigung übersandt. Wenn man die Auslassungen der Fachzeitung der Tischlermeister betrachtet, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß es anläßlich der von den Arbeitern geforderten Verbesserung des Vertrages zu einem großen Kampfe kommt. Mit dieser Möglichkeit müsse man rechnen, obgleich die Arbeiter auf dem Standpunkt stehen, daß die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses wünschenswert ist und deshalb versucht werden muß, einen neuen Vertrag zustande zu bringen. Selbstverständlich müsse der neue Vertrag Verbesserungen für die Arbeiter bringen. Allgemein sei aus den Kreisen der Kollegen der Wunsch laut geworden, den Achtstundentag zu fordern. Gewiß sei der Achtstundentag anzustreben, ihn aber jetzt zu fordern und den Vertragsabschluß von der Bewilligung desselben abhängig machen, würde taktisch nicht richtig sein, denn es sei ganz sicher, daß die Arbeitgeber den Achtstundentag gegenwärtig nicht zugestehen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit müsse jedoch gefordert werden. Jedenfalls werde man wohl die 50stündige wöchentliche Arbeitszeit durchsetzen können. Da die Arbeit intensiver geworden sei und die Arbeitskraft viel mehr angespannt werde, so sei die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. Auch die Lohnverhältnisse bedürfen der Aufbesserung. Es werde eine Erhöhung des Minimallohnes, der Abschlagszahlung und der Akkordpreise gefordert werden. Bis zu welcher Höhe sich die Forderungen erstrecken sollen, das bedürfe erst der Festsetzung im einzelnen. Ferner werde gewünscht, daß die Werkstattdifferenzen schneller als bisher durch die Schlichtungskommission erledigt werden. Auch die Frage werde behandelt werden müssen, ob die Arbeitsvermittelung nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis bewirkt werden solle, so daß jede andere Art des Arbeitsuchens ausgeschlossen sei. — Das seien so im allgemeinen die Bedingungen, welche beim Abschluß eines neuen Vertrages zu erfüllen wären und die sich auch im großen und ganzen mit den Wünschen der Kollegen decken.

Nach längerer Diskussion nahm die Versammlung eine Resolution an, die in der Hauptsache den vom Referenten vertretenen Standpunkt einnimmt.

Die Aussperrung in der Berliner Schuhindustrie.

Der Aussperrungsbeschluß in der Berliner Schuhfabrikation hat zunächst die Wirkung gehabt, daß die Arbeiter der Schuhindustrie mehr als je einig und geschlossen zusammenstehen, bereit den Kampf aufzunehmen und darin auszuharren, bis die Herren zu einem ehrlichen Friedensschluß bereit sind und die Macht der Arbeiterorganisation erkannt haben. Von dieser Einmütigkeit und Entschlossenheit zeugte die öffentliche Schuhmacherversammlung, die am Montag den großen Saal in der Frankfurterstraße 117 bis zum letzten Stehplatz füllte. Der Referent Hamacher schilderte, welche Vorgänge es waren, die die Fabrikanten veranlaßten, die allgemeine Aussperrung zu beschließen. Die Forderungen der Ballschuhmacher sind bekanntlich sehr bescheiden. Sie wurden von den Unternehmern nicht in bestimmter Weise abgelehnt; man schob aber, wie es in der Regel geschieht, die ausländische, hier besonders die österreichische Konkurrenz vor, die mit äußerst niedrigen Löhnen arbeite. Merkwürdig ist es nun, daß, als seinerzeit die Schuhwarenhändler Herabsetzung der Zölle forderten, der „Schuhmarkt", das Organ der Schuhfabrikanten, behauptete, daß die deutsche Ballschuhindustrie die österreichische Konkurrenz schon aus dem Felde geschlagen habe, so daß es den österreichischen Fabrikanten schwer sei, hier überhaupt noch Absatz zu finden, und darum das Begehren nach Zollherabsetzung ungerechtfertigt wäre. Nun aber, wo es gilt, höchst bescheidene Forderungen der Arbeiter abzuwehren, muß die Auslandskonkurrenz wieder als ein ganz gefährliches Ungetüm erscheinen. Die Ballschuhfabrikanten haben bekanntlich drei Forderungen herausgegriffen, die so unerfüllbar sein sollen, daß darüber nicht einmal verhandelt werden darf, und zwar erstens die 5 Pf. Entschädigung für den Zeitverlust, der den Arbeitern bei kleinen Kommissionen von 5 und weniger Paar Schuhen erwächst; dann für die Heimarbeiter Mieteentschädigung für den Arbeitsplatz 1 M. wöchentlich, und schließlich Entschädigung für Furnituren, die die Arbeiter selbst kaufen müssen, sogar oft von ihrem eigenen Arbeitgeber kaufen, und teurer bezahlen müssen als in reellen Geschäften, so daß sie z. B. für Sandalen 10—12 Pf. bezahlen müssen, die sonst 4½ Pf. kosten, für Zutaten anderer Art 1,05 M. statt 45—49 Pf. Die Ballschuhmacher haben nun, um auch jeden Schein zu vermeiden, daß sie durch Mangel an Entgegenkommen mit schuld seien an der allgemeinen Aussperrung, die ersten beiden Forderungen insoweit fallen lassen, daß sie nur noch die Entschädigung für kleine Kommissionen von 3 Paar Schuhen ab verlangen, was jetzt schon von mehreren Ballschuhfabrikanten als selbstverständlich angesehen wird und durchgeführt ist. Es wird sich danach bei der Aussperrung hauptsächlich darum handeln, die Ballschuhfabrikanten davor zu bewahren, daß sie die Ausgaben für Furnituren selbst tragen müssen. Lächerlich erscheint es, wenn die übrigen Schuhfabrikanten, die eigene Fabrikräume haben und hier selbstverständlich so gut wie das Leder auch Nägel und dergleichen zur Herstellung ihrer Fabrikate selbst bezahlen, für ihre Kollegen in der Ballschuhindustrie schwere Opfer auf sich nehmen, um ihnen jenen in keiner Weise zu rechtfertigenden Ausnahmezustand zu erhalten. Man wird erst einmal abwarten müssen, ob die Herren wirklich imstande sind, so töricht zu handeln. Einem Gerücht nach besteht die Absicht, die Aussperrung zunächst auf zwei Tage zu bemessen und dann die Arbeiter nach bekanntem Muster durch einen Revers zum Austritt aus der Organisation zu nötigen. Der Kampf richtet sich also, wie gewöhnlich in solchen Fällen, gegen die Organisation der Arbeiter. **Man kann aber schon jetzt als sicher** voraussagen, daß dieses Ziel, wie gewöhnlich, nicht erreicht werden wird, wenn die Fabrikanten auch so verwerfliche und strafbare Mittel anwenden wie ihre Kommission, die den Ballschuhfabrikanten Giering zum Bruch des neu abgeschlossenen Arbeitsvertrages zu nötigen suchte. Daß die Forderungen der Ballschuhmacher nicht unannehmbar sind, zeigt sich schon darin, daß sie gleich in der ersten Woche von 7 Firmen mit zirka 50 Arbeitern bewilligt wurden, und jetzt bereits von 12 Firmen mit 180 Arbeitern anerkannt sind. In den Streik traten vor vier Wochen 311 Arbeiter von 14 Firmen und jetzt streiken noch bei 10 Firmen 213 Arbeiter.

An das Referat knüpfte sich eine rege Aussprache, in der die Einmütigkeit und Entschlossenheit zur Aufnahme und Durchführung des Kampfes deutlich zutage trat. Der Verbandsvorsitzende Simon wies auf den mächtigen Aufschwung der deutschen Schuhindustrie hin, der sich unter anderem darin zeigt, daß eine Erfurter Schuhfabrik in diesem Jahre 19 Proz., im vorigen „nur" 15 Proz. Dividende verteilte. Die Löhne der Arbeiter sind und bleiben elend, wo nicht die Macht der Organisation für Besserung sorgt. Der Redner erklärte ferner, daß der Kampf, den nun die Berliner Schuharbeiter zu führen haben, doch einmal, ob früher oder später, ausgefochten werden müsse. Nun gelte es auszuharren und für weitere Stärkung der Organisation zu sorgen.

Einige Redner machten den Vorschlag, sogleich als Antwort auf die Aussperrung allgemeine Forderungen an die Schuhfabrikanten zu stellen. Das wurde jedoch von anderen als taktisch unklug verworfen. — Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die öffentliche Schuhmacherversammlung erklärt die Forderungen der Ballschuhmacher für durchaus berechtigt und hält es für einen Ausfluß des Fabrikantenhochmuts, auf Grund solcher Forderungen eine Aussperrung in der mechanischen Schuhindustrie zu provozieren. Sie erklärt, daß, wenn die Fabrikanten einen solchen Beschluß durchführen, die Arbeiter der Schuhindustrie gewillt sind, mit allen Kräften den Kampf aufzunehmen und zu einem siegreichen Ende zu führen."

Deutsches Reich.

Die Elbeschiffer

sind in eine umfassende und gut vorbereitete Lohnbewegung getreten. Der Streik wurde an allen Hauptschiffahrtsplätzen gleichzeitig beschlossen und anscheinend auch entschlossen durchgeführt. Es ist charakteristisch für die Stimmung, daß u. a. in Hamburg 541 Stimmen für und nur 4 Stimmen gegen den Streik waren. Auch in Magdeburg erfolgte gestern früh die Arbeitseinstellung in prompter Weise. Es haben die Bootsleute und Heizer sämtlicher Schleppschiffahrtsgesellschaften auf der Elbe, welche den Frachtverkehr von Hamburg aufwärts bis nach Böhmen vermitteln, ihren Dienst eingestellt, so daß der regelmäßige Betrieb ins Stocken geraten ist. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft ist angeblich von dieser Stockung nicht betroffen; ihr regelmäßiger Betrieb bleibt aufrechterhalten. Die übrigen Gesellschaften sind bemüht, den Betrieb mit nichtorganisierten Schiffern und Heizern durchzuführen. Der Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt und verwandte Gewerbe macht bekannt, daß infolge des Ausstandes der Bootsleute und Heizer der regelmäßige Schiffahrtsbetrieb hat eingestellt werden müssen. In einer zweiten Bekanntmachung erklärt der Verband, daß der Verkehr trotz des Streiks mit den treugebliebenen Mannschaften „nach bester Möglichkeit" aufrechterhalten werden soll und bittet die Kaufmannschaft, den Verband in dem ihm „aufgedrungenen Kampfe" zu unterstützen. — Hoffentlich üben die Spree- und Havelschiffer, die für den Verkehr auf der Elbe stark mit in Frage kommen, mit ihren Kollegen aus den Elbschiffahrtsplätzen Solidarität. —

Achtung, Metallbrücker! Der Breslauer Metallbrücker befinden sich in einer Lohnbewegung, teilweise stehen dieselben im Streik. Zuzug ist streng fernzuhalten! — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Breslau.

Aus dem sächsischen Kohlenrevier Lugau-Oelsnitz.

In fünf in verschiedenen Ortschaften des Bezirks abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen, die sehr stark besucht waren, wurde nach den Referaten über die gemeinsamen Arbeiterforderungen folgende Resolution angenommen:

„1. Die heutige öffentliche Bergarbeiterversammlung erklärt sich nach Anhörung des Referenten mit den von den Vorständen der Bergarbeiterorganisationen gemeinsam an die Unternehmer eingereichten Forderungen einverstanden. 2. Ferner erklären alle Anwesenden, mitzuhelfen, daß die große Masse der Indifferenten für die Organisation gewonnen wird, denn nur ein starker, kräftiger Verband kann die Lage der Bergarbeiter verbessern. 3. Die Versammelten verpflichten sich, in allen Lagen der Lohnbewegung nur auf die Anweisungen der Gesamtleitung zu hören und sich zu keinen unüberlegten Schritten verleiten zu lassen, denn nur durch Einmütigkeit und Disziplin kann unsere berechtigte Sache glücklich zu Ende geführt werden."

Die Differenzen in der Thüringer Verlagsdruckerei (Inhaber Gretscher u. Schauroth) in Jena-Ziegenhain sind, nachdem das Personal die Kündigung ausgesprochen hatte, unter Mitwirkung der beiden Vorsitzenden des Tarifschiedsgerichts in Naumburg zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt worden.

Die Aussperrung in sämtlichen Metallwarenfabriken Offenbachs ist perfekt geworden. Ueber 1400 Personen sind brotlos geworden, weil 350 von ihnen das Recht zum Streiken in Anspruch nahmen. Im letzten Augenblick wurde noch in der Fabrik von Hinkel den Unorganisierten freigestellt, zu bleiben. Aber dieser Appell hat nicht viel genutzt. Mit wenigen Ausnahmen ruht der Betrieb in allen Fabriken und die vereinzelten Arbeitswilligen wie Meister und Lehrlinge können nicht viel ausrichten. Die erste Versammlung der Streikenden am Montagmorgen zeigte die Einigkeit und Geschlossenheit der Streikenden im schönsten Lichte. In einer Resolution wiesen die Versammelten die gemachten Zugeständnisse als ungenügend zurück und erklärten, daß es erforderlich sei, daß die Unternehmer zu weiteren Verhandlungen die Organisationsleitung zulassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Spät kommt Ihr . . .

Köln, 16. Oktober. (W. T. B.) Wie die „Kölnische Volksztg." erfährt, hat der Handelsminister das Oberbergamt Dortmund mit der **schleunigsten Untersuchung der Arbeiterverhältnisse auf den Kohlenzechen beauftragt.**

Ein Akt der Verzweiflung.

Braunschweig, 15. Oktober. (W. H.) **Ein dreifacher Mord resp. Selbstmord** wurde heute morgen in Blankenburg verübt. Dort hat in einem Hotel eine Frau Schöpfwinkel ihre beiden Kinder im Alter von drei resp. fünf Jahren mittels Revolverschüssen getötet und darauf sich selbst erschossen. Die Ursache vermutet man in dem Verluste eines Ehescheidungsprozesses, **durch welchen die beiden Kinder dem Manne zugesprochen waren.** Die Frau stammt aus Kassel oder Magdeburg.

Stimmungsmache für den neuen Pump.

London, 16. Oktober. (W. H.) Die „Exchange Telegraph Company" meldet aus Petersburg, daß für den 30. Oktober die Veröffentlichung eines kaiserlichen Manifestes erwartet wird, welches eine Teilamnestie **gewährt, die Kriegsgerichte abschafft und allen Parteien die Versammlungsfreiheit zusichert.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Achtung, Gewerbegerichtswahl!

Arbeiter Berlins! Versehet Euch bis zum Sonntag mit Wahl-Legitimationen!

Der französische Gewerkschaftskongreß.

Vierter Tag.

Nachmittags-Sitzung.

Amiens, 12. Oktober. (Eig. Ber.)

44 eingeschriebene Redner! Selbst die extremsten Individualisten sehen ein, daß das Rederecht des Individuums nicht unbeschränkt bleiben kann. Man einigt sich, die Parteien in gleicher Weise zu Worte kommen zu lassen. Aber wie viel Parteien sind da? Die einen sagen zwei: die für den Antrag Textilarbeiter und die gegen ihn. Drei, rufen die anderen: Sozialisten, Neutralisten und Antiparlamentarier. Und die Antiparlamentarier tragen noch einmal einen Sieg davon. Jede Partei bekommt drei Redner. Die Antiparlamentarier haben den Vortritt.

Die Debatte bringt übrigens nicht viel Neues. Der Buchdrucker Keüfer spricht für die Neutralität, gegen die Sozialisten und gegen die Antiparlamentarier, besonders gegen deren antipatriotische und anarchistische Agitation, die nicht in die Konföderation hineingehöre und der Werbekraft der Gewerkschaft schade. Er legt eine Resolution vor, die den Schlußsatz hat: Der Kongreß erklärt, daß die parlamentarische Aktion parallel mit der gewerkschaftlichen vor sich gehen soll, da diese doppelte Tätigkeit zur Befreiung der Arbeiterklasse und zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Interessen beitragen kann. Also eine verschleierte Anerkennung der Notwendigkeit der Politik, wenn auch nicht gerade der sozialistischen. Unter den Unterzeichnern der Resolution befinden sich auch Sozialisten, wie der Metallarbeiter Coupat.

Der Anarchist Broutchoux erklärt in einer Rede, deren herzhafte Naivität oft Heiterkeit erregt, man müsse in der Konföderation die Lehren Bakunins und Krapotkins verwirklichen. Aber „politicien“ sei für ihn kein Schimpfwort, sondern bezeichne nur eben jemand, der Politik treibe.

Fünfter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Die Diskussion wird zu Ende geführt. In seinem Schlußwort zitiert Renard einen Artikel Krapotkins in den „Temps Nouveaux“, worin dieser das Verhältnis der Kooperation zwischen Gewerkschaft und Partei, wie es auf dem Mannheimer Parteitag geregelt worden sei, als ganz angemessen bezeichnet. Wenn man wie Boutchoux die Lehren Bakunins befolgen wolle, müsse man für den Antrag der Textilarbeiter stimmen.

Griffuelhes, der im Namen des Konföderationsvorstandes das Wort ergreift, behauptet, es sei ein Widerspruch, auf die hohe Lebenslage der englischen Arbeiter hinzuweisen und doch den Wert der direkten Aktion zu bestreiten. Denn diese hohe Lebenslage sei das Werk der direkten Aktion. Dann weist er es zurück, daß er zu den Abgeordneten gegangen sei, um ihre Intervention zu verlangen, vielmehr hätten die Abgeordneten von ihm Informationen verlangt. Die Konföderation sei nicht anarchistisch, im Komitee säßen keine zehn Anarchisten. Wenn aber Keüfer eine moralische Einheit in der Konföderation wolle, so verlange er etwas Unmögliches. Immer werde es einen Kampf geben, nicht zwischen Anarchisten und Sozialisten, sondern zwischen denen, die die Konföderation von den politischen Mächten fernhalten wollen und ihren Gegnern. Der Redner tischt nun eine historische Pikanterie auf: Als das Ministerium Waldeck-Rousseau ans Ruder kam, versuchte es mit der Konföderation Beziehungen anzuknüpfen. Da die Föderationssekretäre Keüfer und Briat den Eintritt Millerands in die Regierung begrüßt hatten, schlug man der Arbeitsbörse ein Bankett im Handelsministerium vor und sogar ein Karrousel unter dem Präsidium Galliffets. Damals bildete sich eine Koalition von Anarchisten, Guesdisten, Allemanisten und Blanquisten, die diese Projekte vereitelte. Aber die Gefahr solcher Abwege bestehe immer. — Der Redner bekämpft die Anträge der Textilarbeiter und Keramiker. Wer „Beziehungen“ sage, sage „Vertrag“. Der Vertrag ist aber unmöglich, da jede politische Partei mit der Regierung rechnen muß. Gegenüber Keüfer bemerkt der Redner, die antimilitaristische Propaganda sei dem Komitee von den früheren Kongressen aufgetragen worden.

Man schreitet zur Abstimmung. Die Textilarbeiter fordern getrennte Abstimmung über die zwei Teile ihrer Resolution. Die Versammlung verweigert sie, worauf die Antragsteller erklären, sich der Abstimmung zu enthalten. Der Antrag auf dauernde oder zeitweilige Kooperation mit der sozialistischen Partei wird mit 729 gegen 34 Stimmen und 37 Enthaltungen abgelehnt.

Es liegen nun noch eine Reihe von Tagesordnungen vor. Niel hat eigentümlicherweise in seine — auch von Keüfer akzeptierte — Tagesordnung zugunsten der Neutralität hinterher den Satz eingefügt, daß der gewerkschaftliche Kampf für sich allein zur Befreiung der Arbeiterklasse genüge! Eine verschleierte, bei einem Sozialisten recht verwunderliche antiparlamentarische Erklärung. Aber die Ueberraschungen sind noch nicht zu Ende. Griffuelhes legt eine von allen namhaften Syndikalisten unterzeichnete Tagesordnung vor, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Gewerkschaftskongreß von Amiens bestätigt den Artikel 2 der Konföderationsstatuten, der sagt: Die Konföderation vereinigt außerhalb aller politischen Schulen alle Arbeiter, die sich des Kampfes für die Abschaffung der Lohnarbeit bewußt sind.

Der Kongreß sieht in dieser Erklärung eine Anerkennung des Klassenkampfs, der auf dem wirtschaftlichen Gebiet alle Arbeiter gegen alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung vereinigt.

Der Kongreß präzisiert diese theoretische Erklärung durch folgende Punkte:

Im täglichen Kampf verfolgt der Syndikalismus die Vereinigung der Arbeiterkräfte, die fortschreitende Hebung der Lebensweise der Arbeiter durch unmittelbare Verbesserungen, wie Abkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung usw.

Aber diese Tätigkeit ist nur eine Seite der Aufgaben des Syndikalismus. Er bereitet die vollständige Befreiung vor, die sich nur durch die Expropriation der Kapitalisten vollziehen kann.

Er erklärt als Kampfmittel den Generalstreik und spricht die Ansicht aus, daß die Gewerkschaft, die heute eine Widerstandsorganisation ist, künftig die Produktions- und Verteilungsgruppe, die Grundlage der sozialen Reorganisation sein wird.

Der Kongreß erklärt, daß diese zweifache Arbeit für die Gegenwart und Zukunft aus der Lage der Arbeiterklasse entspringt, die es allen Arbeitern, welches auch ihre philosophischen oder politischen Anschauungen seien, zur Pflicht macht, der Gewerkschaft anzugehören.

Demzufolge bekräftigt der Kongreß die volle individuelle Freiheit für die Gewerkschaften, außerhalb der Gewerkschaftsorganisationen an jenen Kampfformen teilzunehmen, die ihren philosophischen oder politischen Anschauungen entsprechen und begnügt sich, von ihnen zu fordern, daß sie in die Gewerkschaft die Meinungen, die sie außerhalb bekennen, nicht einführen.

Was die Organisationen anlangt, erklärt endlich der Kongreß, daß sich die ökonomische Aktion, um dem Syndikalismus den größten Effekt zu sichern, direkt gegen das Unternehmertum richten muß, daß sich also die Organisationen der Konföderation, in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsgruppen, nicht mit den Parteien und Sekten zu befassen haben, die außerhalb und abseits in voller Freiheit die soziale Umwandlung anstreben können.“

Man sieht, diese Resolution hat eine ganz neue Situation geschaffen. Die Antiparlamentarier haben sich zur Neutralität innerhalb der revolutionären Richtungen bekannt, sie haben die Propaganda gegen den Parlamentarismus innerhalb der Gewerkschaften abgeschworen, sie erkennen sogar die Notwendigkeit vorläufiger Verbesserungen an.

Diese Tagesordnung kann den ganzen Kongreß vereinigen. Sie wird mit 830 gegen 8 Stimmen und einer Enthaltung angenommen. Alle Parteien sind zufrieden: die Syndikalisten, weil ihr Antrag, die Neutralisten, weil ihr Prinzip angenommen ist, und auch die Sozialisten, weil sie sehen, daß die Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung über den unfruchtbaren Anarchismus hinausgeführt hat.

Die Schlußsitzung.

Amiens, 13. Oktober. (Eig. Ber.)

Unerwarteterweise verlief die Nachmittagssitzung sehr stürmisch. Auf der Tagesordnung stand der Punkt Antimilitarismus. Gautier legte eine Resolution vor, die die antimilitaristische Propaganda mit Berufung auf die Verwendung der Armee bei Streiks billigte. Einige Delegierte versuchten vergebens zu Worte zu kommen, ihre Reden gingen im wilden Geschrei unter.

Yvetot gelingt es endlich Gehör zu erlangen. Er beantragt eine Tagesordnung, die eine Verstärkung der antimilitaristischen und antipatriotischen Agitation empfiehlt, die allein die Stellung der Herrschenden und der Streber aller Klassen und aller politischen Schulen erschüttern könne. Es ist ein offenbarer Versuch der Syndikalisten, den Eindruck ihres Rückzuges vom Vormittag abzuschwächen. Die Gegenredner werden niedergeschrien. Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat:

Für den Antrag Yvetot	488	Stimmen.
Dagegen	810	„
Weiße Zettel	49	„
Enthaltungen	23	„

Einige Delegierte verlangen eine neue Abstimmung und die Priorität des Antrages Gautier. Yvetot erklärt, daß der Kongreß demonstriert habe, daß er nicht wie Bebel und die deutschen Sozialisten gegen den Antipatriotismus sei. (Stürmische Protestrufe in einem Teil der Versammlung.)

Es werden hierauf die Berichte und Resolutionsanträge der verschiedenen Kommissionen verlesen, die die Propaganda, den Achtstundentag, die Stückarbeit, die Sonntagsruhe, den Minimallohn betreffen. Es wird eine Resolution angenommen, die eine Agitation für das Bleiweißverbot empfiehlt. In bezug auf das Verhältnis zu den Genossenschaften wird erklärt, daß der Kongreß im Augenblick eine endgültige Vereinigung der Gewerkschaften mit den Genossenschaften nicht für nützlich halte. Die Gewerkschaftler werden indes aufgefordert, den Genossenschaften beizutreten und zwar nur solchen, die nach der Abschaffung des Wohnsystems streben und einen Teil ihres Gewinns sozialen Zwecken zuwenden. Der Kongreß fordert ebenso die Genossenschaftler zum Eintritt in die Gewerkschaften auf.

Der nächste Kongreß der Konföderation wird 1908 in Marseille stattfinden.

Mit Dankesworten an das Organisationskomitee und an die Kameraden von Amiens schließt der den Vorsitz führende Genosse Renard den Kongreß.

Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs.

Stuttgart, 14. Oktober. (Eig. Ber.)

Die diesjährige Landesversammlung, die angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen von großer Bedeutung ist, hatte sich einer starken Beteiligung zu erfreuen. Es waren 169 Ortsvereine durch 259 Delegierte vertreten, und außerdem waren die Reichstagsabgeordneten Hildenbrand, Schlegel, Dr. Lindemann, Sperka, Dietz und Blos sowie die Landtagsabgeordneten Kloß, Tauscher, Keil und Schäffler anwesend. Zu Vorsitzenden wurden die Genossen Dietz-Stuttgart und Wagner-Gmünd gewählt.

Der Vorsitzende des Landesvorstandes, Genosse Dietrich-Stuttgart, gab Ergänzungen zu dem gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht, aus dem in Nr. 236 des „Vorwärts“ bereits die wichtigsten Einzelheiten mitgeteilt wurden. Zu erwähnen ist noch, daß durch die Parteiorganisation dem verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Agster auf dem Degerlocher Friedhof ein würdiger Grabstein errichtet wurde. Parteisekretär Wasner-Stuttgart gab Ergänzungen zu dem Kassenbericht, dessen Hauptangaben gleichfalls schon berichtet wurden. Er konstatierte die erfreuliche Tatsache, daß die Einnahmen im Berichtsjahre wesentlich das Vorjahr übersteigen, obgleich durch das neue Organisationsstatut der Anteil der Landeskasse an dem einzelnen Mitgliedsbeitrag eine Herabsetzung von 10 auf 6 Pfennig erfahren hat. Er sprach sich bei dieser Gelegenheit für die Einführung eines einheitlichen Mitgliedsbuchs für ganz Deutschland aus, das in der Hauptsache Quittungsbuch zu sein habe, ohne die örtlichen oder Bezirksstatuten zu enthalten. Dadurch würden beim Wechsel des Wohnorts der Parteimitglieder viele Umständlichkeiten und Materialverschwendung vermieden. Ferner erklärte er sich für Einführung von Wochenbeiträgen an Stelle der Monatsbeiträge. Der Geschäftsführer der „Schwäbischen Tagwacht“, Genosse Lehr-Stuttgart ergänzte den Bericht über das Zeitungsgeschäft. Die Auflage der „Tagwacht“ ist langsam aber stetig gestiegen. Dagegen ist der Schriftenverkauf durch die Expedition etwas zurückgegangen. Der Reservefonds habe gegenwärtig die Höhe von 25 000 M., der Vermögensbestand sei 43 254,95 M.

Die Debatte, die sich an die Berichte anschloß, beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Anträgen, die auf Gründung einer württembergischen Provinzpresse in den Hauptindustriegegenden des Landes abzielten. Man hielt die Frage noch nicht für reif, um einen bindenden Beschluß zu fassen, weshalb die gegebenen Anregungen dem Landesvorstand zur Erwägung überwiesen wurden. Bemängelt wurde das Eingehen des „Unterhaltungsblattes“ der „Schwäbischen Tagwacht“, welches der Landesvorstand durch die Beilegung der „Neuen Welt“ ersetzt hatte. Genosse Dr. Lindemann trat für ein obligatorisches Abonnement aller Gemeindevertreter auf die „Kommunale Praxis“ ein.

Nach Erledigung dieses Teiles der Tagesordnung referierte Landtagsabgeordneter Keil über die Tätigkeit der Landtagsfraktion. Er gab eine gedrängte Uebersicht über die Stellung, welche die Fraktion zu den einzelnen Gesetzen und Vorlagen eingenommen hatte. Zu besonderen übte er scharfe Kritik am Zentrum, das sich mit besonderer Vorliebe als sozialreformfreundlich bezeichnet, wenn es aber zu praktischem Handeln Gelegenheit hat, wie bei dem sozialdemokratischen Antrage auf Errichtung von Arbeiterkammern, die endgültige Beschlußfassung immer zu verschleppen und zu verhindern weiß. Der Redner sprach die Etatsberatungen, die Verhandlungen über die Gewerbeinspektion, über die Verkehrspolitik (Eisenbahnen und Neckar-Donaukanal), Gemeindereform, Steuerreform, Verfassungsreform usw. durch, kritisierte die Stellung der gegnerischen Parteien in diesen Debatten und begründete die von der sozialdemokratischen Fraktion im einzelnen eingenommene Haltung.

Nach diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage referierte Abg. Hildenbrand über die bevorstehenden Landtagswahlen. Als die dringendste Aufgabe des bevorstehenden Landtages bezeichnete er die Schulreform. In Württemberg dominiere noch immer die konfessionelle Schule, die aber vom kirchlichen Einfluß befreit und als rein weltliche Anstalt errichtet werden müsse. Bei einer kritischen Besprechung der bürgerlichen Parteien kam er zu dem Ergebnis, daß ein enger Zusammenschluß von Zentrum und Bauernbund bei den Wahlen als sicher angenommen werden könne. Die Nationalliberalen (Deutsche Partei) suchen Anschluß an den Bauernbund und haben der Volkspartei die Tür gewiesen. Dadurch sei die letztere bereits jetzt zu größerer Annäherung nach links an die Sozialdemokratie gedrängt worden. Für uns sei dies alles aber ziemlich bedeutungslos. Beim ersten Wahlgang müßte alle Kraft zur Erzielung einer möglichst großen Stimmenzahl aufgeboten werden. Im zweiten Wahlgang könnten nach dem neuen Wahlverfahren alle Parteien erneut auftreten; dann werde es aber unsere Aufgabe sein, die Kandidaten in wenig aussichtsreichen Kreisen zurückzuziehen, jedoch unter dem Vorbehalte, daß diejenige Partei, welche davon den Vorteil hat, uns ihre Stimmen in einem anderen, für uns aussichtsreicher gelagerten Kreise zuführt. Diese Situationen werden an den politischen Takt der Parteileitung und an die eiserne Disziplin unserer Wähler große Anforderungen stellen. Mit einem Appell an die Arbeitsfreudigkeit aller Parteigenossen im bevorstehenden Wahlkampfe schloß der Redner seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Zu diesem Referat lag eine Resolution vor, die in ihren entscheidenden Stellen folgenden Wortlaut hat:

„Bei den Bezirkswahlen muß im ersten Wahlgange in allen Bezirken mit Hochdruck auf die Vermehrung der Stimmenzahl unserer Partei hingewirkt werden.

Erringen wir den Sieg im ersten Wahlgange nicht, so ist dort, wo unsere Stimmenzahl Aussicht auf Erfolg bietet, im zweiten Wahlgange der Kampf um das Mandat mit aller Energie durchzuführen.

In denjenigen Bezirken aber, wo ein Sieg unseres Kandidaten nicht wahrscheinlich ist, muß nicht nur darauf geachtet werden, daß das Zustandekommen einer reaktionären Mehrheit der Zweiten Kammer verhindert wird, sondern auch darauf, daß das Gewicht unserer Stimmen zugunsten der Eroberung von Mandaten in aussichtsreichen Bezirken in die Wagschale geworfen wird.

Bei den Proporzwahlen in den beiden Landeswahlkreisen ist es Pflicht der Parteigenossen im ganzen Lande, auch den letzten sozialdemokratischen Wähler zur Teilnahme an der Wahl und zur Abgabe unseres Parteizettels zu veranlassen.

Die Landesversammlung fordert von allen Parteigenossen, daß sie strengste Disziplin üben und der Parole der Parteileitung folgen.

Landesvorstand und Landesausschuß haben die Aufgabe, bis zum Abschluß der Wahlen in engster Fühlung mit den Vorständen der Kreisvereine zu bleiben.“

Eine Diskussion über die wahltaktischen Ausführungen Hildenbrands sowie über die Resolution fand nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Des weiteren wurde noch eine umfangreiche Resolution des Genossen Dr. Lindemann gegen die Lebensmittelteuerung einstimmig angenommen.

Es folgte die Beratung der noch vorliegenden Anträge, von denen einer forderte, daß, um eine regere Agitation unter den Frauen betreiben zu können, der Monatsbeitrag für weibliche Mitglieder auf 10 Pf. herabgesetzt werden soll. Der Antrag fand Annahme. Angenommen wurde weiter ein Antrag, der den Landesvorstand ermächtigt, Hülfskräfte für das Parteisekretariat nach Bedarf einzustellen.

Bei den Wahlen zum Landesvorstand wurde dieser aus den Genossen Steinbrenner als Vorsitzender, Wasner als Sekretär, Fischer-Stuttgart, Reichel, Oster, Kowald und Harder zusammengesetzt. Der Landesausschuß besteht aus den Genossen Bauer-Stuttgart, Fischer-Cannstadt, Hang-Krummenacker, Hildenbrand-Feuerbach und Baisch-Zuffenhausen. Als Ort der nächsten Landesversammlung wurde Eßlingen bestimmt.

Nach einem begeistert aufgenommenen Schlußwort des Vorsitzenden, Genossen Dietz, wurde die Landesversammlung, deren Verhandlungen von der besten, kampfesfreudigen Stimmung erfüllt waren, mit einem dreifachen Hoch auf die württembergische Sozialdemokratie geschlossen.

Aus der Partei.

Ein Grabdenkmal für den Genossen Meister.

Aus Hannover wird uns geschrieben:

Der Polizeistaat hat sich am Sonntag wieder einmal in seiner ganzen Glorie gezeigt. Ungeheures Aufsehen machte es, als morgens gegen 8 Uhr auf dem Wege zum städtischen Friedhofe in Stöcken zahlreiche Stehposten und in den Anlagen vor dem Friedhofe ein Polizeileutnant, ein Polizeikommissar und zwischen 50 bis 60 Schutzleute Aufstellung nahmen. Das Friedhofstor war geschlossen und nur der Kulanz des Pförtnerdienste verrichtenden Wachtmeisters der Gendarmerie verdankten es der Genosse Brey und der Schreiber dieses, daß sie überhaupt Zutritt erhielten. Auf dem Friedhofe wiederum Schutzmannsstehposten, die gesamte Gendarmerie des Landkreises Hannover und so manches Gesicht, das den Polizeibeamten in Zivil verriet.

Und wozu dieses ungeheuerliche Aufgebot von Polizeimannschaften und Gendarmen? Das dem Genossen Heinrich Meister errichtete Denkmal sollte enthüllt werden. Schon vor einigen Wochen war der Vorsitzende des Wahlvereins, Genosse Dörnke, bei dem Magistrat um die Abhaltung einer im engen Rahmen sich haltenden Enthüllungsfeier eingekommen, die darin bestehen sollte, daß sangeskundige Genossen einige Lieder vortragen und Genosse Brey einige Gedenkworte sprechen sollte. Der Magistrat antwortete:

Hannover, 27. September 1906.

Auf den am 20. ds. Mts. durch den Geschäftsführer Herrn Ludwig Dörnke namens des Sozialdemokratischen Wahlvereins beim Stadtfriedhofsamte gestellten Antrag erteilen wir hierdurch unsere Genehmigung zur Abhaltung einer Feier zur Enthüllung des Denkmals für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Meister auf dem Stadtfriedhofe bei Stöcken am 14. Oktober ds. Js.

Wir setzen dabei voraus, daß die Feier dem Antrage ent-

sprechend um 8½ Uhr vormittags beginnt und spätestens um 9½ Uhr vormittags beendigt ist.

Der Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
Tramm.

An Herrn Bernhard Wilhelm, hier.

Es ist anders gekommen. Genosse Dörnke erhielt, da der Magistrat den Landrat des Kreises Hannover von der beabsichtigten Feier in Kenntnis gesetzt hatte, von diesem die Aufforderung, zu ihm zu kommen. Hier wurde ihm bedeutet, daß der Herr Landrat die Feier einer Versammlung unter freiem Himmel gleich erachte, wozu es der behördlichen Genehmigung bedürfe. Der Herr Landrat wünschte, daß Dörnke die „Versammlung" pflichtgemäß melde. Dies geschah. Prompt erfolgte folgende Antwort:

Der Königliche Landrat
des
Landkreises Hannover.
J.-Nr. 16 348.

Hannover, den 12. Oktober 1906.

Die von dem Sozialdemokratischen Verein geplante Feier gelegentlich der Enthüllung eines Denkmals für den verstorbenen Abgeordneten Meister ist nach dem in Aussicht genommenen Programm als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel im Sinne des § 9 des Vereinsgesetzes zu erachten.

Bei der Stellung, welche der Abgeordnete Meister zu Lebzeiten innerhalb seiner Partei eingenommen hat, ist, auch ohne daß eine öffentliche Aufforderung zur Teilnahme an der Feier ergeht, und ohne Beteiligung auswärtiger Delegationen, mit Sicherheit zu erwarten, daß große Menschenmassen zu der Veranstaltung zusammenströmen werden, zumal der hierfür ausersehene Tag ein Sonntag ist. Nach Ihren eigenen, mir mündlich gemachten Angaben würde sich allein die Zahl der mitwirkenden Sänger auf mehrere Hundert belaufen.

Unter den obwaltenden Umständen ist aus der Abhaltung der Feier Gefahr für die öffentliche Ordnung zu befürchten. Auf Grund des § 9 Absatz 2 des Vereinsgesetzes sehe ich mich daher genötigt, die von Ihnen in der Eingabe vom 10. d. M. nachgesuchte Genehmigung der Veranstaltung zu versagen.

In Vertretung
Griebel,
Reg.-Assessor.

An
den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins
z. Hd. des Herrn L. Dörnke,
Hier,
Münzstraße 5.

Die öffentliche Ordnung gefährdet durch einen Akt der Pietät. Du lieber Himmel! Als hier vor einigen Jahren das Rosenberg-Denkmal enthüllt wurde, wurden ganze Straßen abgesperrt; bei ähnlicher Gelegenheit in Hildesheim nicht minder, und außerdem noch völlig überflüssige bauliche Veränderungen an dem Hauptportal des Bahnhofsgebäudes vorgenommen. Damals war die öffentliche Ordnung nicht gefährdet. Wenn aber Arbeiter einem toten Mitkämpfer ein Denkmal errichten und es nun in feierlich-schlichter Weise, ohne höfischen Pomp der Oeffentlichkeit übergeben wollen, dann wackelt der Staat an allen Ecken und Enden. „Die Herren wollen sich, bitte, hier nicht versammeln; das ist nicht gestattet. Sich in Bewegung setzen!" klang es scharf und schneidig an unser Ohr, als wir die von Gendarmen umstellte Denkmalsstätte erreicht hatten. Genosse Brey trat nun an das Denkmal heran und entfernte die Hülle mit den Worten: „Ich entferne die Hülle von dem Denkmal. Weitere Worte der Pietät sind uns verboten. Ehre dem Andenken unseres toten Vorkämpfers!" Die Hülle sank von dem etwa zwei Meter hohen Granitblock, der das Bronzerelief des Toten und darunter die Inschrift trägt:

Heinrich Meister
geb. 2. Oktober 1842
gest. 5. April 1906 : :
Sozialdemokratischer Vertreter im Reichstage für den 8. hannov. Wahlkreis Hannover-Linden 1884—1906.
Dem unermüdlichen Vorkämpfer für die Rechte des Proletariats gewidmet vom Sozialdemokr. Wahlverein für den 8. hannov. Wahlkreis.

Mit den Worten: „Unserm langjährigen Vertreter gewidmet von dem Wahlverein des 8. hannöverschen Wahlkreises. Ist es uns auch nicht vergönnt, in einigen Worten der Liebe und Verehrung Deiner zu gedenken, so kannst Du doch überzeugt sein, daß wir in Deinem Sinne weiter arbeiten. Trotz alledem, trotz alledem und alledem!" legte Genosse Dörnke einen prachtvollen Lorbeerkranz mit mächtiger roter Schleife am Denkmal nieder.

Diese wenigen Worte waren klatschende Peitschenhiebe in das Gesicht des Polizeistaates, waren flammende Anklagen, die den Säulen des christlichen Staates die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Durch die rücksichtslose Vereitelung der geplanten Feier hat der Polizeistaat aber nicht die Sozialdemokratie, sondern sich selbst geschädigt. Ein Staat, der mit harter Polizeifaust zwischen derartige harmlose Veranstaltungen friedliebender Staatsbürger fährt, maulschellt sich selber, scheidet aus aus der Reihe der Kulturstaaten und ist wert, daß er zugrunde geht, je eher, desto besser. —

Das Wachstum der dänischen Sozialdemokratie.

Das Statistische Bureau Dänemarks hat dieser Tage eine Statistik über die Folkethingswahlen vom 29. Mai 1906 herausgegeben, die auf den amtlichen Berichten der Wahlvorstände sämtlicher Wahlkreise beruht. Dadurch erst wurde eine genaue Uebersicht über die Stimmenzahlen der verschiedenen Parteien möglich.

Abgegeben wurden 302 062 gültige Stimmen und davon für die Kandidaten der

Linkenreformpartei . . .	96 028
Sozialdemokratie	76 612
Rechtenpartei	67 224
Radikalen	41 460
Moderaten	20 487

Unbestimmbar welcher Parteirichtung waren 251 Stimmen. Die Sozialdemokratie steht also, als die zweitstärkste Partei, hinter der Regierungspartei nur um 19 416 Stimmen zurück. Ihre Stimmenzahl ist aber seit der vorigen Wahl (1903) um 19 134 Stimmen gestiegen; sie wird also, hält dieser Fortschritt an, was sicher zu erwarten ist, vielleicht schon bei der nächsten Wahl, gewiß aber innerhalb 6 Jahren die stärkste Partei Dänemarks sein.

Merkwürdig ist es, wie gleichmäßig und solide sich die Stärke der Partei entwickelt. Nachdem im Jahre 1895 eine neue Einteilung der Wahlkreise durchgeführt war, wurden abgegeben

im Jahre	soziald. Stimmen	von im ganzen	Prozent
1895	24 439	227 621	11
1898	31 880	237 944	13
1901	43 153	247 279	17
1903	57 578	263 256	22
1906	76 612	302 032	25

Also kein sprunghaftes Emporschnellen, das leicht zu Rückschlägen führen kann, sondern eine ruhig und sicher vorwärtsschreitende Entwickelung, die zum Siege führen muß, in absehbarer Zeit.

Die Anzahl der Folkethingsmandate der Partei stieg in ungefähr demselben Verhältnis wie ihre Stimmenzahl. Sozialdemokratische Kandidaten wurden aufgestellt im Jahre:

1895	in 21 Kreisen	und	gewählt	wurden	8
1898	„ 23	„	„	„	12
1901	„ 30	„	„	„	14
1903	„ 55	„	„	„	16
1906	„ 62	„	„	„	24

Um die Verschiebung des Stimmenverhältnisses zwischen der sozialdemokratischen und den antisozialistischen Parteien seit der vorigen Wahl festzustellen, ist es angebracht, die Kreise herauszugreifen, wo sowohl im Jahre 1903 wie 1906 sozialdemokratische und bürgerliche Kandidaten einander gegenüberstanden. Das sind 45, und in diesen Kreisen wurden abgegeben

	1903	1906	
für Sozialdemokraten . .	43 741	59 023	Stimmen
„ bürgerliche Kandidaten	79 176	76 590	„

Die Sozialdemokratie hatte hier also einen Gewinn von 15 282 Stimmen oder 35 Proz., die Antisozialisten einen Rückgang von 2586 oder 3 Proz.

In Dänemark, wie wohl in allen Ländern, wo die Sozialdemokratie mehr und mehr Einfluß gewinnt, trösteten sich die bürgerlichen Parteien bisher damit, daß die Sozialdemokratie wohl eine Partei des städtischen Proletariats sei, aber nie und nimmer irgend welchen nennenswerten Einfluß auf die Landbevölkerung gewinnen werde. Die letzten Wahlen haben das Gegenteil bewiesen.

Die 16 Wahlkreise, die die Sozialdemokratie seit 1903 besaß, waren alle rein städtische. Ein Wahlkreis ging bekanntlich verloren und 9 wurden dafür gewonnen. Von diesen 9 können nur 3, nämlich Fredericia, Randers und Lyngby, als Stadtkreise bezeichnet werden; in 4 Kreisen — Roskilde, Rästved, Nykøbing auf Falster und Silleborg — gehören zwei Drittel der Einwohner der Landbevölkerung an; in einem Kreise — Skanderborg — vier Fünftel, und in einem anderen, der auch von der Sozialdemokratie erobert wurde — Fakse auf Seeland — gibt es überhaupt keine Städte.

In den 38 Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie wohl Kandidaten aufgestellt hatte, aber noch nicht siegte, wurden von 7 bis zu fast 50 Prozent sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In 14 dieser Kreise betrug die Stimmenzahl der Partei über ein Drittel der Gesamtzahl, und darunter sind nur 2 oder 3, die als Stadtkreise gelten können; in den übrigen überwiegt die Landbevölkerung bedeutend oder es sind rein ländliche Kreise.

Gustav Bang, der hervorragendste Theoretiker der dänischen Sozialdemokratie, veröffentlichte am Montag in „Social-Demokraten", gestützt auf die offizielle Wahlstatistik einen Artikel über die Fortschritte der Partei. Er schließt mit den Worten:

„In diesem Jahr, das für Europa so reich war an politischen Wahlen, mußte jede Uebersicht über die Wahlergebnisse regelmäßig mit ungefähr folgenden Worten beginnen: „Was der Wahl besonders ihre Bedeutung gibt, ist das außerordentliche Wachstum der Sozialdemokratie."

„Der Auszug, den wir aus dem Bericht des Statistischen Bureaus gegeben haben, zeigt, in welchem Grade dies für die dänischen Folkethingswahlen gilt."

Die Parteiorganisationen zum Parteitage.

Die „Märkische Volksstimme" schreibt:

Fürstenwalde, 15. Oktober. Genosse Heinrich Braun ersucht uns, zu dem in der „Märkischen Volksstimme" vom 13. d. M. enthaltenen, mit G. P. chiffrierten Bericht über die Parteiversammlung in Fürstenwalde folgende Richtigstellung zu bringen: 1. Es trifft nicht zu, was der Berichterstatter behauptet, daß die Versammlung mit meiner Kritik des durch den bekannten Artikel von Stampfer hervorgerufenen Zwischenfalls nicht einverstanden war. Richtig ist vielmehr, daß zwei oder drei Redner in der Debatte ihr Nichteinverständnis mit jenem Artikel äußerten, die Versammlung aber in keiner Weise dazu Stellung nahm. — 2. Es trifft ebenso wenig zu, daß ich Entschuldigungen vorbrachte und diese bei der Versammlung keinen Anklang fanden. Richtig ist im Gegenteil, daß ich Entschuldigungen weder nötig finde, noch vorbrachte. 3. Es trifft endlich auch nicht zu, daß ich versprochen habe, mein „Möglichstes zu tun, um derartige Zwischenfälle zu vermeiden". Richtig ist dagegen, daß ich erklärte, ich habe, obwohl sehr begründete Angriffe gegen den „Vorwärts" und seine Verteidiger nahe lagen, mich lediglich auf die Abwehr unberechtigter Vorwürfe gegen Stampfer und mich beschränkt, weil ich vermeiden wollte, daß die fruchtbare Arbeit des Parteitags durch jenen Zwischenfall in einem erheblichen Maße gestört werde.

Von den Organisationen. Ein Bezirkstag der acht Wahlkreise des Regierungsbezirks Merseburg, der von etwa 40 Delegierten und anderen Korporationen besucht war, fand am Sonntag in Halle statt. Aus allen Wahlkreisen wurde ein kräftiges Vorwärtsschreiten der Bewegung konstatiert. Die Presse findet eine stärkere Verbreitung und die Parteiorganisationen erstarken. Nach einem Referat des Bezirkssekretärs Genossen Drescher über den politischen Massenstreik und den Mannheimer Parteitag wurde beschlossen, in allen Orten der acht Wahlkreise Versammlungen über das Thema: „Das Wahlrecht und Koalitionsrecht" abzuhalten und im Anschluß daran auf die Konsequenzen des Massenstreiks hinzuweisen. Eine interessante Diskussion entspann sich nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage des Genossen Däumig über die proletarische Jugenderziehung.

Gestaffelte Parteibeiträge nach Selbsteinschätzung

wird der Landesvorstand der Organisationen Anhalts der für den 4. November einberufenen Landeskonferenz für Anhalt empfehlen. Die Beitragszahlung soll wie folgt geregelt werden:

Der Vereinsbeitrag beträgt für Mitglieder bis zu 1200 M. Einkommen monatlich 10 Pf. Für je angefangene weitere 600 M. Einkommen sind gleichfalls 10 Pf. zu zahlen. Hiervon sind 20 Proz. an den Parteivorstand in Berlin zu senden.

Das „Volksblatt" für Anhalt bemerkt dazu:

„Auf die Weise ist einmal der Stein des Anstoßes beseitigt, daß wir nur einen Beitrag von 10 Pf. haben. Denn dann beläuft sich unser Beitrag auf 10, 20, 30, 40 Pf. usw. je nach der Höhe des Einkommens des Parteivereinsmitgliedes. Und wir werden auf die Weise auch den ärmeren Parteigenossen gerecht, die bei solcher Art der Beitragszahlung Genugtuung darüber empfinden werden, daß die besser situierten Genossen mehr zahlen. Es hätten danach in Zukunft an die Kreiskasse zu zahlen:

Genossen mit Einkommen bis 1200 M.	monatlich	10 Pf.
„ „ „ „ 1200—1800 M.	„	20 „
„ „ „ „ 1800—2400 „	„	30 „
„ „ „ „ 2400—3000 „	„	40 „
„ „ „ „ 3000—3600 „	„	50 „

Selbstverständlich bleibt es der Freiheit des einzelnen überlassen, sich selber einzuschätzen, welchen Beitrag er zahlen will, da dasselbe Einkommen nicht immer auch dieselbe Leistungsfähigkeit in sich schließt."

Bildungsbestrebungen. Eine Lesehalle für ihre Zentralbibliothek haben die Genossen zu Frankfurt a. M. am Sonntag eröffnet.

Personalien. In die Redaktion der „Fränkischen Tagespost" (Nürnberg) trat der Genosse Dr. G. Weill-Straßburg ein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein neuer Kurs in Italien?

Ein Telegramm meldet: Rom, 16. Oktober. Der Unterrichtsminister Rava hat den obersten Unterrichtsrat auf das Verhalten des Professors Orano aufmerksam gemacht, welcher einer der Hauptredner auf dem letzten italienischen Sozialistenkongreß gewesen ist; er hat in seinen Reden Regierung und Monarchie heftig angegriffen. Orano, der Professor der Philosophie ist, hat inzwischen seinen Posten als Redakteur des „Avanti" niedergelegt.

Bislang waren derartige preußische Manieren in Italien nicht üblich. Genosse Ferri ist übrigens auch Hochschullehrer, von einer Verfolgung dieses Genossen aber verlautet nichts. Die Nachricht bedarf daher der Bestätigung.

Soziales.

Von der Gesindesklaverei.

Wie notwendig die Vereinbarung eines besonderen Gesindevertrages zur Beseitigung der größten Härten der Gesindeordnung und der gegen Gesinde und Landarbeiter bestehenden Ausnahmegesetze ist, zeigt wieder folgender vor dem Oberverwaltungsgericht am Freitag verhandelter Fall:

Der Regierungspräsident zu Magdeburg als Beschwerdeinstanz hatte eine gesindepolizeiliche Verfügung gebilligt, durch welche dem Dienstmädchen Hedwig Minke aufgegeben worden war, in den Dienst beim Freigutsbesitzer Schlüter in Schernke zurückzukehren, den sie widerrechtlich vor dem Vertragsablauf verlassen habe. Herr Minke aus Oschersleben klagte nunmehr als Vertreter seiner minderjährigen Tochter gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht mit der Begründung, daß wegen des Essens seine Tochter Grund gehabt habe zum Verlassen des Dienstes, und daß andererseits Herr Schlüter sein Einverständnis mit ihrem Weggange ausgesprochen hätte. Das Gericht beschloß Beweiserhebung. Sämtliche Zeuginnen, die vom Amtsgericht vernommen wurden, stimmten nun ist ihren Aussagen darin überein, daß zur Dienstzeit des Fräulein Minke das Essen öfter angebrannt gewesen sei. Anna Brusle meinte sogar, zwei- bis dreimal die Woche sei es der Fall gewesen und zwar so, daß man es nicht hätte genießen können. Diese Zeugin hat auch einmal schlechtes Fleisch genossen, das schon mehrere Tage auf dem Herde gestanden hatte. Sie mußte sich übergeben und war acht Tage unpäßlich. Die andern aßen nicht davon. Eine andere Zeugin sprach von häufiger Verabreichung angebrannten Essens; mindestens einmal wöchentlich sei es im Durchschnitt vorgekommen. Manchmal wäre das Angebrannte nicht zu genießen gewesen. Eine dritte Zeugin „entsinnt sich nicht", ob das angebrannte Essen „direkt ungenießbar" gewesen sei.

Das Oberverwaltungsgericht wies dennoch die Klage ab. Es nahm zunächst auf Grund der Beweiserhebung an, daß Schlüter nicht bedingungslos mit dem Weggehen der Klägerin einverstanden gewesen sei. Die Bedingung: „wenn er ein anderes Mädchen hätte", sei aber nicht erfüllt gewesen. Es habe auch kein Grund zum Verlassen des Dienstes vorgelegen. Daß das Essen „unbrauchbar" gewesen wäre, sei nicht erwiesen, wenn es auch zuweilen angebrannt war. Es stehe nicht fest, daß das Mädchen etwa Hunger gelitten hätte.

Man wird dem Oberverwaltungsgericht zugeben können, daß sein Urteil ganz dem reaktionären Geist der Gesindeordnung entspricht, die durch dieselben freche, habgierige, rohe, egoistische und gemeingefährliche Junkerklasse ins Leben gerufen wurde, die Preußens Jena-„Schmach" notwendigerweise hervorrufen mußte. Um die Bevölkerung, die in dem Eroberer aus dem Westen den Befreier sah, kampfbereit und freiheitsfreudig zu machen, wurde nach Jena in dem Edikt vom 9. Oktober 1807 verheißen: „mit dem Martinitage 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit in unseren sämtlichen Staaten auf. Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute." Die Junker liefen gegen das Durchsetzen dieses Edikts, dessen Erfüllung mit einer Gesindeordnung unvereinbar ist, Sturm. Vergeblich war vom Minister dargelegt, mit dem Begriff freier Leute vereinige sich der Geist der Gesindeordnung nicht. Am 8. Oktober 1810 — zwei Tage vor Martini — erschien die noch heute gültige Gesindeordnung wörtlich aus dem Landrecht der Gesindeordnung nachgebildet, die für Erbuntertänige und das Zwangsgesinde galt. Das Volk war betrogen, die Junker hatten ihm entgegen dem königlichen Edikt die Unfreiheit in der Gesindeordnung festgelegt und sie in der Reaktionsperiode in den 50er Jahren noch vertieft, so daß noch heute in den altpreußischen Provinzen die Gesindeschmach fortlebt. Wird vom Oberverwaltungsgericht ausgesprochen, es liegt kein Grund zum Verlassen des Dienstes vor, weil das Gesinde noch nicht verhungert ist, oder wird (wie es ja wiederholt geschehen) von ihm geurteilt, Peitschenhiebe, die selbst dem Leibeigenen und „Untertan" gegenüber verboten waren, berechtigen nicht zur Aufhebung des Dienstes, weil noch keine „Gefahr des Lebens oder der Gesundheit, auch keine ausschweifende oder ungewöhnliche Härte" vorliege (§§ 136, 137 der Gesindeordnung), so urteilt das Oberverwaltungsgericht gewiß vollkommen im Sinne der vom junkerlichen Geiste durchzogenen Gesindeordnung. Das Gericht kann gegen die schmachvollen Folgen des Gesetzes nicht helfen. Helfen kann nur eine Aufhebung der Gesindeordnung und solange diese nicht erfolgt ist, eine Beseitigung der Körper und Seele des Gesindes gefährdenden Bestimmungen der Gesindegesetze durch Vertrag.

In der „Gleichheit" wird nachstehender Entwurf eines Gesindevertrages veröffentlicht, der die Interessen des Gesindes einigermaßen zu wahren geeignet ist. Das Bestreben der Eltern, Vormünder und des Gesindes sollte dahin gehen, keinen Gesindevertrag abzuschließen, der nicht mindestens die in diesem Vertrage enthaltenen Forderungen erfüllt. Der Entwurf lautet:

„Gesindevertrag.

Zwischen (Herrschaft) und (Mädchen) . . . . . .
wird unter ausdrücklicher Genehmigung des Vaters (der Mutter, des Vormundes) der Minderjährigen . . . . . .
folgender Vertrag geschlossen:

Es tritt die . . . vom 1. April 1907 ab als Dienstmädchen (Köchin, Stubenmädchen) bei dem . . . in Stellung. Als Entschädigung wird vereinbart: Freie Wohnung, freie Kost und ein wöchentlich (monatlich) am Ende jeder Woche (jeden Monats) zahlbarer Barlohn von . . . Das dem Mädchen einzuräumende Zimmer steht zu seiner alleinigen Verfügung, muß ein nach außen gehendes Fenster haben und mit Kleiderschrank und Kommode versehen sein. Dem Mädchen ist eine Nachtruhe von mindestens acht aufeinanderfolgenden Stunden sowie ferner je eine Stunde zum Einnehmen der Mittag- und Abend- und je eine halbe Stunde zum Einnehmen der Frühstücks- und Vespermahlzeiten zu gewähren. Die Arbeitszeit darf zwölf Stunden nicht überschreiten, in der Regel nicht vor 7 beginnen und nicht nach 9 Uhr stattfinden.

Mädchen unter 18 Jahren ist mindestens alle 14 Tage am Sonntag für die Zeit von 2 bis 10 Uhr nachmittags, Mädchen über 18 Jahren alle 14 Tage am Sonntag für die Zeit von 3 Uhr nachmittags ab freie Zeit zu gewähren, und der Hausschlüssel ist dem Mädchen einzuhändigen. Jede Woche ist dem Mädchen ein freier Nachmittag von mindestens vier aufeinanderfolgenden, vor 8 Uhr abends liegenden Stunden für seine persönlichen Einkäufe oder Arbeiten zu gewähren.

Der Vertrag soll auf unbestimmte Zeit gelten, und es soll jedem Teile jederzeit freistehen, den Vertrag spätestens am 15. jeden Monats zum 1. des folgenden Monats (oder spätestens sechs Wochen vor dem Quartalsersten zum Quartalsersten) zu kündigen.

Dem Mädchen steht außerdem das Recht frei, jederzeit den Dienst zu verlassen. Doch ist es verpflichtet, einen Schadenersatz von 3 M. zu zahlen, falls kein Grund vorliegt, der es nach dem Nachstehenden berechtigt, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufzuheben.

Ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann die Herrschaft den Vertrag nur in folgenden Fällen aufheben:

1. Wenn das Gesinde eines Diebstahls, einer Unterschlagung, eines Betrugs oder eines unsittlichen Lebenswandels sich schuldig macht.

2. Wenn es trotz wiederholter Ermahnung ohne Grund sich beharrlich weigert, den Dienstverpflichtungen nachzukommen.

3. Wenn es mit Feuer und Licht trotz Verwarnung wiederholt unvorsichtig umgeht.

4. Wenn es Tätlichkeiten oder grober Beleidigungen gegen die Herrschaft oder deren Familienmitglieder sich schuldig macht.

5. Wenn es auf länger als die Kündigungsfrist durch Krankheit, Freiheitsstrafe oder andere Gründe zur Ausübung des Dienstes unfähig wird.

Ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann das Gesinde aus folgenden Gründen den Vertrag aufheben:

1. Wenn die Dienstherrschaft, deren Angestellte oder deren Familienmitglieder sich Tätlichkeiten oder Ehrverletzungen gegen das Gesinde oder Mitglieder ihrer Familie zuschulden kommen läßt.

2. Wenn die Herrschaft das Gesinde zu Handlungen verleitet oder zu verleiten sucht, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen, oder das Gesinde vor solchen Zumutungen anderer, die zur Familie gehören oder im Hause regelmäßig Zutritt haben, nicht schützen kann oder will.

3. Wenn die Herrschaft dem Gesinde den Barlohn nicht in bar oder nicht voll auszahlt oder über die Verfallzeit hinaus vorenthält oder anständigen Unterhalt verweigert.

4. Wenn durch die Fortsetzung des Vertrages die Gesundheit, die Sittlichkeit oder der gute Ruf des Gesindes bedroht wird.

Die zugunsten der Herrschaft unter Nr. 1—4 sowie die zugunsten des Gesindes unter Nr. 1—3 aufgeführten Gründe müssen spätestens innerhalb einer Woche geltend gemacht sein, nachdem sie zur Kenntnis des zur Aufhebung Berechtigten gekommen sind.

Die Parteien **vereinbaren ferner:** Für diesen Vertrag und für etwaige Streitigkeiten aus demselben sollen neben den Bestimmungen dieses Vertrages selbst lediglich die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag insbesondere auch da zur Anwendung gelangen, wo sie von den Vorschriften der Gesindeordnung abweichen. Die Vorschriften der Gesindeordnung gelten für dies Vertragsverhältnis nicht. Der (Dienstherr) erklärt ausdrücklich, daß er auf ein etwa ihm zustehendes Recht, Bestrafung wegen Verletzung des Vertrages anzutragen, verzichtet. Ebenso anerkennt er, daß ihm kein Recht auf die Stellung eines Antrages auf Zurückführung oder Zuführung des Gesindes zum Dienst zusteht.

Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag sowie aus dem Vertragsverhältnis ist nach Aufhebung desselben das Amtsgericht zuständig. Keine von beiden Parteien ist verpflichtet, vor Beschreitung des Rechtsweges sich an die Polizeibehörde zu wenden. Entstehen während des Vertragsverhältnisses zwischen den Parteien Streitigkeiten, so sind diese von einem Schiedsgericht zu entscheiden, das aus drei Mitgliedern des Vereins für die Interessen der Hausangestellten besteht."

In ähnlicher Weise sollte das Gesinde und die Landarbeiter vorgehen. Es ist endlich an der Zeit, daß nach Möglichkeit der gemeingefährlichen Junkerherrschaft, die die Gesetze, die Verwaltung und die Rechtsprechung beeinflußt, ein Damm gesetzt wird.

Schwindelkassen.

Die Hausarztkasse „Volkswohl" (Rostockerstraße) legt Wert darauf zu konstatieren, daß sie mit der Kasse „Volkswohl", Linkstraße 13, vor deren Gebaren wir wiederholt gewarnt haben, nicht identisch ist. Die Hausarztkasse beabsichtigt eine Aenderung ihres Namens, um mit der sattsam bekannten „Volkswohl"-Kasse Linkstr. 13, nicht verwechselt zu werden. Die von dieser zu unterscheidende Hausarztkasse „Volkswohl" ist ein Verein, der lediglich bezweckt, seinen Mitgliedern die dauernde Hülfe eines Arztes als Hausarzt zu sichern.

Aus Industrie und Handel.

Schutzbund für Streikbruch. Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen, die hier am 15. Oktober tagte, beschloß, zur Förderung der Tugend des Streikbruches eine Entschädigungsgesellschaft zu gründen. Folgende Entschließung gelangte zur Annahme:

„Die Generalversammlung beschließt die Errichtung einer Streik-Entschädigungsgesellschaft gegen Verluste aus Arbeitseinstellungen, im besonderen für Norddeutschland und diejenigen Industriellen, welche den Anschluß an eine Entschädigungsgesellschaft durch einen bestehenden Berufs- und Arbeitgeberverband nicht finden können, ins Auge zu fassen, und ermächtigt den Vorstand, die Unterlagen auszuarbeiten."

Die Streikbruchzüchtler werden die Industriellen nun wohl als ihnen vollständig gleichwertige Elemente anerkennen. Wie sichs gebührt! Auch für eine Pensionsversicherung der Privatangestellten hat der Bund sich erklärt — aber man will bei Schaffung der Grundlagen mit dabei sein. Der Staat soll berappen und die Unternehmer wünschen das Pensionsrecht als Zügel zu benutzen, um eventuell renitente Elemente zu bändigen. Offen sprach man aus, es sei notwendig Vorsorge zu treffen, daß die Beamtenvereine nicht in das gewerkschaftliche Fahrwasser hineingelangen könnten. Pension und Streikbruchschutz, des Bundes Sozialpolitik.

Mit der Wurst nach der Seite Speck.

Einige Organe, die sich in der Rolle eines gewissen Wohlwollens für die Arbeiter gefallen, bemühen sich, bei Zuerkennung der wenigstens teilweise berechtigten Forderungen der Bergarbeiter, die Notwendigkeit weiterer Preissteigerung zu betonen, wenn die Unternehmer, human wie sie sind, Lohnerhöhungen bewilligen. In dieser Art die Lohnfrage zu behandeln, liegt System. Daß die Kohlenmagnaten darauf erpicht sind, die Preise noch mehr nach oben gehen zu lassen, ist ja bekannt. Wie würden die Herrschaften sich ins Fäustchen lachen, wenn ihr Plänchen glückte. Aus Gerechtigkeitsgefühl, aus Wohlwollen wollen sie die Löhne steigern, und da sie als arme Schlucker dafür die Kosten nicht tragen können, in gleicher prozentualer Höhe die Preise erhöhen. Da der Lohn nur etwas mehr wie die Hälfte des Verkaufspreises ausmacht, würden die Unternehmer bei solchem Handel ein sehr feines Geschäft machen. Eine Mark sollen die Konsumenten blechen, davon bekommen die Arbeiter 50 Pf., die andere Hälfte steckt der Unternehmer ein und erntet den Ruhm, in selbstloser Arbeiterfreundlichkeit den sozialen Frieden gefördert, das Vaterland vor schweren wirtschaftlichen Erschütterungen bewahrt zu haben. So ungefähr denkt man sich die Sache.

Der Wahrheit zuwider wird in den Werksorganen behauptet, die zuletzt vorgenommenen Preisaufschläge würden durch die bereits eingetretenen Lohnerhöhungen fast vollständig absorbiert. Das ist blanker Schwindel. Nach den amtlichen Angaben betrugen die Tagesdurchschnittlöhne

	Jahresmittel 1905 Pfennig	1. Quartal 1906 Pfennig	Steigerung in Prozent
Oberbergamtsbezirk Dortmund	403	417	3,47
Staatswerke Saarbrücken . .	380	385	1,32
Revier Aachen	408	423	3,67
Oberbergamtsbezirk Halle . .	315	320	1,59
Linksrheinischer Bezirk. . . .	338	350	3,55

Für das 2. Quartal ist die Lohnsteigerung nicht zum Stillstand gekommen, sie hat gegen den Jahresdurchschnitt 1905 den Satz von 5,7 Prozent erreicht. Wie sieht es nun aber mit der Preissteigerung aus? Die Düsseldorfer Börse notierte folgende Preise

	29. April 1905 in Mark	10. März 1906 pro Tonne	Steigerung in Prozent
Gaskohle	11,00—13,00	11,50—13,50	4,54
Generatorenkohlen .	10,50—11,80	12,25—12,50	7,23
Gasflammförderkohle	9,75—10,75	10,50—11,00	7,69
Förderfettkohle. . .	9,30—10,00	10,00—10,50	7,52
Beste melierte Kohle	10,50—11,50	11,10—11,60	9,56
Kokskohle	9,50—10,00	10,50—11,00	10,52
Magere Förderkohle .	8,25— 9,50	9,00—10,00	9,09
Melierte Magerkohle	9,50—10,00	10,25—11,25	7,90

Vielfach müssen natürlich die Konsumenten weit über die Notierungen hinaus anlegen, um überhaupt Ware zu bekommen. Die Preissteigerung beträgt zirka 8 Prozent, sie geht also noch um 2,3 Proz. über die Lohnsteigerung hinaus. Die Bergarbeiter verdienen pro Tag 23 Pf. mehr, aber die Unternehmer nehmen pro Kopf 50 Pf. mehr ein; für sie bleibt ein Gewinn von 27 Pf. pro Kopf und Schicht der Beschäftigten. Nach solchem bewährtem Rezept möchte man sehr gern weiter arbeiten. Im Dienste solcher ausgleichenden Gerechtigkeit steigen die Dividenden, und der Glorienschein des humanen, arbeiterfreundlichen, friedliebenden Unternehmertums umstrahlt die Syndikatsmänner. Daß die vielbesprochenen Lohnerhöhungen meist nur eine Folge gesteigerter Leistungen sind, dafür wollen wir noch ein Beispiel anführen. Nach dem Geschäftsbericht der Harpener Bergbau-Gesellschaft entfiel auf den Kopf der Arbeiter:

	1904/05	1905/06	Steigerung in Prozent
Leistung pro Tag Tonnen	0,867	0,913	5,30
„ „ Jahr Kohlen To.	223	262	17,4
„ „ „ Koks „	48	59	22,7
„ „ „ Briketts „	4	66	65
Gesamteinnahmen . . . M.	2329	2623	12,6
Ueberschuß . . . . . „	663	819	23,5
Reingewinn . . . . . „	276	345	25
Jahreslohn . . . . . „	1359	1428	4,49
Tageslohn . . . . . „	4,14	4,28	3,38

Die Löhne sind gestiegen, aber wie? Gegenüber der Leistungs- und Gewinnsteigerung fällt das Lohnmehr ganz gewaltig ab. Die Arbeiter haben von dem Erlös der Mehrleistung nur einen Bruchteil bekommen, in Wirklichkeit stellt sich eine Lohnreduktion heraus. Die Gewinnkosten pro Tonne Förderung sanken von 7,85 M. auf 7,19 M. und die Gesamtselbstkosten von 8,02 auf 7,84 M. Das nennt man Steigerung der Löhne!

Es ist ein ganz frecher Angriff auf die Taschen der Konsumenten, wenn man auf dem Umwege einer kleinen Lohnzulage die Preise um das Doppelte in die Höhe treiben will.

Alle Gesellschaften verteilen schon für das letzte Jahr höhere Dividenden bei durchgängig enormen Abschreibungen und Rückstellungen und erst für das laufende Jahr kommen die erhöhten Preise voll zur Geltung. Die Berechtigung der von den Arbeitern gestellten Forderungen kann ernsthaft kein Mensch bestreiten, aber ganz entschieden muß protestiert werden gegen den Versuch, die Konsumenten erneut bluten zu lassen. Die gemeingefährliche Raubpolitik der Kohlenmagnaten wird jedenfalls die Frage der Verstaatlichung des Bergbaues wieder akut werden lassen.

Von der Preisschraube. Der Kupferrohrverband erhöhte nach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" den Grundpreis für seine Erzeugnisse um 8 M. auf 268 M. für 100 Kilogramm. — Um weitere 10 M. auf 275 M. pro Tonne setzte die Vereinigung der deutschen Schraubenfabrikanten den Grundpreis hinauf.

Dem Seifentrust, dessen Gründung bereits offiziell stattgefunden hat, gehören u. a. an: Lever Brothers (Sunlight) mit vier Millionen Pfund Sterling, Crossfield and Sons mit 600 000 Pfund Sterling und Watson and Sons mit 500 000 Pfund Sterling Kapital.

Aus der Frauenbewegung.

Die Abschaffung der Prostitution in Dänemark. Mit dem Beginn des 11. Oktober, um Mitternacht, ist in Dänemark die Prostitution abgeschafft worden, das heißt die gesetzlich beschützte, polizeilich reglementierte Prostitution. Die sogenannten „öffentlichen" Weiber verschwinden aus den Straßen, wo sie bisher in dazu bestimmten Häusern wohnten. Der „Erwerb durch Unzucht" ist nach dem nun geltenden Prostitutionsgesetz vom 30. März 1906 verboten, und Uebertretung dieses Verbotes kann Bestrafung nach dem Landstreichergesetz nach sich ziehen. Das Prostitutionsgesetz enthält auch neue Vorschriften über das Verhalten und die Behandlung geschlechtskranker Personen beiderlei Geschlechts. Solche Personen sind verpflichtet, ärztliche Hülfe in Anspruch zu nehmen, bis sie geheilt sind. Die Polizei kann unter Umständen die Durchführung der Kur erzwingen und selbst die Ueberführung des Patienten in ein Hospital veranlassen. Um Unbemittelten das Heilverfahren möglich zu machen, werden autorisierte Aerzte in Kopenhagen in den verschiedenen Stadtteilen angestellt, die zu gewissen Tageszeiten zu unentgeltlicher Hülfeleistung verpflichtet sind.

Das neue Gesetz enthält auch besondere Anklageregeln und Strafbestimmungen für Kuppelei, Bordellwirtschaft, Reklame mit „französischen Artikeln", für Annoncen, deren unsittlicher Zweck erkennbar ist, sowie für „Aufforderung oder Einladung zur Unzucht, wenn sie in solcher Weise geschieht, oder wenn dabei die unsittliche Lebensweise so zur Schau gestellt wird, daß das Schamgefühl verletzt wird."

Wie schon diese Proben zeigen, ist das Gesetz sehr dehnbar. Es gibt den Behörden eine Machtfülle, die leicht mißbraucht werden kann. Man ist sich denn auch an den maßgebenden Stellen selbst nicht klar darüber, bis zu welcher Grenze die einzelnen Bestimmungen angewandt werden können. „Social-Demokraten" hat bei dem Polizeiinspektor der betreffenden Abteilung in Kopenhagen Erkundigungen über die Anwendung des Gesetzes eingezogen. Der sagte, daß sich eine praktische Grenze vorläufig nicht feststellen lasse. Die erste Zeit unter dem neuen Gesetz werde eine Art Versuchszeit sein. Die Polizei werde vielleicht versuchen, einige zweifelhafte Fälle durch die Gerichte, am liebsten durch das höchste Gericht, entscheiden zu lassen, um festzustellen, wie weit das Gesetz reicht.

Der „Erwerb durch Unzucht" wird selbstverständlich durch das Prostitutionsgesetz nicht aus der Welt geschafft. Die Personen aber, die solchen Erwerb suchen, können sich jetzt frei auf allen Straßen bewegen, sind keiner Kontrolle unterworfen, können sich aber, je nach der Anwendung des Gesetzes, mehr oder minder leicht in dessen Maschen verstricken. Das Verbot des „Erwerbs durch Unzucht" steht selbstverständlich nur auf dem Papier und ist leicht durch Fingierung irgend eines anderen Berufes zu umgehen. Davon wird jedenfalls in größtem Maße Gebrauch gemacht, und der Polizei wird es nicht möglich sein, irgendwie dagegen einzuschreiten. Die „Gefängnishülfe", die nun den ehemaligen „öffentlichen" Frauen zu helfen sucht, hat einigen hundert „ordentlichen" Erwerb verschafft. Der Leiter dieser Institution erklärt jedoch auch: „Bei verschiedenen Frauen war es hoffnungslos, ihnen Hülfe zu leisten; das gilt besonders für die ganz jungen und hübschen Mädchen, die es zu einem großen Teil vorgezogen haben, ihre gewohnte Erwerbsweise fortzusetzen, entweder im Ausland oder hier, wo sie versuchen wollen, unter dem Deckmantel eines Geschäfts oder irgend einer anderen fingierten Beschäftigung zu praktizieren." Sie wollen nichts mit uns zu tun haben, und daß die Prostitution unter den neuen Formen nach wie vor lebhaft genug florieren wird, ist sicher!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Mittwoch, den 17. Oktober, abends 7½ Uhr: Flugblattverbreitung für die Kreisversammlung am 18. Oktober. Für Alt-Tempelhof: Wilhelmsgarten, Berlinerstr. 9, für Neu-Tempelhof: bei Müller, Berlinerstr. 41—42, für Mariendorf: bei Reichardt, Chausseestr. 16.

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Donnerstag, 18. Oktober, abends 8½ Uhr: Kreisversammlung. Berichterstattung von der Frauenkonferenz, vom Parteitage und von der Provinzialkonferenz.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69—74 pr. 100 Pfd., IIa 63—68, IIIa 58—62, IVa 52—56. Kalbfleisch, Doppelländer 105—115, Ia 84—90, IIa 72—82, IIIa 62—70, holl. 55—62. Hammelfleisch Ia 75—80, IIa 64—74. Schweinefleisch 64—72. Rehböcke Ia per Pfd. 0,65—0,82, IIa 0,60. Rotwild Ia 0,38—0,47, IIa 0,35. Damwild 0,45. Wildschweine 0,35. Frischlinge 0,65—0,70. Hasen p. Stück 2,50—3,50, klein 1,00—2,25. Kaninchen per Stück 0,25—0,70. Wildenten per Stück 1,00—1,50. Krickenten 0,60. Bekassinen 0,00. Rebhühner, junge Ia 0,85—1,10, junge IIa 0,50—0,80, alte 0,60—0,75, junge kleine 0,00. Hühner, alte per Stück 1,50—2,00, alte IIa 0,80—1,40, junge per Stück 0,55—1,25. Tauben per Stück 0,30—0,51, alte 0,00. Enten, junge per Stück 1,60—2,00, alte per Stück 0,00, Hamburger, junge per Stück 3,10. Gänse, Oderbrucher, per Pfund 0,45—0,55, dito Hamburger, junge 0,00, Ia per Stück 3,00—3,10, IIa 1,00—2,80. Poulets per Stück 0,80—1,10, do. klein 0,00. Hechte per 100 Pfd. 79—88, groß 0,00, klein 0,00. Aland 0,00. Schleie große 78—90, kleine 0,00. Bleie 40. Aale, groß 0,00, mittel 87—94, klein-mittel 0,00, unsortiert 69—75. Plötzen 49—56. Karpfen, unsortiert 0,00, do. 50er Galizier 0,00, 100er do. 0,00, 40er Schlesische 0,00. Barse 0,00, matt 0,00. Karauschen 0,00, do. klein 63. Wels 0,00. Bunte Fische 31—55, matt 0,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Sprotten, Kieler, Wall 0,75—1,30, Danziger, Wall 0,50. Flundern, pommersche Ia, per Schock 3,00—9,00, do. pommersche IIa 2—4, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, Hamb. Stiege 5—6, halbe Kiste 2. Bücklinge, per Wall Kieler 2—3,50, Stralsunder 2,00—3,50. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 3—4, do ½ Kiste 2. Kabliau, p. 100 Pfd. 20—25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 95, 1905er 90, 1906er 70. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Hummern, kleine, per Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unsort. 0,00. Galizier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 4,00—4,60. Butter per 100 Pfd. Ia 124—127, IIa 115—120, IIIa 110—114, abfallende 95—105. Saure Gurken Schock 3,50—4,00, Pfeffergurken 3,50—4,00. Kartoffeln per 100 Pfund magnum bonum 2—2,50, Daberche 2—2,15, Rosen 0,00, weiße 1,60—1,80, Salatkartoffeln 4,00—5,00. Spinat per 100 Pfund 10,00—15,00. Karotten per Schockbund 2,50. Sellerie, hiesige, per Schock 4,00—6,00. do. pommersche 4—5,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00—3,50. do. kleine 2,50—3,00. do. hiesige (Perl-) 30—50. Charlotten 50—60. Petersilie, grün, Schockbd. 1,25. Kohlrabi per Schock 0,75—0,80. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Radieschen per Schock-Bd. 0,80—1,00. Salat, per Schock 2,00—3,00. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 20—25. Wachsbohnen 20—25. Pfefferlinge per 100 Pfd. 10—15. Mohrrüben per 100 Pfd. 2—3. Teltower Rüben p. 100 Pfd. 10—12. Weiße Rüben, große 3—4, kleine 6,50—7. Blumenkohl p. Mandel 1,50—2,50, do., Erfurter, Kopf 0,11—0,21. Wirsingkohl per Schock 4,00—7,00. Rotkohl p. Schock 5,00—9,00. Weißkohl p. Schock 2,00—6,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 20—25. Steckrüben p. 100 Pfd 15—25. Kohlrüben Schock 2,50—4,00. Tomaten, hiesige 100 Pfd. 12—15. Kürbis 2—3. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 7—25, Tiroler 20—35, böhmische 6—16. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 4—20, Grafenstein 8—20, Tiroler in Fässern 15—25, do. lose 12—13, Amerk. 16—24. Preißelbeeren, schwedische 23—24, Gebirgs- 30—32. Wallnüsse per Schock 1,00—1,50. Pflaumen, per 100 Pfd., hiesige 4—6, Böhmische 5—8, do. große 7—10. Zitronen, Messina 300 Stück 19,00—22,00, 360 Stück 12,50—18,00, 200 Stück 10—14, 420 Stück, klein 9—13, 500 Stück, klein 10—12. Pfirsiche, Werdersche per 100 Pfd. 0,00, Tiroler 0,00, italienische 50—70.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 17. Oktober. Anfang 7½ Uhr.
Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Deutsches. Der Liebeskönig.
Westen. Der Bettelstudent.
Lortzing. Der Barbier von Sevilla.

Anfang 8 Uhr.
Lessing. Das Blumenboot.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Hoffnung auf Segen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Donna Diana.
Neues. Die Hochzeit von Poel.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Triplepatte.
Lustspielhaus. Verwehte Spuren.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Ein Kind des Glücks.
Bernhard Rose früher Carl Weiß. Berliner Kinder.
Trianon. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Berlin im Omnibus. Spezialitäten.
Kasino. Alexander der Große.
Folies Caprice. Das Modell. — Das Provinzmädel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Scheffer: Die Linsenbilder. Theater 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Theater des Westens
Station Zoologischer Garten, Kantstr. 12.
Heute abend 7½ Uhr:
Der Bettelstudent.
Donnerstag: Der Freischütz.
Anfang 7½ Uhr. Gutscheine ungültig.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Hochzeit von Poël.
Donnerstag und folgende Tage:
Die Hochzeit von Poël.

Kleines Theater.
Zum 98. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Man kann nie wissen.
Freitag z. 99. Male: Ein idealer Gatte.
Sonnab. z. 100. Male: Ein idealer Gatte.

Lustspielhaus.
Allabendlich 8 Uhr:
Verwehte Spuren.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Donnerstag: Carmen.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater.
Bellealliancestr. 7/8.
Heute abend 7½ Uhr:
Der Barbier von Sevilla.
Abonnements gültig.
Morgen Donnerstag:
Der Wildschütz.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 17. Oktober:
Biederlente.
Satirische Komödie in 4 Akten v. Misch.
Preise gewöhnliche. Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.
(Operette). Täglich 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abends 8 Uhr: Zum **57.** Male: Sonntag nachm.:
Wiederauftreten Adolf Philipps.
Im wilden WESTEN.
ER & ICH.

Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Berliner Kinder.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Aschenbrödel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Bluthochzeit.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße.
Direktion Felix Berg.
Serenissimus August XXVI.
Das Modell und **Das Provinzmädel.**
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf bei A. Wertheim und an der Theaterkasse 10—2 Uhr.

Volks-Theater des Westens.
Spichernstr. 3, am Nürnbergerplatz.
In Zivil. Schwank in 1 Akt.
Hierauf:
Pension Schöller.
Schwank in drei Akten.
Anfang 6 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Riesenspielfolge.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Tanzleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. W. Scheffer: Die Linsenbilder.

Zoologischer Garten

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Ein Kind des Glücks.
Donnerstag: Else vom Erlenhof.
Freitag zum 1. Male: Ein Volksfeind.
Sonnabend 4 Uhr: Kindervorstellung: Aschenbrödel. Abends: Ein Wintermärchen.
Sonntag nachm.: Else vom Erlenhof. Abends: Ein Wintermärchen.
Montag: Ein Wintermärchen.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
H. Bender. J. Giampietro.
J. Josephi. Fritzi Massary.
Phila Wolff.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 21. Oktober,
nachmittags 3 Uhr:
Ermäßigte Preise!
Auf in's Metropol!

Apollo-Theater.

Täglich: Das große
Spezialitäten-Programm
mit Liane d'Eve, die Original-Matschiche-Tänzerin u.
Berlin im Omnibus
mit dem Omnibus-Trick.
Sonntag, den 21. Oktober, nachm. 3½ Uhr: Familienvorstellung.
Halbe Preise! Halbe Preise!

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Godfernaux.
Vicomte Robert de Hordan: Richard Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Don Cesar.
Schauspiel mit Gesang in fünf Akten.
Don Cesar .... Dir. Rob. Dill.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.
Donnerstag: Extra-Vorstellung!

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selig.
Neu! Fehér-Duett in ihrem Repertoir.
Klara Antonie × Fred u. Carmen.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Etablissement Neue Welt

Hasenheide 108/114.
Gastspiel Bernhard Rose's Vorstädtisches Theater.
Zwischen zwei Herzen.
Schauspiel in 4 Akten von Willhardt.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

Passage-Theater.

Das Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Rieke"
mit dem Schlager
„Emil du bist eene Pflanze"
ist wegen d. außerord. Erfolges und der tägl. ausverk. Häuser für Oktober prolongiert.
Außerdem 14 neue Nummern.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Schiffer-Drama in 4 Bildern von Hermann Heijermans jun.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herrgottswarter.
Hierauf: **Zum Einsiedler.**
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Herrgottswarter.
Hierauf: **Zum Einsiedler.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Moreto.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Die rote Robe.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Jeden Sonntag im Königssaale:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn O. Bürger.
Jeden Mittwoch: 24762*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute abend präzise 7½ Uhr:
Grande Soirée équestre.
Elite-Programm. U. a.:
Neu! Agubo Gudzow, ausgezeichneter russischer Parforce-Reiter.
Die einzig existierende **größte Tiger-Gruppe.**
Noch nie gezeigte **wilde Dressur** vorgeführt von Mr. Henriksen.
der urkomische **Löwen-Baron**
mit seinem dressierten Tierpark.
Auf der Pußta vorgeführt von Dir. **Schumann.**
Die phänomenalen Lustgymnastiker **Les Rixfords.**
Schulreiter Mons. Fernand Guichenet, Oberbereiter S. M. des Zaren.
Ferner die großart. neuen Spezialit.
Um 10 Uhr: Zum 5. Male:
Ein Tag in Monte Carlo.
Große Ausstattungspantomime, arrangiert und auf das glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann.

Zirkus Busch.

Abends 7½ Uhr:
Monsieur Romeos!
Staunen erregende Automobil-Experimente
Ueberfahren
mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)
Die größte Tiger- und Löwengruppe
Ringkampf zwischen dem Dompteur **Willy Peters** und **zwei wilden Tigern.**
Aus der Pußta.
Orig.-Pantomime d. Zirk. Busch.

Voranzeige!
Sonntag nachmittag 4 Uhr
auf allgemeinen Wunsch:
Aus der Pußta.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Das humorist. Oktober-Programm.
Emmi Kröchert, Berlins popul. Soubrette.
Willy Prager, neue aktuelle Coupl.
Außerdem: 4 Debüts u. a.
Royal Mitsuta's Jap. Lolt.-Bal.
Filippos Wunderhunde.
● Rauchen überall gestattet. ●

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
12 Attraktionen 12
U. a.:
John Ilket and Miß Jenny,
Sens. equil. Akt
Robert und Bertram
die Urkomischen.
Die Loreley.
Posse von O. Klein.
Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger

Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Buggenhagen

Moritzplatz.
Jeden Mittwoch:
Humoristischer Abend
und **Freitanz.**

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Das brillante
Oktober-Programm.
Spezialitäten und
Volks-Kabarett

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
Oktober-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Portieren

Spezialität! (ca. 200 Genre).
Einz. Garnituren spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.) gratis u. franko.
Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 158 Berlin S.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwieger- und Großvaters, Bruders und Onkels, des Heizers 20945

Bernhard Elsässer

sagen wir dem Zentralverbande der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands, dem Chef, den Mitarbeitern der Dampfwäscherei „Victoria" (Moabit) und den Kollegen der Firma F. ter Welp sowie allen Verwandten, Freunden und Bekannten und für die zahlreichen Kranzspenden unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes und guten Vaters sprechen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, den Herren Chefs, den Kollegen, den Lehrlingen der Firma Simoni u. Bergemann sowie den Genossen des 6. Berliner Wahlkreises, den Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer und den Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unseren innigsten Dank aus. 26792

Wwe. **Helene Liegnau** nebst Tochter.

Schnell-Dampf-Waschmaschine „Waschfrau"
Montag Mittwoch Freitag 4 Uhr.
Probewaschen
A. Märker, Berlin C. Spandauerstr. 49.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Neu! Neu!
Studiosus in der Klemme.
(Neues Soiree-Programm)
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Dienstag: Theater-Abend.

Winter-Garten

Das neue Oktober-Programm!
Ein glänzender Erfolg!
Bros. Permane, Exzentriks.
Charlene und Charlene, musik. Akt.
Robert Steidl, Humorist.
Launceston Elliot, Kraftproduktion.
Das Erntefest, englisches Ballett.
Les Mas-Andrés, Pariser Duettisten.
De Vry's lebende Marmor-Kolossal-Gruppen.
Maria Vinent, portugies. Sängerin.
Bros. Spissel und Mack, amerikanische Exzentriks.
Jackson-Truppe, Radfahrer.
Kitty Traney, Jongleuse.
Der Biograph.

Fisch- und Seefisch-Handlung jetzt Weidenweg 37

Rob. Richter

Wir klagen an!

„Blut und Eisen"

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit
von 237/5*
Hugo Schulz.
◆ Erscheint in 50 Lieferungen a 20 Pfennig. ◆
Soeben ist Heft 2 ausgegeben!
Zu beziehen durch die **Expedition** des **Vorwärts,** Lindenstr. 69 (Laden), alle Parteispeditionen und Kolporteure.

Besichtigen Sie 2497L*
unsere erprobten bewährten
Spiritus-Glühlicht-
Lampen und Brenner.
Centrale für Spiritus-Verwerthung
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 66, gegenüber dem Central-Hotel.
Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Verlangen Sie
Tellus-Zigaretten
garantiert Handarbeit
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt.
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus", Berlin N. 54.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 15. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Händler
Albert Gollmitz
Putbuserstraße 22.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof der Himmelfahrts-Gemeinde, Nieder-Schönhausen, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nach längerem Leiden verschied sanft am 14. d. Mts. unser inniggeliebter Vater, der Schriftsetzer
Traugott Herrig
im 56. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an die Töchter **Helene Herrig,**
20356 **Anna Herrig.**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. Mts., nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.

Typographia.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege
Traugott Herrig
am 14. d. M. verstorben ist.
Die **Sänger** werden gebeten, so weit möglich, dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen.
Beerdigung siehe vorstehend.
Der Vorstand.

Tanzlehrerverband Solidarität.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tanzlehrer 200/3
Emil Pachur
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Treffpunkt: 4½ Uhr bei Münzer Nchfl., Kirchhof, Kniesebeckstraße. **Der Vorstand.**
J. A.: Richard Heinrich.

Invalidenunterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 13. d. M. verstorbenen Lithographen
August Syring
findet am Mittwoch, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Karlshorst aus statt.
20996 Das Komitee.

Deutscher Senefelder-Bund.
(Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Ber.)
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 13. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, starb nach langem Krankenlager an Mastdarmkrebs unser Mitglied, der Lithograph 205/7
August Syring
im Alter von 43 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 17. d. M., nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Karlshorst aus statt.
Die Verwaltung der Filiale Berlin III (Lithographen) des Deutschen Senefelder-Bundes.

Am Sonntag, den 14. Oktober, verstarb nach kurzem, schwerem Krankenlager unser guter Vater, Schwieger- und Großvater
Adolf Müller.
Um stilles Beileid bittet
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Prinzen-Allee 53, statt. 20035

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.
Ortsverein Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied
Adolf Müller
gestorben ist. 130/10
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Lazarus-Krankenhause, Bernauerstraße, aus auf dem Elisabeth-Kirchhof in der Prinzen-Allee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zur Buchdruckerbewegung.

Der Verbandsvorstand erläßt folgenden Aufruf an die Mitglieder:

Die aus allen Teilen des Verbandsgebietes eingehenden Berichte über den Verlauf der Versammlungen, in denen man sich mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen beschäftigte, lassen erkennen, daß in den meisten Fällen eine vollständige Verkennung der derzeitigen Verhältnisse im Gewerbe das ablehnende Urteil der in Frage kommenden Versammlungen diktierte. Der unterzeichnete Vorstand hält es daher dringend geboten, die Kollegen darauf zu verweisen, daß die Art und Weise, wie man zu den einschlägigen Verträgen Stellung nahm, dazu angetan ist, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder aufs schwerste zu gefährden. Aus diesem Grunde und in Würdigung des Ansehens und der Vertragsfähigkeit und -treue des Verbandes wie in Hinblick auf die gewerbliche Lage überhaupt, müssen wir darauf aufmerksam machen, daß eine in ihrer Wirkung allgemein schädliche Verurteilung und Ablehnung der neuen Abmachungen mit der Prinzipalität in gar keinem Betracht an den rechtsgültig abgeschlossenen Verträgen etwas zu ändern vermag. Dieselben sind unter Berücksichtigung der tarifgemeinschaftlichen Entwickelung und der gewerblichen Tatsachen zustande gekommen, gleich fern von eingebildeten oder willkürlichen Vorstellungen wie von einem den Gehülfenvertretern unterschobenen freiwilligen, den Interessen der Prinzipale dienenden Entgegenkommen.

Die Aufrechterhaltung des Vereinbarten ist sowohl eine Ehrenpflicht der Organisation wie sie eine zwingende Notwendigkeit für die Wahrnehmung der Interessen der Gehülfen und die Konsolidierung der allgemeinen tariflichen Errungenschaften ist. Wir müssen um des Interesses der Gesamtgehülfenschaft willen dringend wünschen, daß man von einer unfruchtbaren, leider wiederum durch die führenden Parteiorgane „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ absichtlich aufgestachelten und genährten Opposition gegen den neuen Tarif Abstand nehmen, dafür aber bemüht sein möge, durch ein geschlossenes Vorgehen im geeigneten Momente die Vorteile des neuen Tarifes der Kollegenschaft möglichst allgemein nutzbar zu machen. Eine solche Arbeit wäre des Aufwandes an Kraft würdig, die jetzt anscheinend nur tatloser Opposition und bedauerlicher Disziplinwidrigkeit geopfert wird.

Ohne Preisgabe der tariflichen Vereinbarungen und deren materiellen Inhalt, ohne das Risiko tiefgreifendster und in ihren Folgen unabsehbaren Verwickelungen im Gewerbe und in der Organisation besteht keine Möglichkeit, irgend eine Abänderung an den geschlossenen Verträgen herbeizuführen. Darum möge die Kollegenschaft sich auf sich selbst besinnen und sich auf den nach langer und reiflicher Ueberlegung von ihren berufenen Vertretern gefundenen Boden vereinigen, auf dem gemäß der gefaßten Beschlüsse und getroffenen Vereinbarungen im Interesse des Ganzen zu wirken jedes Mitgliedes Pflicht ist.

Berlin, 12. Oktober.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Emil Döblin.

Das Bedauern, das hier der Vorstand in einem offiziellen Schriftstück über das Verhalten der Parteipresse äußert, nimmt sich umso verwunderlicher aus, als wir von einer gleich scharfen Zurückweisung der bürgerlichen Presse, die schon während der Verhandlungen dem noch nicht einmal formulierten Vertrage Lobeshymnen sang, nichts bemerkt haben. Gerade diese Ausführungen der bürgerlichen Presse aber, deren Einmischung man sich nicht verbat, waren es, welche die Buchdruckergehülfenschaft mißtrauisch machten. Bis zu jenen Versammlungen am 7. Oktober, in denen jenes Mißtrauen in nicht mehr mißzuverstehender Weise zutage trat, hatte der „Vorwärts“ **noch keine Zeile der Kritik veröffentlicht!** Eine gegenteilige Behauptung heißt die Tatsachen auf den Kopf stellen.

Der „Korrespondent“ beschäftigt sich jetzt „sachlich“ mit uns. Wir können uns eine Polemik gegen ihn bis auf weiteres sparen, wenn wir unsere Leser bitten, noch einmal unsere bisherigen Aeußerungen zu lesen und dann folgenden Erguß der „Korrespondent“-Redaktion daneben zu halten. Der „Korrespondent“ schreibt:

„Es ist geradezu ekelhaft, wie sich z. B. die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“, die führenden Organe der sozialdemokratischen Partei, abmühen, unsere Kollegen in Berlin und Leipzig vor den entscheidenden Versammlungen zu bearbeiten, um, wenn ihr Plan nicht glückt, dann hinterher mit den unflätigsten Beschimpfungen über dieselben Kollegen herzufallen, wie wir das in Leipzig schon so oft erlebt haben. Aber all die Verdrehungskünste jener beiden der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit dienenden Organe werden am Ende doch wirkungslos bleiben, weil diese aufdringliche Liebe doch zu unnatürlich und gemacht erscheint.“

An einer anderen Stelle heißt es:

„Freilich darf man dabei nicht vergessen, daß die hervorragendsten sozialdemokratischen Blätter wiederum die Hetzer und Stänker sind, genau wie 1896, aber auch diesmal wird ihrer Liebe Mühe umsonst sein.“

„Geradezu ekelhaft“, „unflätigste Beschimpfungen“, „Verdrehungskünste, „unnatürliche, aufdringliche Liebe“, „Hetzer und Stänker“. — Wir quittieren dankend! Es langt! Nur fürchten wir, daß bei alledem die Buchdrucker der Provinz, denen der „Vorwärts“ nicht zu Gesicht kommt, über unsere Stellungnahme zu all' den in Frage kommenden wichtigen Problemen der Gewerkschaftsbewegung, welche die diesjährige Buchdruckerbewegung urplötzlich aufgerollt hat, noch nichts wissen!

•

An Berichten über die Stellungnahme der einzelnen Ortsvereine liegen uns noch folgende vor:

„Die am 15. Oktober im Lokale des Herrn Schimke tagende stark besuchte außerordentliche Versammlung der Mitgliedschaft Zossen lehnt den Tarif und den Organisationsvertrag einstimmig ab aus folgenden Gründen:

Die Erhöhung der Grundposition um rund 10 Prozent steht nicht im geringsten im Verhältnis zu der im Laufe der letzten fünf Jahre eingetretenen und noch anhaltenden enormen Steigerung aller Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten.

Die Versammlung hält vielmehr an einer allgemeinen 15prozentigen Lohnerhöhung und einer Verkürzung der Arbeitszeit täglich um eine halbe Stunde fest als der äußersten Grenze, innerhalb der sie einem Tarifabschluß ihre Zustimmung geben kann.

Dieses Verlangen erachtet die Versammlung um so berechtigter, als das gehilfenseitig Erreichte in gar keinem Verhältnis steht zu den Zugeständnissen, welche den Prinzipalen gemacht wurden.

Die Versammlung kann dem vorliegenden Organisationsvertrag nicht zustimmen, weil derselbe in seiner vorliegenden Fassung Paragraphen enthält, die in ihrer Auslegung zu weittragenden Folgen führen müssen, die Bewegungsfreiheit jedes einzelnen geradezu hindern und auch sonst geeignet sind, die ganze gewerkschaftliche Bewegung lahmzulegen.

Die Versammlung ersucht den Zentralvorstand, neue Verhandlungen mit der Prinzipalität auf dieser Grundlage in die Wege zu leiten. Will die Prinzipalität erneute Verhandlungen ablehnen, so ist unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen.“

•

In Forst wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heutige Mitgliederversammlung des Ortsvereins Forst stimmt der Resolution des Ortsvereins Bielefeld bei, die die bei der Tarifrevision getroffenen Vereinbarungen auf das entschiedenste ablehnt. Sie ist ebenfalls der Meinung, daß die Erhöhung der Grundposition um rund 10 Proz. nicht im geringsten im Verhältnis zu der im Laufe der letzten fünf Jahre eingetretenen und noch anhaltenden enormen Steigerung aller Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten steht.

Die Versammlung hält vielmehr an einer allgemeinen 15prozentigen Lohnerhöhung und einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde fest als der äußersten Grenze, innerhalb der sie einem neuen Tarifabschluß ihre Zustimmung geben kann.

Dieses Verlangen erachtet die Versammlung als um so berechtigter, als das gehülfenseitig Erreichte in gar keinem Verhältnis steht zu den Zugeständnissen, welche den Prinzipalen gemacht wurden.

Die Versammlung protestiert aus allen diesen Gründen insbesondere ganz entschieden gegen die Handlungsweise der Gehülfenvertreter und des Zentralvorstandes, diese Abmachungen, ohne die Mitglieder um ihre Meinung zu fragen, definitiv festzulegen.

Versammlung fordert vielmehr die sofortige Vornahme einer Urabstimmung und eventuelle Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, um den Willen der Mitglieder unzweideutig zum Ausdruck zu bringen und über neue Maßnahmen zu beraten.

•

Dagegen beschloß eine Versammlung in Kassel:

Die am 14. Oktober in Kassel tagende Allgemeine Buchdruckerversammlung hat mit großem Interesse der Berichterstattung über die in Berlin stattgehabten Tarifverhandlungen von seiten des Gehülfenvertreters Kollegen Dominé zugehört und erklärt unter Dank an diesen, daß sie, trotzdem das Resultat der Verhandlungen durchaus nicht befriedigt, dem Errungenen ihre Zustimmung gibt, in der Voraussicht, daß unser Lokalzuschlag entsprechend erhöht und unser seinerzeit gestelltes Verlangen auf Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde pro Tag bei der nächsten Tarifberatung unbedingt gewürdigt wird.

Insbesondere erwartet die Versammlung, daß auch den über 3 Mark über das Minimum entlohnten Kollegen eine zehnprozentige Lohnerhöhung zugesichert wird.

Die Annahme der Resolution in der schon stark gelichteten Versammlung erfolgte mit erheblicher Majorität.

•

In beinahe fünfstündigen Verhandlungen nahm am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung des Buchdruckervereins von Hamburg-Altona zu den Tarifabmachungen Stellung. Nachdem der Gehülfenvertreter A. Demuth sein Referat gehalten, wurde von mehreren Rednern scharf gegen die aufgestellten Tarifpositionen plädiert, die sie in Anbetracht der Teuerungsverhältnisse als völlig unzulänglich bezeichneten, während andere Gehülfen für deren Annahme eintraten. Das Resultat der von annähernd 1500 Personen besuchten Versammlung war die Annahme der Tarifgemeinschaft. Dagegen erhoben sich 48 Stimmen.

Partei-Angelegenheiten.

Extra-Zahlabend.

Am **Dienstag, den 23. Oktober, abends 8½ Uhr,** findet der

Extra-Zahlabend

zur statistischen Aufnahme der Mitgliedschaft der Wahlvereine Berlins und Umgegend statt. Wir erwarten, daß alle organisierten Parteigenossen an diesem Abend unbedingt zur Stelle sind.

Nach unserem Abkommen mit den Gewerkschaften fallen am Dienstag deren Versammlungen aus; wir richten aber auch das Ersuchen an die Gesang-, Turn-, Sport-, Vergnügungs- und geselligen Vereine, am 23. d. Mts. keinerlei Sitzungen oder Veranstaltungen vorzunehmen, damit jedes Mitglied der Wahlvereine Groß-Berlins diesen so **wichtigen Zahlabend** besuchen kann.

Mit Parteigruß

Der Aktions-Ausschuß.

Treptow-Baumschulenweg. Heute abend 8½ Uhr findet in „Speers Festsälen“, Baumschulenstr. 78, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht außer dem Kassenbericht Bericht vom Mannheimer Parteitag, Referent Genosse A. Thiel-Tempelhof. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder beider Ortsteile in dieser Versammlung. Besondere Einladung durch Handzettel findet hierzu nicht statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Johannisthal. Am Donnerstag, den 18. d. M., findet im Lokale von Senftleben, Friedrichstr. 48, eine Volksversammlung statt, wo der Genosse Dr. Maurenbrecher über das Thema: „Alles wird teurer, was ist dagegen zu tun“ sprechen wird. Es ist Pflicht der Genossen, für regen Besuch zu agitieren, besonders auch der Frauen. Die Genossen, welche sich noch zum Austritt aus der Landeskirche gemeldet haben, finden sich ½ Stunde vor der Versammlung ein, da am Freitag die Abgabe der Austrittserklärung in Köpenick erfolgen soll.

Tempelhof-Mariendorf. Heute Mittwochabend 7½ Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt, und zwar für Tempelhof vom Wilhelmsgarten, Neu-Tempelhof vom Müllerschen Lokale, Berlinerstraße 41, und für Mariendorf vom Reichardtschen Lokale, Chausseestraße 16 aus. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, an dieser Arbeit möglichst zahlreich teilzunehmen.

Trebbin (Kr. Teltow). Die Wahlvereinsversammlung findet am Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Wolf statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom letzten Vierteljahr. 2. Mitteilungen des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Sonntag, 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im „Gesellschaftshause“ statt, in der Genosse Heinrichs-Rixdorf über den Mannheimer Parteitag referiert. Pflicht der Genossen ist es, recht rege für diese Versammlung zu agitieren.

Berliner Nachrichten.

Zur Stadtverordneten-Ersatzwahl im 8. Wahlbezirk.

Wer hat teilzunehmen an der Stadtverordneten-Ersatzwahl, die im 8. Wahlbezirk am 23. Oktober (von morgens 10 Uhr bis abends 8 Uhr) vollzogen wird?

Der 8. Kommunal-Wahlbezirk gehört zum zweiten Reichstags-Wahlkreis, bildet einen Teil der Tempelhofer Vorstadt und umfaßt die Stadtbezirke 67—74. Er ist wegen seiner Größe in drei Teile (Abstimmungsbezirke) zerlegt worden, die jeder ihr besonderes Wahllokal haben.

Der 1. Teil enthält die Stadtbezirke 67 und 70, nämlich: Gneisenaustraße 22—34 und 81—92, Mariendorferstraße ganz, Mittenwalderstraße 18—22 und 41—49, Rostizstraße 12—25 und 87 bis 49, Solmsstraße 17—27 und 30—40, Zossenerstraße 7—15, 20 bis 21, 37—45. Wahllokal des 1. Teils: Mittenwalderstraße 15 bei König.

Der 2. Teil enthält die Stadtbezirke 68, 69, 71, nämlich: Barutherstr. 1—22, Fürbringerstr. 1—17 und 20—36, Gneisenaustraße 2—21 und 93—115, Mittenwalderstr. 1—12 und 50—62, Rostizstr. 1—11 und 50—63, Solmsstr. 1—16 und 41—52, Zossenerstraße 1—6 und 46—55. Wahllokal des 2. Teils: Solmsstraße 48 bei Schubert.

Der 3. Teil enthält die Stadtbezirke 72, 73, 74, nämlich: Alexandrinenstraße von Waterloobrücke bis Plan-Ufer, Blücherplatz 3, Blücherstr. 1—24 und 61—69, Bärwaldstr. 1—11 und 63—69, Geibelstraße ganz, Johannistisch ganz, Johanniterstr. 1—20, Plan-Ufer 1—74, Straße 14 B, Tempelherrenstr. 1—12 und 15—24, Urbanhafen, Urbanstr. 185—188, Waterloo-Ufer ganz, Wilmsstraße ganz, Zossenerstr. 56—60. Wahllokal des 3. Teils: Blücherstraße 61, bei Thiem.

Wahlberechtigt

ist jeder, der in der Wählerliste steht. Die Wählerliste ist aufgestellt worden in der ersten Hälfte des Juli 1906. In der Wählerliste steht jeder, der zu diesem Zeitpunkt mindestens 24 Jahre alt war, die Staatsangehörigkeit in Preußen hatte, seit mindestens einem Jahr in Berlin wohnte, eine eigene Wohnung hatte oder als Chambregarnist galt, im letzten Jahre nicht aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden war. Wer nur zu einem Einkommen von 660 bis 900 Mark eingeschätzt und demgemäß zu 4 Mark Steuer veranlagt ist, ist wahlberechtigt, obwohl diese Steuer nicht von ihm bezahlt wird. Wer erst nach Aufstellung der Liste aus dem 8. Wahlbezirk verzogen ist, darf noch jetzt an der Ersatzwahl im 8. Wahlbezirk teilnehmen, da er ja in der Wählerliste steht.

Für die Arbeiterbevölkerung ergeben sich aus den Besonderheiten des Gemeindewahlrechtes mancherlei Erschwerungen. Nur zu vielen Arbeitern wird ihr Recht, an den Gemeindewahlen teilzunehmen, durch die oben erwähnten einschränkenden Bestimmungen verkümmert. Um so mehr wird für jeden derjenigen Arbeiter, die das Gemeindewahlrecht haben, die Ausübung dieses Rechtes zu einer Pflicht, die keiner vernachlässigen darf. Im 8. Wahlbezirk darf am 23. Oktober kein Wähler ausbleiben, der bereit ist, einzutreten für den Kandidaten der Sozialdemokratie, den Bildhauer Paul Dupont, Solmsstr. 33.

Das Flugblatt, das am Sonntag von unseren Genossen im dritten Landtagswahlkreise verbreitet wurde, hatte eine Auflage von 280 000, nicht wie gestern irrtümlich berichtet wurde von 80 000.

Linienverlegungen bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn muß verschiedene Aenderungen in der Führung ihrer Linien wegen Straßenbauarbeiten vornehmen. Sie beabsichtigt u. a. die Gleiskreuzung der Oranien- und Adalbertstraße auszuwechseln. Es geschieht dies in den Nächten vom 19., zum 20., vom 22. zum 23. und vom 23. zum 24. Oktober. In diesen Nächten ist es notwendig, die Wagen der Linie 11 Moabit—Görlitzer Bahnhof von 1 Uhr an in beiden Richtungen abzulenken. Die Wagen fahren nicht durch die Dresdenerstraße, den Oranienplatz und die Oranienstraße, sondern von der Dresdenerstraße durch die Buckower-, Waldemar- und die Lausitzerstraße nach dem Görlitzer Bahnhof. Die Arbeiten an der Kreuzung der Pallas- und Goltzstraße sind jetzt soweit gefördert, daß die Linien dort wieder planmäßig gefahren werden können. 69 Friedrichsfelde—Schöneberg und 71 Herzberge—Schöneberg, gehen von heute an wieder planmäßig durch die Potsdamer-, Pallas- und Winterfeldtstraße, nicht mehr durch die Bülowstraße, über den Nollendorfplatz und die Maaßenstraße.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtische Straßenreinigung stand die Beratung des Etatsentwurfs auf der Tagesordnung.

Von der Direktion ist eine Neuorganisation des Betriebes vorgesehen, die durch Neubeschaffung von Spülwagen, Umbau von Sprengwagen und Errichtung von Baulichkeiten zur Unterbringung des Fuhrparks eine Summe von 547 000 M. erfordert. Dabei sind in personeller Beziehung 83 neue Aufseherstellen vorgesehen, deren Mehrkosten teilweise gedeckt werden sollen durch den Wegfall von 4 Oberaufseherstellen, der Stelle des Inspektors und der im Tagesdienst verwendeten Vorarbeiter. Die Neuordnung wurde von der Beratung ausgeschlossen und der Direktion der Wunsch ausgesprochen, eine den finanziellen Effekt deutlich zum Ausdruck bringende Aufstellung der Betriebsänderung der Deputation vorzulegen. Sobald dies geschehen ist, wird der Etatsentwurf endgültig festgestellt. Im übrigen sind an dem Entwurf wesentliche Aenderungen nicht vorgenommen.

Zu dem Titel „Arbeitslöhne“ war der Antrag gestellt, sämtlichen Arbeitern eine Lohnerhöhung von täglich 30 Pf. und den Arbeitsburschen eine solche von 25 Pf. zu bewilligen. Der Antrag wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Das Arbeitspersonal besteht zurzeit aus 500 Arbeitsburschen, 1414 Arbeitern und 133 Vorarbeitern. Das Personal hat derzeit eine Fläche von 160 000 Quadratmeter mehr wie im Vorjahre zu bearbeiten. Zieht man das vorjährige Verhältnis in Betracht, so müßten eigentlich 57 Arbeiter neu eingestellt werden. Dieser Notwendigkeit glaubt die Direktion durch die Neuorganisation des Betriebes entgehen zu können.

Neues Postamt. Ein neues Postamt wird am 1. November errichtet. Es erhält die Bezeichnung „Berlin O. 98“. Die Diensträume des Amtes kommen in das Haus Stralauer Allee 31a. Die neue Postanstalt erhält Telegraphenbetrieb und eigenen Briefbestelldienst. Die Postanstalt wird eine Zweigstelle des Postamtes O. 17 auf dem Schlesischen Bahnhof bilden. Bei der neuen Zweigpostanstalt können Postsendungen jeder Art und Telegramme eingeliefert sowie gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen und Zeitungen abgeholt werden. Für den Verkehr mit dem Publikum ist das Postamt geöffnet: an Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags, an Sonn- und Feiertagen sowie am Geburtstage des Kaisers von 8 bis 9 Uhr vormittags und von 12 bis 1 Uhr nachmittags. Die Paketannahme bleibt Sonntags geschlossen.

Ueber die Ballonwettfahrt wird noch berichtet, daß die Landungen der Ballons in den verschiedensten Gegenden erfolgten. Am weitesten kam der Ballon „Sohnke“, der gestern nachmittag 8 Uhr 25 Minuten in Kniino in Rußland landete. Andere Landungen erfolgten in folgenden Orten: In Schmellwitz (Kreis Schweidnitz), Plan in Böhmen, Trebnitz in Schlesien, Schwerta (Oberlausitz), Zittau, Polegg (Nordböhmen) und Pockau. Es scheint, daß der Berliner Ballon „Ernst“ aus dem Wettkampf in der Luft als Preisträger hervorgehen wird.

Ein Berliner Rieselgut für die Landwirtschaftshochschule. Zwischen dem Direktorium der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin und dem Berliner Magistrat schweben zurzeit Verhandlungen wegen der Ueberlassung eines der Stadt gehörenden Gutes in der Nähe Berlins an die Hochschule zur Errichtung einer praktischen Lehranstalt. Der Berliner Magistat soll sich im Prinzip bereits damit einverstanden erklärt haben, den zum Rieselgut Blankenfelde gehörenden Gutshof Rosenthal bei Reinickendorf der Hochschule zur Verfügung zu stellen.

Ueber eine Verfügung des Ministers des Innern wird berichtet: Der Minister des Innern hat an die Polizeibehörden die Anweisung ergehen lassen, in Zukunft auf allen polizeilichen Strafverfügungen

Name, Stand und Wohnort des Anzeigenden sowie die genaue Begründung der begangenen Untat zu vermerken.

Unserer Meinung nach sollte es eigentlich schon längst selbstverständlich sein, daß einem Angeschuldigten mitgeteilt wird, wie der Denunziant heißt, der ihn angezeigt hat. Wer denunziert, mag auch den Mut haben, mit seinem vollen Namen für seine Angaben einzutreten.

Aus den Berliner Innungen.

Die Einrichtungen der **Herberge** und des damit verbundenen **Arbeitsnachweises** der **hiesigen Fleischerinnung** sind die denkbar schlechtesten. Wiederholt hat die Polizeibehörde als auch die Gewerbedeputation des Magistrats, letztere als Aufsichtsbehörde der Innungen, versucht, die genannte Innung, welche zu den reichsten der Berliner Innungen gehört, zu veranlassen, geordnete Zustände in ihren für die Gesellen bestimmten Einrichtungen zu schaffen. Alle diesbezüglichen Bemühungen haben leider nicht zu dem gewünschten Ziele geführt. In ihrer Protzenhaftigkeit pfeifen die Leiter der Innung auf die Vorhaltungen der Behörde. Für die Innung selbst haben sie in der Neuen Grünstraße einen Prachtbau aufführen lassen, um dort die Innungsversammlungen und -festlichkeiten abhalten zu können; den Wohlfahrtseinrichtungen für die Gesellen wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Bereits am 18. Oktober vorigen Jahres hatte die Gewerbedeputation beschlossen, der Fleischerinnung aufzugeben, ihren Arbeitsnachweis zu verlegen und geordnete Zustände in diesem wie auch in der Innungsherberge zu schaffen. Dabei wurde der Innung nahegelegt, den paritätischen Arbeitsnachweis in der Gormannstraße, wenn nicht dauernd, so doch so lange zu benutzen, bis es ihr gelungen sei, einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Arbeitsnachweis selbst zu schaffen. Obwohl seitdem ein Jahr vergangen ist, hat sich die Innung bis heute noch nicht bequemt, Remedur eintreten zu lassen.

Diese Bockbeinigkeit gab der Gewerbedeputation Veranlassung, eine mehrmalige Besichtigung der Einrichtungen der Herberge und des Arbeitsnachweises in der Mulackstraße durch eine aus fünf Mitgliedern der Deputation bestehende Kommission stattfinden zu lassen.

In der letzten Sitzung der Gewerbedeputation erstattete diese Kommission, der auch unser Genosse Stadtverordneter Borgmann angehört, zum zweiten Male Bericht. Wieder wurde konstatiert, daß die genannten Innungseinrichtungen als durchaus schlechte bezeichnet werden müssen.

In der Herberge stehen drei Betten nebeneinander. Wer in dem an der Wand stehenden Bett schlafen will, muß über die beiden anderen Betten wegklettern, oftmals auch dann, wenn in den anderen Betten schon Schläfer liegen. Die Herbergsräume sind so eng, daß auf jeden dort nächtigenden Gesellen in den einzelnen Räumen nur 7 bis 9 Kubikmeter Luftraum entfallen. Die Bettwäsche wird nur alle vier Wochen gewechselt. Auf 50 Betten in den hinteren Räumen bezw. auf ebensoviel Personen kommen nur 2 Klosetts.

Es wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß hier die Polizeibehörde aus hygienischen Gründen längst Ursache zum energischen Einschreiten gegen die Innung gehabt hätte. Da dies bisher nicht geschehen ist, beschloß die Gewerbedeputation, in dieser Hinsicht beim Polizeipräsidenten vorstellig zu werden.

Der Arbeitsnachweis der Innung wird in der primitivsten Weise ausgeübt. Eine Liste der Arbeitsuchenden wird nicht geführt. Im Sommer findet die Arbeitsvermittelung auf dem Hofe statt; während der kälteren Jahreszeit in engen Räumen der ersten Etage oder besser gesagt auf der Treppe zu dieser Etage. Verlangt nämlich ein Meister einen Gesellen, so ruft dies der Arbeitsvermittler von der Treppe herab in die Gaststube hinein, wo sich die Gesellen aufhalten. Wer sich dann meldet, erhält die Arbeit.

Wegen dieser „Mustereinrichtung" eines Arbeitsnachweises wird die Gewerbedeputation jetzt ein ernsteres Wörtchen mit der Innung reden. Diese soll erneut aufgefordert werden, jetzt endlich Wandel zu schaffen; eventuell soll der Innungsvorstand durch Festsetzung und Vollstreckung von Ordnungsstrafen zur Erfüllung seiner Pflicht gezwungen werden.

Aber auch die organisierten Gesellen sollten energisch eintreten, um die geschilderten Mißstände zu beseitigen.

Die **Bäckerinnung** „Germania" plant die **Errichtung einer Innungskrankenkasse**, um einen größeren Einfluß auf die Verwaltung der Kasse ausüben zu können, als dies bei der Ortskrankenkasse möglich ist. Um die Gesellen für diesen Plan zu gewinnen, will die Innung die Beiträge der Gesellen etwas niedriger bemessen, als sie von der Ortskrankenkasse erhoben werden. Dennoch weigerte sich der Gesellenausschuß, und zwar mit vollem Recht, seine Zustimmung zur Gründung der Innungskrankenkasse zu geben. — Der Innungsvorstand beantragte darauf bei der Gewerbedeputation des Magistrats, daß diese die Ergänzung der vom Gesellenausschuß verweigerten Zustimmung ihrerseits aussprechen sollte. Bereits im Februar dieses Jahres beschloß die Gewerbedeputation, diesem Antrage des Innungsvorstandes keine Folge zu geben. Darauf wandte sich der Vorstand der Innung an den Oberpräsidenten, um von diesem die Genehmigung zur Einführung der Innungskrankenkasse zu erwirken. Der Oberpräsident verwies die Angelegenheit zurück an die Gewerbedeputation und diese beschloß in ihrer letzten Sitzung, auf ihrem ablehnenden Standpunkt zu beharren. Nunmehr wird wohl der Oberpräsident seine endgültige Entscheidung treffen.

Wir meinen, da eine Gesellenkrankenkasse eben für die Gesellen bestimmt ist, nicht aber für die Meister, so sollte man es streng vermeiden, die Gesellen in eine Kasse hineinzuzwingen, von der sie nichts wissen wollen. Es liegt auch gewiß kein triftiger Grund vor, die gut funktionierende Ortskrankenkasse durch die von der Innung geplante Neugründung zu ruinieren.

Ueber die Arbeitsverhältnisse der Stallleute im Zirkus Schumann werden lebhafte Klagen geführt. Die Löhne werden als äußerst gedrückte bezeichnet, auch die Behandlung wird als eine ganz unerträgliche hingestellt. Das ist natürlich nur möglich, weil das Personal häufig wechselt und vor allem keiner Organisation angehört. Mit unorganisierten Arbeitern kann ein Unternehmer umspringen wie es ihm beliebt. Da ist es gar kein Wunder, wenn man hört, daß es sogar mitunter Peitschenhiebe setzen soll. Dieser Tage ist es aber selbst diesen Leuten zuviel geworden und es sollen 17 Kutscher und vier Requisiteure die Arbeit niedergelegt haben. Aber ohne Organisation ist da sehr schwer etwas zu machen. Herr Schumann soll auch nicht in Verlegenheit gekommen sein, denn als Kommissionsrat hat er gute Beziehungen. Die Militärbehörde hilft da schnell aus. Ist sie sonst schon bereit, wenn Busch oder Schumann von ihren Reisen zurückkehren, für das Ausladen der Tiere Soldaten zu stellen und den freien Arbeitern und Steuerzahlern Beschäftigung wegzunehmen, so war die Militärbehörde auch in diesem Falle sofort bereit, Herrn Schumann aus der Verlegenheit zu helfen. — Herr Schumann soll 25 Mann Soldaten zur Hülfe erhalten haben, und damit der Anschein erweckt werde, daß es Angestellte des Zirkus seien, sollen die Soldaten in Kutscheruniformen gesteckt worden sein. Wir sind allerdings der Meinung, daß Soldaten nicht dazu da sind, in solchen Fällen die Arbeit von Leuten zu verrichten, die dafür eintreten, ihre ohnehin geringe Lebenshaltung zu verbessern. Hat die Masse der Bevölkerung keinen Verdienst, so kann sie auch keine Steuern zahlen, um unser „herrliches" Kriegsheer zu erhalten.

In leichtsinniger Weise hat gestern abend der 64jährige Streckenarbeiter Gottfried Kuhnert, Prinzenallee 30, sein Leben aufs Spiel gesetzt. K. war auf einem Straßenbahnwagen durch die Brunnenstraße gefahren und sprang in der Nähe der Voltastraße während der Fahrt vom Wagen herunter, kam dabei zu Fall und klammerte sich mit der rechten Hand am Trittbrett fest. Er wurde nun, mit dem Gesicht nach unten liegend, eine Strecke mitgeschleift und furchtbar zugerichtet. Im Gesicht und an den Händen war die Haut blutig abgeschleift und der Kopf wies schwere Verletzungen auf. K. wurde zu einem Arzt gebracht, der ihm die ersten Notverbände anlegte.

Vom Kahne abgeglitten und ertrunken ist der 19jährige Schiffer Schröder, als er das auf dem Schiffahrtskanal bei der Plötzensee Schleuse verankert liegende Fahrzeug verlassen wollte. Er beabsichtigte das zurIlle gehörige Handboot zu benutzen, verlor, als er dasselbe an die Bordwand zog, infolge einer unvorsichtigen Bewegung das Gleichgewicht und stürzte in die Fluten. Sch. wurde vermutlich sofort von einem Schlaganfall betroffen, und vermochte sich deshalb, obwohl er guter Schwimmer ist, nicht zu retten. Seine Leiche konnte nach etwa halbstündigem Suchen gelandet werden.

Gefleddert wurde der in der Brunnenstraße 80 wohnende Sackhändler M., der am Montag mit einem Bekannten den Zentralviehhof besucht hatte und bei der Heimfahrt eingeschlafen war. In Friedrichsfelde wurde er vom Vorsteher geweckt und mußte zu seinem Schreck wahrnehmen, daß ihm inzwischen die beiden Hosentaschen aufgeschnitten waren und ein Portemonnaie mit 25 M. Inhalt sowie verschiedene Wertpapiere fehlten. Zur Warnung für andere sei dies Vorkommnis mitgeteilt.

Nach der Exmission hat sich der 42jährige Schneider Hermann Nathan das Leben genommen. N., der bis vor 14 Tagen in der Frankfurter Allee wohnte, war schon seit Monaten nicht mehr in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen dem Hauswirt gegenüber nachzukommen, so daß dieser die Exmissionsklage anstrengte. Vor acht Tagen wurde dann die Zwangsräumung ausgeführt, und der Schneider mietete nunmehr eine Wohnung in Friedrichsberg, die er jedoch nicht bezog. Er wurde gestern in einer zurzeit unbenutzten Laube auf Lichtenberger Terrain an der Landsberger Allee tot aufgefunden. Nathan hatte sich, wie ein hinzugerufener Arzt feststellte, mit Lysol vergiftet. — In seiner Wohnung Königs-Chaussee 80 wurde gestern morgen der Schuhmachergeselle Louis Thiele tot aufgefunden. Ob Selbstmord vorliegt, konnte nicht festgestellt werden; die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Die Post irrt sich nicht. In einen eigenartigen Konflikt ist ein hiesiges Kreditinstitut mit der Postverwaltung geraten. Dem betreffenden Institut wurde plötzlich im Auftrage des Fernsprechamtes VII eine Rechnung für angeblich hergestellte Nachtverbindungen vorgelegt. Da die Bureauräume der Bank um 6 Uhr nachmittags geschlossen werden, nach dieser Zeit aber niemand mehr in denselben anwesend ist, so war es natürlich ausgeschlossen, daß von Angestellten der Kreditanstalt Nachtverbindung gefordert sein konnte und demgemäß wurde auch die Begleichung der Rechnung unter Hinweis auf die oben erwähnte Tatsache verweigert. Darauf erhielt die Firma ein Schreiben der Postverwaltung, durch welches ihr angekündigt wurde, daß ihr Fernsprechanschluß für alle Sondergespräche gesperrt und der geforderte Betrag zwangsweise eingetrieben werden würde, falls die Zahlung nicht innerhalb drei Tagen erfolge. Unter diesen Umständen war die Kreditanstalt gezwungen, die Zahlung für die Gespräche, die von ihrem Apparat aus unmöglich gehalten worden sein können, zu leisten.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Grenadierstr. 37. Der Unterricht in Natur-Erkenntnis kann erst am Mittwoch, den **24.** d. M., beginnen, da der Vortragende plötzlich verhindert wurde, am heutigen Mittwoch zu lehren.

Zeugen gesucht! Personen, die gesehen haben, wie am 10. Mai dieses Jahres, vormittags 11½ Uhr, in der Müllerstraße gegenüber der Utrechterstraße ein Renkonter zwischen einem Geldbriefträger und einem anderen Herrn auf offener Straße stattfand, werden um Abgabe ihrer Adressen möglichst mündlich gebeten an Krey, Torfstr. 28 II.

Gesperrt werden die Brombergerstraße von Rüdersdorfer- bis Pillauerstraße behufs Umpflasterung vom 17. d. M. ab und die Soldinerstraße von Kolonieestraße bis einschließlich Pankebrücke behufs Asphaltierung vom 15. d. M. ab.

Feuerwehrbericht. Wegen eines großen Kellerbrandes wurde die 1. Kompagnie nach der Rochstr. 15 gerufen. Holz und anderes brannte dort. Die Feuerwehr mußte tüchtig Wasser geben, um eine weitere Ausdehnung der Flammen zu verhüten. Ganz in der Nähe, Kaiser Wilhelmstr. 17, mußte ein zweiter Kellerbrand gelöscht werden. Stroh und anderes brannte dort. Kisten wurden in der Alten Schönhauserstr. 59 ein Raub der Flammen. In der Mühlenstraße 77 kam in einer Werkstatt Feuer aus, das auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Kleider, Möbel und anderes brannten dann noch in der Artilleriestr. 9, Ratiborstr. 17, Oranienstr. 186 und anderen Stellen.

Vorort-Nachrichten.

Erklärung. In der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Groß-Lichterfelde äußerte der Vorsitzende sein Bedauern dahingehend, „es sei ihm unverständlich, warum vor dem 16. Oktober in Groß-Berlin keine Berichterstattungsversammlungen über den Parteitag stattfinden durften".

Ein solcher Beschluß ist vom Aktionsausschuß nicht gefaßt worden, es wurde nur angenommen, daß die Versammlungen in Berlin am 16. stattfinden sollen, ein Vorgehen, dem sich Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg angeschlossen haben.

Den Landkreisen war es unbenommen, schon vorher die Versammlungen zu arrangieren, was ja z. B. vom Kreise Nieder-Barnim auch geschehen ist.

Demnach fallen alle Schlußfolgerungen des Vorsitzenden als völlig irrtümliche in sich selbst zusammen.

Der Aktionsausschuß.

Kriegszustand in Köpenick.

Ungeheueres Aufsehen hat gestern eine geheimnisvolle Affäre in Köpenick verursacht. Es geht uns darüber folgender ausführliche Bericht zu: Seit gestern nachmittag 4 Uhr befindet sich die Bürgerschaft von Köpenick in größter Aufregung. Mit dem Vorortzuge 2,16 traf von Berlin eine 20 Mann starke Abteilung Soldaten unter Führung eines Hauptmanns auf dem Köpenicker Bahnhofe ein, marschierte nach der Stadt und besetzte das Rathaus. Vor dem Hauptportal nahm ein Doppelposten mit aufgepflanztem Bajonett Aufstellung, während die beiden anderen Eingänge in der Böttcherstraße und am Rathauskeller mit einfachen Posten besetzt wurden. Jeder Verkehr nach innen und außen wurde sofort unterbrochen. Die Beamten erhielten Anweisung, sich in ihren Bureaus aufzuhalten, und auch der Rathauskeller wurde für den Verkehr gesperrt. Einige Gäste wurden dort sogar zurückgehalten. Selbst den Mitgliedern der städtischen Behörde verweigerten die Soldaten den Zutritt zum Rathaus, mit der Erklärung: „Auf Befehl Sr. Majestät!" Inzwischen hatte sich, da die Sensationsnachricht sich mit Geschwindeseile in der Stadt verbreitete, vor dem Rathaus eine nach Hunderten zählende Menschenmenge angesammelt, die von Minute zu Minute größer wurde, so daß einige hinzugezogene Gendarmen den Straßenverkehr regeln mußten. Das Publikum erging sich natürlich in den mannigfachsten Vermutungen über die Ursache dieser so ungeheures Aufsehen erregenden militärischen Einschreitung. Man fand hierzu umsomehr Grund, als aus dem Rathause selbst keinerlei Kunde drang. Die Erregung stieg natürlich aufs höchste, als plötzlich der Herr Bürgermeister Dr. Langerhans und Hauptkassenrendant v. Wildberg als Arrestanten abgeführt und in Droschken nach Berlin geschafft wurden. Außer den Genannten war auch der Oberstadtsekretär Rosenkranz für verhaftet erklärt, von seiner Fortschaffung aber schließlich Abstand genommen worden. Soweit wir uns über den Verlauf der geheimnisvollen Affäre informieren konnten, hatte der Hauptmann erklärt, daß er in höherem Auftrage das Rathaus und die Kassen zu besetzen habe. Er ließ sich dann die Kasse aufzählen, angeblich 4000 M., und verließ mit dem Auftrage, nach einer halben Stunde die Wachen einzuziehen und nach Berlin zurückzukehren, mit dem Gelde das Rathaus. So der Sachverhalt. Unseres Erachtens kann es sich hier nur um die Tat eines Wahnsinnigen oder Betrügers handeln, da die Soldaten erklärt haben sollen, daß der ihnen unbekannte Hauptmann sie auf dem Marsche getroffen und sie zur Ausführung eines höheren Befehls mit nach Köpenick genommen habe. Der Magistrat von Köpenick hat durch sofortige telegraphische Anfrage schleunigste Aufklärung erbeten. Um 7 Uhr lief vom Landratsamt die telephonische Nachricht ein, daß man dort keine Ahnung von der Sache habe und Gründe für die rätselhafte Angelegenheit nicht geben könne. — Inzwischen ist, wie wir noch erfahren, der Bürgermeister zurückgekehrt, dafür hat aber der Oberkommandeur der feindlichen Truppen, der Herr Hauptmann, das Wiederkommen vergessen. Der Magistrat hat sich an die Militärbehörden gewandt, bis zur Stunde ist noch kein Bescheid eingetroffen.

Die Industriebahn ins Teltower Kanalgebiet ist gesichert. Die Vorort-Bodengesellschaft hat die zur Erweiterung des Bahnhofes Teltow nötige Grundfläche angekauft und stellt dieselbe dem Eisenbahnfiskus zur Verfügung. Die Bahn läuft von diesem Bahnhof aus nach Süden, zieht an der Ruhlsdorfer Grenze entlang an der Schuffelhauerschen Kunststeinfabrik vorüber in die für die Fabrikanlagen bestimmten Terrains.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung drei volle Stunden mit der Platzfrage für den neuen Rathausbau, kam zum Schluß jedoch zu keinem endgültigen Resultat. Der Magistrat beantragte, das neue Rathaus auf dem städtischen Grundstück am Platz R, Ecke der Martin Luther- und Belzigerstraße, zu errichten. Dieser Vorschlag fand bei einem Teile der bürgerlichen Stadtverordneten den heftigsten Widerspruch, sie erblickten darin eine Benachteiligung der Interessen Alt-Schönebergs. Die historische Bedeutung der Hauptstraße verlange es, daß nur in dieser das neue Rathaus zu errichten sei. Die Alt-Ansässigen Schönebergs, denen man doch Rechnung tragen muß, werden sich auf keinen Fall mit der Errichtung des neuen Rathauses auf dem Platz R einverstanden erklären. Auch liege der Platz R nur 500 Meter von der Wilmersdorfer Grenze entfernt, sei also schon deshalb völlig ungeeignet. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß der Streit um den Platz nur eine Zweckmäßigkeitsfrage sei. Die Alt-Ansässigen Schönebergs hätten gar keinen Anspruch zu erheben, da sie nicht das geringste zu der Entwicklung Schönebergs beigetragen haben, sondern nur ihr eigenes Interesse im Auge hatten, indem sie Millionen für sich ansammelten. Auch sonst trete ein großer Mangel an Interesse für die Stadt Schöneberg unter der Einwohnerschaft hervor. Beschließe man heute, das Rathaus in der Hauptstraße zu errichten, so bilde sich sofort ein Kartell, das enorme Preise für die geeigneten Grundstücke fordern werde. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Magistrat sich schon seit vier Jahren mit der Platzfrage beschäftigt habe; für ihn komme kein Grundstück in der Hauptstraße in Betracht. Bei den beiden günstigsten Angeboten werden immer noch 2600 und 1871 Mark für die Quadratrute gefordert. Auch er spricht den Hausbesitzern in der Hauptstraße das Recht ab, zu verlangen, daß das Rathaus dort errichtet werde; denn gerade sie sind es gewesen, die die Zahlung der Anliegerbeiträge zu den Bürgersteig-Regulierungskosten verweigert hätten.

Unsere Parteigenossen Däumig und Küter traten in lebhafter Weise für den Platz R ein, weil dadurch den materiellen Interessen der Stadt am besten gedient werde. Der Platz R sei bereits Eigentum der Stadt und habe die günstigste Lage, während ein neues Grundstück nur unter Bezahlung eines hohen Preises erworben werden kann. Wenn eingewendet wird, daß der Platz R zu dicht an der Wilmersdorfer Grenze liege, so könne dem entgegen gehalten werden, daß das jetzige Rathaus noch viel näher an der Berliner Grenze liege. Wird das Rathaus auf dem Platz R errichtet, so habe man wenigstens zu erwarten, daß dann endlich einmal das in der Nähe des Platzes befindliche Schöneberg zur Schande gereichende Armenhaus verschwinden werde. Die beiden Redner wandten sich auch gegen die beantragte Vertagung der Angelegenheit, die einer Verschleppung gleichkomme. Eine nochmalige Rücksprache mit den Grundstücksbesitzern in der Hauptstraße sei zwecklos. — Der Stadtv. Kunze glaubte, für die armen, geschädigten Hausbesitzer eine Lanze brechen zu müssen, wobei er es für nötig erachtete, die Sozialdemokratie in einer mit der Angelegenheit wenig zusammenhängenden Weise anzurempeln. Der Herr scheint die Rolle des zurückgetretenen Stadtverordneten von Frankenberg übernehmen zu wollen, denn Beweise zu dieser Befähigung hat er bereits des öfteren erbracht. Ihm wurde von unseren Genossen eine gründliche Abfuhr zuteil. Die ganze Angelegenheit endete mit der Annahme eines Antrages der Hausbesitzerfraktion, nach dem die Beschlußfassung vertagt und der Magistrat ersucht wird, noch andere Vorschläge für den Platz zu machen, unter besonderer Rücksicht der ausgebauten Stadt. Angenommen wurde sodann ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei Neueinteilungen von Straßen stets einen Gemeindebeschluß herbeizuführen und in den Vorlagen zugleich auf die mit der Neueinteilung verbundenen rechtlichen Konsequenzen hinzuweisen.

Das Ortsstatut für die zu errichtende obligatorische Fortbildungsschule wurde einem Ausschuß von 9 Mitgliedern überwiesen. Dem Ausschuß wurde aufgegeben, sich auch mit der Bildung eines Kuratoriums zu befassen und darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Fortbildungsschulpflicht auch auf ungelernte Arbeiter und Mädchen ausgedehnt und die Unterrichtszeit nur in die Wochentage gelegt werde.

Eine längere Debatte brachte dann noch der Antrag des Magistrats, die Mittelschule aufzulösen. Stadtv. Kunze wendet sich gegen diesen Antrag. Die Mittelschule habe den Zweck, den niedergegangenen Mittelstand wieder aufzuhelfen. Auf einem anderen Wege könne eine weitergehende Bildung des Mittelstandes nicht erreicht werden. Zum Beweise der Notwendigkeit der Mittelschule beruft sich Redner auf namhafte Autoritäten und bedauert, daß in Schöneberg schon seit Jahren an der Untergrabung der Lebensfähigkeit der Mittelschule gearbeitet werde. Stadtv. Küter (Soz.) setzt dem Vorredner das Urteil des Schulrats Werham-Hannover entgegen, der erklärt habe: „Die Mittelschulen taugen gar nichts; durch Errichtung derselben sind die Gemeindeschulen Armenschulen geworden." Dem Mittelstand ist unmöglich durch diese Schule zu helfen. Die Verhältnisse sind eben heute durch die Entwicklung des Großkapitals völlig verschoben. Man soll lieber daran gehen, die Gemeindeschulen auszubauen und den Kindern der Gesamtheit eine bessere Bildung zukommen lassen. Nicht der Geldbeutel soll ausschlaggebend sein. Die Mittelschule in ihrer heutigen Gestalt verbreite nur Halbwissen, sie kann unmöglich aufrecht erhalten werden. Bürgermeister Blankenstein betont, daß beim Magistrat keineswegs finanzielle Rücksichten für die Auflösung der Mittelschule in Betracht kommen. Man müsse bedenken, daß seit 1901 sich die Einwohnerzahl Schönebergs um 50 000 vermehrt habe, dagegen sei der Besuch der Mittelschule zurückgegangen. Die Zunahme von 17 Schülern im letzten Jahre will demgegenüber gar nichts besagen. Auch er ist der Meinung, man baue lieber die Gemeindeschulen und die Fortbildungsschule aus. Schöneberg sei in dieser Beziehung noch lange nicht am Ende angelangt. Stadtv. Seele hält die Auflösung der Mittelschule für einen Fehler, in ihrer heutigen Gestalt könne sie aber nicht weiter bestehen. Er beantragt, das gesamte Mittelschulwesen in Schöneberg neu zu organisieren. Stadtv. Zobel tritt den Ausführungen des Stadtv. Küter bei. Die Mittelschule eignet sich nicht für das praktische Leben, sie ist ein gänzlich überlebter Standpunkt. Der größte Teil der Schüler gehe nach ein paar Jahren in die Realschule über. — Die Versammlung beschließt, die Angelegenheit zu vertagen, bis die Frage des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts ihre Erledigung gefunden hat. Die weiteren zahlreichen Punkte der Tagesordnung werden hierauf vertagt.

Charlottenburg.

Agitationsversammlungen veranstaltet am Donnerstag abends 8 Uhr der Konsumverein Charlottenburg 7. Bezirk bei Graffunder, Wielandstr. 4, bei Auer, Wieland- und Pestalozzistraße, und bei Prill, Goethe-, Ecke Grolmanstraße. Zahlreiches Erscheinen der Genossen mit Frauen wünscht Der Vorstand des Vereins.

Zehlendorf.

Der Fürstenhof-Boykott hat eine wunderliche Klage gezeitigt. Der Restaurateur Schwedhelm, Pächter des Fürstenhofes, hat gegen sechs Zehlendorfer Genossen und gegen die Verlagsanstalt und Druckerei Singer u. Co. auf Schadenersatz geklagt. Die Beklagten sollen dem Pächter den Schaden ersetzen, den er durch Vorenthaltung des Saales zu sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Versammlungen — Verzeihung, nicht so, die Klage sagt: durch Boykottierung seines Lokals wegen Vorenthaltung des Lokals zu sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Versammlungen — erlitten hat. Den Schaden berechnet er für die Zeit von Juni und Juli auf die Kleinigkeit von 1002 M. 70 Pf. Die Beklagten sollen ihm diesen Schaden ersetzen, weil sie Boykottzettel verteilt oder gedruckt haben! Dadurch sollen sie gegen die „guten Sitten" verstoßen haben, mithin käme § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zugunsten des Fürstenhofpächters in Anwendung. Eine wunderliche Klage. Gegen die guten Sitten verstößt es, von einem Arbeiter Geld für Bier usw. nehmen, ihm aber verschweigen, daß der Saal für Versammlungen der Arbeiter nicht zu haben ist. Der Pächter sollte den Genossen dafür dankbar sein, daß sie ihn durch die Bekanntgabe der Wahrheit nach Möglichkeit daran hindern, gegen die guten Sitten zu verstoßen. Bekanntlich hat auch das Reichsgericht wiederholt, so in dem am 18. September im Wortlaut von uns wiedergegebenen Urteil am 12. Juli anerkannt, daß die Anwendung des Boykotts kein Verstoß gegen die guten Sitten, sondern ein gesetzlich erlaubtes Mittel ist. Tut nichts. Der Zehlendorfer Fürstenhofpächter strengt eine Klage unterhalb der Revisionssumme an. Erhofft er etwa vom Kammergericht als letzter Instanz Anerkennung seines Schadenersatzanspruches und Verurteilung der Beklagten dazu, daß sie niemand mitteilen, daß der Fürstenhof für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Versammlungen nicht zu haben ist? Solche Hoffnung ist ein Verstoß gegen die gute Sitte, anzunehmen, daß ein Gericht nach dem Gesetz urteile. Termin über die wunderliche Klage ist auf den 8. November anberaumt. Die Zehlendorfer Genossen sind dem Fürstenhof nach eigenem Zugeständnis der Klage für die Dauer von zwei Monaten 1002 M. wert. Ist es dem Fürstenhofpächter unlieb, daß den Zehlendorfer und den Berliner Genossen das Lokal Fürstenhof so lange nicht eines Besuches wert ist, als sein Saal für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Versammlungen gesperrt ist, so liegt es an ihm und der Gemeinde, die Sperre des Lokals für Versammlungen aufzuheben.

Wilmersdorf.

Für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen von Interesse waren die Auseinandersetzungen in der am Freitag vom nationalliberalen Wahlverein einberufenen öffentlichen Versammlung. Das mittelmäßige Vereinszimmer in den „Drei Linden" erwies sich für die Versammelten noch als viel zu groß. Nachdem der Referent Regierungsrat Prof. Dr. Leidig in längerer Rede sich in der Verherrlichung „nationaler Prinzipien" verloren und über die noch heute geltende Städteordnung von 1853 sowie über die Stadtwerdung Wilmersdorfs gesprochen hatte, ging es ans Diskutieren. Hier brachten die bürgerlichen Herren ihren Haß gegen die Sozialdemokratie zum Vorschein. Ihr ganzes Sinnen und Trachten geht darauf hinaus, einen Wahlmodus zu finden, wodurch die Sozialdemokratie von dem zukünftigen Stadtparlament ferngehalten werden soll. So zerbrechen sich, wie die Redner betonten, nun schon seit dem Frühjahr die bürgerlichen Vereine mit einem Teile der Gemeindevertreter den Kopf, welchem Wahlmodus man den Vorzug geben könne. Ein Teil hält die Listenwahl, der andere die Bezirkswahl für die beste. Als die Wortführer am „nationalliberalen Stammtisch" taten sich besonders die Herren Kaufmann Müller, Direktor Heinitz, Prof. Dr. Leonhardt, Sanitätsrat Dr. Vogeler, Prof. Dr. Manes, Dr. Nachstädt und Dr. Klink hervor. Sie meinten, der Sozialdemokratie sei es ganz egal, ob nach Listen oder in Bezirken gewählt würde, denn ihre Anhänger beständen ja doch nur aus Stimmvieh. Im allgemeinen bewegte sich die Diskussion auf einem Niveau und war von solch blödem Haß gegen die Sozialdemokratie erfüllt, daß sich dem Zuhörer nur ein Bild des Jammers darbot. Die Arbeiterschaft Wilmersdorfs in dem zukünftigen Stadtparlament unvertreten zu lassen, das ist das erstrebenswerte Ziel derer von Besitz und „Bildung". Die Arbeiterschaft, insbesondere die Sozialdemokratie wird die Vorgänge hinter den Kulissen im Auge behalten und ihre Taktik danach einzurichten wissen.

Von Einbrechern überfallen und erheblich verletzt wurde gestern morgen der Straßenbahnfahrer Robert Hilbig aus der Güntzelstr. 41. H. hatte in der fünften Stunde ein verdächtiges Geräusch in der Nachbarwohnung vernommen und da er vermutete, daß Diebe eingebrochen seien, eilte er sofort hinzu. Es handelte sich tatsächlich um eine Einbrecherbande, und als sich die Burschen von H. überrascht sahen, stürzten sie über ihn her und schlugen mit ihren Einbruchsinstrumenten auf ihn ein. Inzwischen waren aber noch weitere Hausbewohner aus den Betten herausgesprungen und nach dem Tatort geeilt. Jetzt zogen es die Einbrecher vor, ihr Heil in der Flucht zu suchen. Sie stürmten die Treppen hinunter und hinter ihnen her jagten die Verfolger. Leider gelang es nicht, einen der Täter zu erwischen. H. war von der Bande derartig zugerichtet worden, daß er nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht werden mußte.

Lichtenberg.

Die Abc-Schützen unserer „besseren Gesellschaft", die vorläufig in der neuen Gemeindeschule in der Pfarrstraße untergebracht sind, wahren sich ihr „Sonderrecht"! Wehe dem Gemeindeschüler — dem Kinde der Armut —, wenn es sich etwa erdreisten sollte, den für die „Kinder der Reichen" reservierten Eingang zum Schulhause benutzen zu wollen; mit „Standesbewußtsein" regnet es dann Püffe und Fußtritte von der „angehenden guten Gesellschaft". Ja, es hat doch etwas Erhebendes an sich, schon dem Kindergemüt die Klassenunterschiede beizubringen und einzuprügeln.

Ober-Schöneweide.

Einem Fahrradmarder in die Hände fiel am Montag das fast neue Rad des Restaurateurs Rob. Schulz aus der Tabbertstr. 5. Selbiger war in dem Reimannschen Lokal in der Grünauerstr. 5 in Nieder-Schöneweide, von wo ihm das die Nummer 70 096 tragende schwarz emaillierte Rad gestohlen wurde.

Weißensee.

Einen sehr erfreulichen Erfolg haben unsere Genossen bei der Dienstag stattgehabten Gemeindevertreterwahl für den alten Ortsteil errungen. Unser Kandidat, der Maurer Gustav Block, wurde mit 83 gegen 19 Stimmen, die auf den bürgerlichen Kandidaten Kriedemann entfielen, für die Gemeindevertretung gewählt. Gegen die vorige Wahl ist eine um 200 Proz. stärkere Beteiligung zu verzeichnen.

Die von dem allgewaltigen Dr. Pape bei der Staatsanwaltschaft erstattete Anzeige gegen die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse hat dem Kläger eine neue Blamage eingebracht. Der Staatsanwalt hat trotz peinlicher Untersuchung der Anzeige gegen die Vorstandsmitglieder wegen Untreue nicht zustimmen können und hat deshalb das Verfahren gegen sie eingestellt. Der Bescheid ist seit einigen Tagen in den Händen des Dr. Pape; der Wiedereinsetzung des Vorstandes in seine Aemter würde demnach nichts entgegenstehen. Die Lorbeeren lassen jedoch Herrn Dr. Pape nicht ruhen, er will noch die Oberstaatsanwaltschaft anrufen, damit die Einsetzung nur verzögert wird. Nach einem Ausspruch in der letzten Gemeindevertretersitzung macht er, was er will. Nur so weiter, die Mitglieder der Krankenkasse und die sozialdemokratische Arbeitgeberschaft werden am heutigen Mittwoch und Freitag gelegentlich der Delegiertenwahlen zeigen, daß sie mit den Maßnahmen des gestrengen Herrn nicht einverstanden sind. Die von der Arbeiterschaft gewählten Vertreter sind von einem besoldeten Beamten der Gemeinde grundlos der Untreue beschuldigt, die Quittung dafür soll er bei diesen Wahlen erhalten.

Die Wahlen zur Ortskrankenkasse finden heute Mittwoch, den 17. Oktober, abends von 7—9 Uhr statt. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied der Ortskrankenkasse, männlich wie weiblich. Es ist deshalb Pflicht jedes einzelnen, pünktlich zur Wahl zu erscheinen, um von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Das Wahllokal ist im Brauerei-Ausschank G. Enders, Weißensee, König-Chaussee 6—7. Ferner ersuchen wir die zur Wahl Erscheinenden, sich als Legitimation das Mitgliedsbuch oder die Karte der Ortskrankenkasse oder eine Bescheinigung vom Arbeitgeber, sobald derselbe Mitglied der Ortskrankenkasse ist, aushändigen zu lassen.

Diejenigen Parteigenossen, welche an dem Tage Zeit haben, werden ersucht, sich dem Gewerkschaftskartell zur Verfügung zu stellen.

Das Gewerkschaftskartell.

Köpenick.

An Genickstarre gestorben ist gestern der aus Russisch-Polen gebürtige Arbeiter Michael Adamek. Er stand erst im 18. Lebensjahr und war vor vier Monaten mit seinem Vater nach Köpenick gekommen, wo beide an der Kanalisation arbeiteten. Alle notwendigen Vorsichtsmaßregeln zur Unterdrückung einer etwaigen Weiterverbreitung der gefährlichen Krankheit sind sofort getroffen worden.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Morgen Donnerstag abends 9 Uhr Beginn des Kursus in der 4. Abteilung für Lichtenberg und Umgegend bei Piekenhagen, Scharnweberstr. 60, nahe der Kronprinzenstraße. Vortrag über Anatomie. Einschreibegeld 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Die Leitung des Kursus hat Herr Dr. Hirschfeldt freundlichst übernommen. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Gerichts-Zeitung.

Schlafstellendieb.

Von der gerechten Strafe ereilt wurde gestern einer jener gemeingefährlichen Burschen, die sich unter der Maske eines Schlafburschen in die Wohnungen armer Handwerker einschleichen, um dann den Betreffenden, die selbst nicht viel übrig haben, die einzigen Wertgegenstände zu stehlen. Aus der Strafanstalt Tegel wurde der Zinngießer Otto Suckert der dritten Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt, vor der er sich wegen Diebstahls in strafschärfendem Rückfalle verantworten mußte. Der Angeklagte ist wiederholt wegen Diebstahls vorbestraft, zurzeit verbüßt er eine ihm wegen eines Schlafstellendiebstahls zudiktierte viermonatige Gefängnisstrafe. Im Juni dieses Jahres mietete Suckert bei einer Familie in der Urbanstraße eine Schlafstelle. Am nächsten Morgen mußten die Vermieter die unangenehme Entdeckung machen, daß der neue Schlafbursche unter Mitnahme ihrer einzigen Wertsachen, einer silbernen Uhr und einiger Ringe, spurlos verschwunden war. Die gestohlenen Sachen wurden von dem Angeklagten sofort versetzt. Da er auch den Pfandschein verkaufte, so war den Bestohlenen es nicht einmal möglich, ihr Eigentum zurückzuerlangen. — Das Gericht erkannte auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahre und fünf Monaten unter Einrechnung der viermonatigen Gefängnisstrafe, die S. zurzeit verbüßt.

Eine eigenartige Erpressungsaffäre beschäftigte gestern die siebente Strafkammer des Landgerichts I. Auf der Anklagebank mußte die Frau Frieda Säuffert Platz nehmen. Die mehrfach vorbestrafte Angeklagte heiratete im Jahre 1904 den Steinträger Säuffert, der ihr Vorleben nicht kannte. Die Ehe gestaltete sich zu einer sehr unglücklichen und schon nach einem Jahre trat eine Trennung ein. Nachdem das Ehepaar dann wieder einige Monate zusammengelebt hatte, kam es zu einem neuen Bruch. Im Mai dieses Jahres erfuhr die Angeklagte, daß ihr Ehemann mit einem Dienstmädchen Anna K. ein Verhältnis angefangen hatte. Sie ließ durch einen Rechtsanwalt die Scheidungsklage einleiten, konnte jedoch irgend welche positive Behauptungen über einen angeblichen Ehebruch ihres Mannes nicht vorbringen. Da ein Klageweg ziemlich aussichtslos war, kam die Angeklagte auf den Gedanken, aus der ganzen Angelegenheit auf eine andere Weise Kapital zu schlagen. Sie richtete an die Geliebte ihres Mannes ein Schreiben, in welchem sie den Vorschlag machte, die Sache durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen. In einer späteren Zusammenkunft erklärte die Angeklagte, sie werde die Anzeige wegen Ehebruches zurücknehmen, wenn ihr die L. die bisher entstandenen Kosten in Höhe von 50 M. erstattet. Zugleich machte sie der L. dadurch Angst, daß sie erzählte, wenn die Anzeige weiterginge, so würde sie mindestens zu einem halben Jahr Zuchthaus verurteilt. In der ersten Bestürzung ging die K. auf diesen Vorschlag ein und zahlte der Angeklagten die verlangte Summe. Kurze Zeit darauf verlangte die S. nochmals den Betrag von 21 M. „für Gerichtskosten". Der Plan der Angeklagten, aus der Liebelei ihres Ehemannes sich eine ständige Geldquelle zu verschaffen, scheiterte jedoch an dem energischen Eingreifen einer Stiefschwester der L., welche die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergab. — Die Verhandlung ergab, daß auch der Ehemann der Angeschuldigten sich in der Person seiner damaligen „Braut" eine Geldquelle zu schaffen dachte. In einem mit „Dein treuliebender Affe Ernst" unterschriebenen Briefe, erklärte er seinem „inniggeliebten Aennchen" von ganzem Herzen dankbar sein zu wollen, wenn sie ihm ein Darlehn geben würde. — Das Gericht hielt eine Erpressung durch die Beweisaufnahme für festgestellt und erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf einen Monat Gefängnis.

Erpresser.

Der wiederholt wegen Erpressung vorbestrafte Arbeiter Wilhelm Heiß behauptete, ein Kaufmann G. habe in einer Notunde mit ihm gegen § 175 Str.-G.-B. verstoßen. Er verlangte und erhielt Schweigegeld, wiewohl seine Behauptung aus der Luft gegriffen war. Als er sein Opfer wiederholt mit Erpressungen heimsuchte, machte dessen Braut kurzen Prozeß und ließ den Erpresser verhaften. Die vierte Strafkammer verurteilte den gemeingefährlichen Menschen gestern zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Darf ein Minderjähriger über seine Zähne verfügen?

Das Landgericht Hamburg hat am 22. Februar den Zahntechniker August Robert Zastrow von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung freigesprochen. Der Buchdruckerlehrling H., 14 Jahre alt und Mitglied der Krankenkasse, wollte sich zwei Zähne füllen lassen. Der Angeklagte erlangte aber schließlich von ihm die Erlaubnis sie auszuziehen und zog sie aus. Wie durch Sachverständige festgestellt ist, war die Entfernung des einen Zahnes unnötig, es lag also eine Körperverletzung vor. Das Landgericht hat aber eine strafbare Handlung nicht angenommen, weil der subjektive Tatbestand nicht gegeben erschien und die Verletzung der Berufspflicht durch Außerachtlassung der erforderlichen Sorgfalt nicht vorlag. Der Angeklagte hat geglaubt, der Knabe könne ohne die Erlaubnis seines Vaters selbst bestimmen, ob die Zähne auszuziehen seien, da er selbständiges Mitglied der Krankenkasse ist. Das Gericht hat hierin einen zivilrechtlichen Irrtum erblickt, der dem Angeklagten zugute kommt. Weiter hat das Gericht angenommen, daß der Irrtum des Angeklagten in bezug auf die Frage, ob die Entfernung der beiden Zähne notwendig war, entschuldbar sei, da er (als früherer Barbier, der nur zwei Jahre bei einem Zahntechniker gelernt hat) nur mangelhaft vorgebildet sei. — Auf die Revision des Nebenklägers hob das Reichsgericht am Montag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Der Grund, daß der Angeklagte nicht genügend vorgebildet sei, erschien dem Reichsgericht nicht zutreffend. Wenn der Angeklagte, wie festgestellt ist, bei einer Reihe von Krankenkassen zugelassen ist, so ist anzunehmen, daß er genügende Kenntnisse besitzt.

Kirchenaustrittsplakat in der Gastwirtschaft. In der Wirtschaft von Wüsthof zu Annen hatte der Genosse Nähle eines der vom Aktionsausschuß der Berliner Freireligiösen Gemeinde herausgegebenen Plakate angeheftet, worauf nach der Ueberschrift: „Freireligiöse Gemeinde Berlin" und dem damit zusammenhängenden Hinweis auf die Sonntagsversammlungen des Vereins in großer Schrift zu lesen ist: „Hier werden gerichtliche Austrittsformulare zum Austritt aus der Kirche unentgeltlich ausgegeben und auf Wunsch ausgefüllt". — Nähle wurde vom Landgericht Bochum in zweiter Instanz wegen Uebertretung der §§ 9 und 10 des alten preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 zu einer Geldstrafe verurteilt. Der § 9, der auf Grund des § 30 des Reichspreßgesetzes zu Recht besteht, bestimmt u. a.: „Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden." Der § 10 ist dagegen nach der Judikatur nur noch soweit durch § 30 Absatz 2 des Reichspreßgesetzes aufrechterhalten worden, als er von vorheriger polizeilicher Erlaubnis abhängig macht die unentgeltliche Verteilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten. — Das Landgericht führte aus: Es wäre falsch, wenn Angeklagter sage, es handele sich lediglich um eine Nachricht für den gewerblichen Verkehr im Sinne des § 2 des Preßgesetzes von 1851, denn es wäre nur angekündigt, daß Kirchenaustrittsformulare unentgeltlich ausgehändigt würden. Selbst wenn solche Ankündigung darin enthalten sei, so wäre doch damit noch ein ganz anderer Hauptzweck verbunden. Aus dem ganz besonders großen Druck der Worte: „zum Austritt aus der Kirche", und aus der schriftlichen Hinzufügung: „Anmeldungen sind zu machen bei den Parteigenossen . . . ." gehe hervor, daß mit dem Plakat der Hauptzweck eines Aufrufs zum Austritt aus der Kirche verfolgt werde. Also habe das Plakat einen ganz anderen Inhalt, als den einer Ankündigung bezw. Nachricht für den gewerblichen Verkehr. Die Wirtsstube des Gastwirts Wüsthof sei aber auch ein „öffentlicher Ort", somit habe ein „öffentliches Anheften" des Plakats stattgefunden. Es liege eine Uebertretung des § 9, zugleich aber auch eine solche des § 10 vor, weil keine Erlaubnis nachgesucht sei. Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision des Angeklagten.

Aus Anlaß eines ähnlichen Falls wiesen wir bereits auf die Notwendigkeit hin, derartige Plakate zu solchen umzugestalten, die lediglich Nachrichten für den gewerblichen Verkehr enthalten.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung 4a. Mittwoch, den 17. Oktober, bei Süßmuth, Barnimstr. 1: Versammlung. Aufnahme neuer Mitglieder.

Lese- und Diskutierklub „Süd-Ost". Heute abend 8½ Uhr bei Tollsdorf, Görlitzerstr. 58: Sitzung.

Vermischtes.

Die Pocken in Breslau.

Wie amtlich aus Breslau gemeldet wird, sind drei leichte Fälle von Erkrankungen an Blattern vorgekommen. Die Erkrankten sind im Wenzel Hankeschen Krankenhause isoliert. Von seiten der Behörden sind die umfassendsten Schutzmaßregeln getroffen worden, so daß die Weiterverbreitung der Krankheit voraussichtlich nicht erfolgen kann.

Vandalen. In der vergangenen Nacht wurde auf dem St. Johanner Rathausplatz die auf einem monumentalen Brunnen stehende, aus Marmor gearbeitete nackte Telemach-Statue in nicht wiederzugebender Weise verstümmelt. Außerdem wurde das Schwert der Statue abgebrochen. Ein Bronzeabguß dieser Statue befindet sich im Besitz des Kaisers.

Ueber die furchtbare Grubenkatastrophe in Wingate

in England werden noch folgende Einzelheiten berichtet:

1500 Männer und Knaben arbeiten abwechselnd in der Grube. Die Explosion fand um Mitternacht statt, als sich ungefähr 300 Mann unten befanden, und sie war von so furchtbarer Gewalt, daß die Dächer der Maschinenhäuser fortgeblasen und der Schacht verstopft wurde. Die Rettungsarbeit war daher sehr mühsam; schließlich aber erreichte man die Eingeschlossenen durch einen zweiten Schacht. Es stellte sich nun heraus, daß die Anzahl der Todesfälle sehr groß war; allmählich brachte man viele Ueberlebende zur Oberfläche, aber auch eine erhebliche Anzahl Leichen. Eine vielhundertköpfige Menge, Angehörige und Freunde der Verunglückten, umstanden die Schachtöffnung und begrüßten die Lebenden mit Jubel, während sich herzzerreißende Szenen beim Heraufschaffen der Opfer abspielten. Um 1 Uhr hatte man 35 Leichen gefördert; 120 Mann befinden sich noch im Hauptschacht eingeschlossen. Diese hofft man retten zu können, da die Ventilation gut ist. Man arbeitet mit übermenschlicher Anstrengung, um zu ihnen zu gelangen.

„Tribune" berichtet, daß sich noch 30 Grubenarbeiter in dem Schachte von Wingate befinden. Gestern früh waren erst 25 Leichen aufgefunden und nicht, wie von anderer Seite angegeben wird, 35. Das Blatt fügt hinzu, daß noch am Sonntag eine genaue Inspektion der Gruben vorgenommen worden sei, ohne daß man die geringste Spur von Gasen wahrgenommen hätte. Die Ursache der Katastrophe ist somit noch unaufgeklärt. — Eine spätere Nachricht aus Wingate meldet, daß nunmehr auch die letzten verschütteten Bergleute gerettet sind.

Schwimmende Minen abhanden gekommen.

Die Londoner Morgenblätter melden, daß im Solent sechs schwimmende Schießbaumwollminen abhanden gekommen sind. Am 23. September versuchte eine Abteilung der Vernon-Torpedo-Schule in Portsmouth 18 Minen bei Spithead auf elektrischem Wege abzufeuern. Nur zwei davon explodierten. 16 wurden durch die Erschütterung losgerissen und schwammen fort. Seither gelang es der Admiralität, zehn wieder zu finden, doch sechs fehlen noch, und alle Bemühungen, sie aufzufinden, waren bisher vergeblich. Das Oberkommando in Portsmouth erklärt allerdings, daß diese Minen die Schiffahrt nicht gefährden.

Witterungsübersicht vom 16. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde	757	SSW	2	bedeckt	9	Haparanda	745	SSW	2	Nebel	7
Hamburg	756	S	3	bedeckt	9	Petersburg	760	S	2	wolkig	4
Berlin	756	SSW	1	bedeckt	11	Scilly	756	W	4	bedeckt	12
Frankf. a. M.	759	NW	1	Nebel	3	Aberdeen	746	SSW	3	wolkig	6
München	759	SW	4	bedeckt	9	Paris	760	SSW	2	bedeckt	9
Wien	758	SSO	1	Regen	11						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. Oktober 1906.

Zeitweise heiter, nachts etwas kühler, am Tage aber mild bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Achtung! **Vergolder!** Achtung!

(Berlin I.)

Donnerstag, den 18. Oktober 1906, abends präzise 8 Uhr, in den **Arminhallen** (großer Saal), Kommandantenstr. 20:

Außerordentliche General-Versammlung.

94/20

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes vom Geschäftsjahre 1906. 2. Wahl des Branchenleiters und der Branchenkommission. 3. Wahl der Zentralkommission. 4. Verschiedenes.

Laut Beschluß der Vertrauensmännerversammlung wird jede Branchenversammlung pünktlich um **8 Uhr** eröffnet und wird jeder Kollege verpflichtet, zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.

Ortsverein Berlin, Abt. I.

Donnerstag, 18. Oktober, abends 8½ Uhr, im Neuen Klubhause, Kommandantenstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 295/6

1. Abrechnung des Kassierers vom 2. und 3. Quartal. 2. Vortrag des Genossen **G. Wiesner** über: „Was lehrt uns Mannheim"? 3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 19. Oktober 1906, abends 7 Uhr:

Komb. Vertrauenspersonen-Versammlung

in Voigts „Rittersälen", Ritterstr. 75.

Tages-Ordnung: 26/3

1. Die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen. 2. Die Beitragsfrage. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Steppdecken billigst direkt in der Fabrik **72. Wallstr. 72,** wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmandel.** Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.

Achtung! **Vereine!**

Habe noch an **Sonnabenden** und **Sonntagen** im **November** sowie **Weihnachtsfeiertag** **Säle** zu vergeben. 26442*

H. Ebert, Neues Klubhaus, 72. Kommandantenstr. 72.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Mittwoch, den 17. Oktober, abends 8½ Uhr, **bei Keller, Koppenstraße 29:**

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: **Vorschläge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter dem neu abzuschließenden Vertrage.** — Werkstattstreiks und Differenzen.

Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. **Die Ortsverwaltung.**

Kistenmacher.

Sonnabend, den 20. Oktober, in Anton Boekers Festsälen, Weberstraße 17:

Großes Herbst-Fest.

Konzert, Spezialitäten, Theater-Aufführungen und **Großer Ball.**

Anfang 8½ Uhr. **Ende ? ? ?**

Billetts Damen **30** Pf., Herren **50** Pf. sind bei den Kommissionsmitgliedern und auf den Zahlstellen Breslauerstr. 28 und Lausitzerstr. 7 zu haben. 95/1

Um zahlreichen Besuch bittet **Die Branchenkommission.**

Achtung! **Schöneberg.** Achtung!

Donnerstag, den 18. Oktober 1906, abends 8½ Uhr, bei Obst, Meininger Straße 8:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 295/3

1. Vortrag des Stadtv. **Karl Kobleuzer-Berlin: „Ueber das Krankenversicherungsgesetz".** 2. Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Vertreterwahl der Generalversammlung der Ortskrankenkasse zu Schöneberg. **Die Gewerkschaftskommission.**

Laden

mit Wohnung, 10 Jahre mit Erfolg Milchgeschäft betrieben, hierfür oder and. Zwecke — **Konfitüren, Räucherwaren** — in sehr verkehrsr. Gegend, kleine Miete für 850 M. zu vermieten. 275/16 **Rixdorf,** Pannierstr. 6.

Von **36 Mk.** an Herrenanzug od. Paletot n. Maß, rein. Stoff, neust. Mustr. 2 Anpr., feinst. Zut., f. gut. Sitz goldene Medaille. **Ludw. Engel,** Prenzlauerstraße 23 II (Alexanderplatz).

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/13* **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefere **elegante Herren-Garderobe** nach Maß. **Billigste Preise.** * **J. Tomporowski,** Schneidermeister. **Berlin, Lindenstr. 110, 2. Etage.** Nähe Belleallianceplatz.

Die **Arbeits-Nachweise** für **Tischler und Möbelpolierer** befinden sich: 186/12*

1. **Lausitzer Platz 7** bei **Foller.** Telephon: Amt IV, 4659.
2. **Simon Dachstr. 46** (Ecke Borchagener) bei **Max Hürtler.**
3. **Koppenstr. 37** bei **Paul Schmidt.** Telephon: Amt VII, 3978.
4. **Wollinerstr. 35** bei **Fürstenau.**

Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.

Bei **Husten, Heiserkeit** wirken **Reichels Hustentropfen** überraschend schnell und sicher. Nur echt, wenn mit Marke „Medico" versiegelt. Flasche 50 Pf.

In allen Drogerien und bei **Otto Reichel,** Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4.

Beste Bettenfüllung sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen **Monopoldaunen** (gesetzl. geschützt) **Pfund Mk. 2,85.** 3—4 Pfund genügen z. gr. Oberbett. Verl. geg. Nachnahme. Verpackung frei. **Gustav Lustig** Berlin S. Prinzenstr. 46 Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Englischen Unterricht (Uebersetzungen), französischen, deutschen Unterricht erteilt **G. Swienty-Liebknecht,** Schöneberg, Sedanstr. 57 III.

Die englische Krankheit bewirkt bei sehr vielen Kindern eine chronische Stuhlverstopfung, welche durch Zusatz von Kufekes Kindermehl zur Milch beseitigt wird. Kufekes Kindermehl macht die Milch leichter verdaulich, erhöht deren Nährwert in hervorragendem Maße und sichert den Kindern ein prächtiges Gedeihen.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glaftrotem Inlett 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 19308*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. Pfandleihe. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Bettenlagerei. Gardinenverkauf, Steppdecken, spottbillig Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †41*

Bauernbetten, Garderobenlagen, Aussteuerwäsche, spottbillig Weidenweg neunzehn. †41*

Brautbetten, Bettinlette, Gardinenverkauf, Tischdecken, Teppichlager, staunenerregend, Weidenweg neunzehn. †41*

Bettenverkauf. Wanduhren, Taschenuhren, Uhrketten, Festgeschenke, Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †42*

Kleiderspind 20 Mark, Kommode 21, Vertiko 29, lackiertes Kleiderspindvertiko, neuern 40, Säulenschränke 54, Garderobenschränke 38, Waschtoiletten 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 38, Muschelbettstelle, englische Schlafzimmer, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Wallstraße 81. 170/13*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 18422*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36 b. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 18143*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2068b*

Hohe Vergütung bei Ringschiffchen Bobbin, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpnickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †89

Herrenjackett-Anzüge, Paletots, vorjährige, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Prenzlauerstraße 23 II. 75/6*

Teppiche, Rückseite angeschmutzt, unter Fabrikpreis. Stoehr, Münzstraße 17.

Dame verkauft Muschelkleiderspind 28 Mark, moderne Küchenmöbel, Ausziehtisch 16, Bettstellen mit Federmatratzen und Kellkissen 29, Ruhebett 25, Waschtoilette, Nachttisch, Sofatisch 15, Kommode, Muschelspiegel 12, Panelsofa 75, Taschensofa 50, Rohrlehnstühle, Stand Betten 20, Bilder, Gardinen, Teppich 8, Steppdecken 7. Dresdenerstraße 38, vorn II links. *

2 Mahagoni-Bettstellen, Matratzen 60,00, Muschelbettstelle, Matratze 35,00, Schlafsofa 18,00, verkauft Ego, Köpenickerstraße 173, vorn II. †3

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111.

Federbetten, zweischläfrig, 15,00. Michel, Dresdenerstraße 38. 2103b

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, schönes modernes, 40,00. Große Frankfurterstraße 14, Hof geradeaus.

Nähmaschinen! Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Benuser, Tilsiterstraße 90. †49*

Krautstraße 50. Möbel, Spiegel, Polsterwaren, große Auswahl, Preise spottbillig weil die hohen Ladenmieten spare. Verkauf im Fabrikgebäude Saalfelds Möbelspeicher. 2164b*

Hochwaldbaustellen, Quadratrute 10,00. 5 Minuten vom Bahnhof, mitten im Walde, noch nie dagewesen, beste Zukunft, alles im schönen, stillen, idyllischen Eggersdorf bei Strausberg. Verkäufer täglich Terrain. Nur der kulante Otto Joers, Pankow, Elisabethweg 10. 2105b*

Restaurant mit zwei Vereinen, wegen größerem Unternehmen, billig zu verkaufen. Auskunft Jorndorferstraße 11. †134

Großer Kinderwagen für 9 Mark zu verkaufen. Nitz, Rixdorf, Hermannstraße 26. 21206

Drehbank verkauft Kohn, Weidenweg 42. 21006

Verschiedenes.

Schmelzer, Volkshumorist. Auch Gesellschaft, Stettinerstraße 57. †102*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 927b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Rixdorf, Bruses Festsäle, Kniesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †121*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2 [19088*

Vereine! Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei. (Weißbier!) Klubhaus, Annenstraße 16. 247/12*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. 18729*

Gänseausspielen jeden Montag abend. Robert Kühn, Neue Friedrichstraße 96. 18285*

Volkshumorist Gerhardy, Brangelstraße 22. †3*

Schwarz polierter Spazierstock mit silberner Krücke, besondere Eingravierung, am 31. gefunden. Abzuholen bei Kuhlmey, Wiesenstraße 48.

Platen, Bilz und andere Bücher kauft Beyer, Oranienstraße 138. *

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für einen Herrn Kleine Andreasstraße 14, vorn I bei Thieme. †3

Möbliertes Zimmer, 1—2 Herren, Barth, Krautstraße 18, vorn III. †49

Schlafstellen.

Separate möblierte Schlafstelle, drei Herren, Plehn, Utrechterstraße 11, vorn IV. 48†

Mietsgesuche.

Schlafstelle, bessere, suchen drei junge Leute, möglichst Zentrum. Offerten mit Preis an A. Derr, Dresdenerstraße 75, III Treppen.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Verleger, selbständige, für fugenlose Steinholzfußböden sofort gesucht. Deutsche Steinholzwerke, Kantstraße 38a. 19288*

Wiederverkäufer für Neuheit gesucht. Hoher Nebenverdienst. H. Wolf, Zwickau, Nordstraße. *

Schlosser auf Gitter verlangt Wille-Engwer, Turinerstraße 3, 2. Hof. [†74

Handelsleute. Hausiererinnen verlangt: Matrosen-Hiensongessenz (echte)! Harzergebirgs-Waldkräuterteer! Ostermann, Schönhauserallee 141.

Gürtlerlehrlinge sucht Weise, Fabrik feiner Bronzewaren, Sebastianstraße 71. 170/17*

Tüchtigen Packer verlangt Rosenow u. Co., Schmidstraße 6. 2101b

Rahmenmacher verlangt Wasserforstraße 21. 2108b

Anschläger finden dauernde Beschäftigung. Fleischer u. Zink, Görlitzerstraße 69. 2097b

Reisende für leichtverkäufliche Artikel verlangt Hepp, Schönleinstr. 24.

Grundierer, welcher Eichen machen kann, verlangt Rosenow u. Co., Schmidstraße 6. 1935R

Bambus- und **Kongo-Arbeiter** verlangt Neumann, Prinzenstraße 17.

Sattler verlangt Heinrich, Karlshorst, Prinz Joachimstraße 11. 2086b

Junges Mädchen, 15—16 Jahren, zu sofort bei Kindern. Sonnenburgerstraße 6, Plättladen, Frau Lemke.

Arbeiterin für galvanische Werkstatt verlangen Henniger u. Co., Alte Jakobstraße 106. 2089b

Tüchtige Posamentier-Handarbeiterinnen in und außer dem Hause sucht Nietner, Schönhauser Allee 59 b. *

Geschickte Frauen oder Mädchen für feinere Handarbeiten gesucht. Zwicklitz, Parisserstraße 7, Gartenhaus I. Vorstellung 9—3. 2109b

Schulmädchen für Nachmittags gesucht. Schröder, Boeckhstraße 21.

Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Prinzenstraße 41. 170/1*

Botenfrauen finden sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Königstraße 56/57. 170/11*

Lehrmädchen mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütigung zum baldigen Antritt gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr. A. Zandorf u. Co., Belleallianceстraße 1/2. [1927R*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Redakteurgesuch.

Wir suchen zu möglichst baldigem Antritt einen durchaus erfahrenen

Redakteur.

Bewerbungen sind bis zum **25. Oktober** einzureichen an den Verlag der **„Volksstimme"** in Chemnitz, Uferstraße 14. 26782*

Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur theoret. und prakt. ausgeb. Glänzd. Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Größter Stellennachweis. Stets Nachfrage n. Chauffeuren. Autotechnikum „Berlin". Infolge bedeut. Vergrößerung jetzt: Berlin-Wilmersdorf, Hildegardstr. 13. Größte, bedeut. Chauffeurschule! 275/15*

Tüchtiger **Kernmacher** für **Gas- und Wasserarmaturen** sofort gesucht. 2068U*

Offerten mit Lohnansprüchen und Angabe bisheriger Tätigkeit erbeten unter **A. 4** Expedition d. „Vorwärts".

Achtung!

Rahmenmacher, Tischler, Polierer, Vergolder, Buchbinder u. Hülfsarbeiter.

Die Arbeiter der Photographierahmenfabrik **Pfriemer,** Alexandrienstraße, befinden sich im Streik. Zuzug ist fernzuhalten. 92/17*

Die Ortsverwaltungen.

Achtung! **Kürschner!**

Der Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) hat über die Firma

Joka u. Co.

die **Sperre** verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich streng an den Beschluß zu halten. 103/2* **Der Vorstand.**

Die Zahlstelle Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes ersucht die Mitglieder, diese Werkstelle streng zu meiden, da selbige ebenfalls die Sperre verhängt hat über die Firma. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen **Streik** und **Lohndifferenzen sind gesperrt:**

Für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter:

Luxusmöbelfabrik Ohmann, Lausitzerplatz 13/14.
Becker, Skalitzerstraße.
Brümer, Warschauerstr. 70.

Für Knopfarbeiter:

Abramowsky, Köpenickerstraße 33a.

Für Drechsler:

Ohmann, Lausitzerplatz.
Sklanie, Wienerstraße.
Laborenz, Rixdorf, Kniesebeckstraße.
Panitsch, Brunnenstraße.
Walter, Rüdersdorferstraße.
Berthold, Stralauerstraße.
Knoche, Adalbertstraße.
Feldner, Weißensee.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Zuzug ist fernzuhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung! Achtung!

Textilarbeiter!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der **Teppich-Fabrik M. Proven u. Sohn** in **Stralau** bei Berlin befinden sich im Ausstand. Zuzug ist streng fernzuhalten. 197/10

Filiale Stralau-Rummelsburg.

Verband der Portefeuiller u. Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Firmen **A. David, E. Raube** und **Schlosser** bleiben **wegen Nichtanerkennung des Tarifes gesperrt** und ist Zuzug streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Mann, Petersburgerplatz 4.
Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Keibelstr. 42.
J. Neul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Rügenerstr. 24.
Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Karl Weihe, Wiesenstr. 41/42.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Mittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seikel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
W. Reske, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gursch, Provinzstr. 108.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.